

Hälfte von der Partei, zur Hälfte von den Gewerkschaften ernannt wird, daß aber die Festsetzung der Zahl weiteren Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission überlassen bleibt, um aus den tatsächlichen Verhältnissen heraus die richtige Zahl finden zu können. (Sehr gut!)

Nun liegt von Leipzig ein Antrag vor, durch den das internationale Bureau beauftragt werden soll, gleichzeitig eine internationale Konferenz der Leiter der Bildungsausschüsse zu veranstalten, aber ich glaube nicht, daß wir auf diesem Parteitag einen solchen Beschluß fassen können. Wir könnten höchstens diesen Antrag den Delegierten der deutschen Partei für die Sitzung des internationalen Bureaus überweisen. Einen Erfolg würde freilich die Annahme dieses Antrages kaum haben. Ich habe die Ueberzeugung, daß jetzt die Zeit für eine internationale Vereinigung der Bildungsausschüsse aller Länder noch nicht gekommen ist. (Sehr richtig!) Seit Jahren haben wir den Wunsch, ein internationales Pressebureau zu bekommen, und dieser verhältnismäßig der politischen und gewerkschaftlichen Förderung der Agitation doch immerhin noch näherliegende Vorschlag konnte bisher kaum über die ersten Erwägungen hinauskommen. Ich ver spreche mir also von einer solchen Konferenz keinen Nutzen, ganz abgesehen davon, daß ich nicht sagen kann, in welchem Umfange in anderen Ländern Bildungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterklasse Boden gefaßt haben. Schon jetzt bieten die Besprechungen der Parteijournalisten aller Länder sowie der sozialistischen Fraktionen der Parlamente aller Länder resp. ihrer Vertreter in Verbindung mit den Gegenständen, die den Kongreß beschäftigen, reichliche Arbeit für die Delegierten, und ich fürchte, daß eine solche Anregung, wenn sie vom deutschen Parteitag sanktioniert wird, ein Gewicht enthält, welches mit den praktischen Folgen, die daraus entstehen werden, in gar keinem Verhältnis steht. Sollte also der Parteitag überhaupt wünschen, daß dieser Anregung weiter Folge gegeben wird, so würde ich, wie gesagt, raten, diesen Antrag den deutschen Delegierten zum internationalen Bureau zu überweisen, die sehen mögen, ob in der nächsten Sitzung in Brüssel Boden dafür vorhanden ist. Ich halte die Frage für sekundär, ich meine, wir ver säumen gar nichts, wenn wir sie sich erst noch weiter entwickeln lassen. Heute würden wir eine internationale Vereinigung aufstropfen auf Vereinigungen, deren Stärke uns höchstens von Deutschland, aber von den anderen Ländern gar nicht bekannt ist. Ich bitte also den Parteitag, die Beschickung des internationalen Kongresses in der vorgeschlagenen Form zu beschließen. Er beweist damit aufs neue seine Solidarität, seine Brüderlichkeit mit dem Proletariat aller Länder. Die deutsche Sozialdemokratie ist von der Notwendigkeit der internationalen Vereinigung aller Länder durchdrungen, weil sie weiß, daß die ökonomischen Verhältnisse in allen Ländern, abgesehen von einzelnen Verschiedenheiten, im Grunde doch dieselben sind, und weil sie weiß, daß der Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen in jeder Form siegreich nur geführt werden kann, wenn er auf internationalem Gebiet in voller Vereinigung mit dem Proletariat aller Länder geführt wird. Der Spruch unseres großen Denkers Karl Marx: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch, war der Leitstern für die deutsche Sozialdemokratie in ihren internationalen Bestrebungen, und wir folgen nur diesem Leitstern, indem wir die Beschickung des Kopenhagener Kongresses beschließen. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutschen Vertreter auf dem Kopenhagener Kongreß werden auch Gelegenheit haben, unseren Kopenhagener Genossen noch besonderen Dank in Erinnerung an die Gastfreundschaft, die sie uns unter dem Sozialisten geteilt haben, auszusprechen. Ich hoffe und wünsche, daß der Kopenhagener Kongreß von Deutschland zahlreich besucht wird und sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellt. (Lebhafte Beifall.)

Der hierzu gehörige Antrag 289 wird nicht genügend unterstützt.

Dr. Davis: Ich möchte unseren Vertretern im internationalen Bureau eine Anregung mit auf den Weg geben: Wenn man sich heute über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in anderen Ländern unterrichten will, so ist das überaus schwierig, ja unmöglich. Wenn man Zahlen erfahren will über den Stand der Presse, die abgegebenen statistischen Stimmen, so ist das mit den größten Schwierigkeiten verknüpft, wenn man nicht etwa systematisch sich das Material aus gelegentlichen Berichten sammelt. Diejem Mangel wäre leicht abzuhelfen, wenn der Bericht, der zu dem internationalen Kongreß vom internationalen Bureau zusammengestellt wird, von vornherein nach einem gewissen System bearbeitet würde. Wir haben in Stuttgart zwar sehr dieiliche Berichte bekommen, die aber von ganz verschiedenem Wert waren, da in den allermeisten ein ausreichendes Zahlen- und Tatsachenmaterial fehlte. Der internationale Sekretär sollte den einzelnen Landesorganisationen ein Schema für den Bericht zustellen, ihm geeignete Instruktionen erteilen, was der Bericht enthalten müßte. Der Sekretär sollte es dann weiter unternehmen, die gesamte internationale Bewegung statistisch in einem Silbe zusammenzufassen. Heute weiß niemand in diesem Saale, wieviel organisierte Sozialdemokraten es in den verschiedenen Ländern gibt, und wie stark die sozialdemokratische Presse ist. Durch systematische Gestaltung des Berichts erhalten wir von jedem Kongreß bis zum nächsten ein vortreffliches Gesichts buch mit klarem statistischen Bild über den Gang der internationalen Bewegung.

Die Debatte schließt.

Singer erklärt im Schlußwort, daß die deutschen Delegierten im internationalen Bureau die Anregungen des Vorredners unterstützen und bestreben werden. Inwiefern es möglich sein werde, auf internationalem Wege diese Zusammenstellung zu bekommen, entziehe sich heute seiner Beurteilung.

Der Parteitag beschließt, den internationalen Kongreß in Kopenhagen zu beschicken, zur Hälfte aus der Partei und zur anderen Hälfte aus den Gewerkschaften. Die Feststellung der Zahl der Delegierten wird der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften überlassen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Schluß 7 Uhr.

## Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 14. September 1900. — Vormittags-Sitzung.

Lipinski eröffnet die Sitzung mit Verlesung von Begrüßungstelegrammen des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London, der Redaktion des „Proletarier“, des Organs des St. Petersburger und Moskauer Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, des „Sozialdemokrat“, Zentralorgans der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, des „Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei Rußlands“ und des Genossen August Blümel aus Graefenau.

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung. Punkt 3:

Parlamentarischer Bericht.

Berichterstatter Redebour: Diese Session war ungewöhnlich umfangreich und führte zu ausgehenderen Debatten als sonst, weil die Finanzreform von

Beginn bis zum Schluß der Tagung die Verhandlungen beherrschte — die Finanzreform, die ihren Namen vollkommen zu Unrecht trägt, die nichts ist als eine große Neuschöpfung des Volkes durch Steuern. Mit ihr stehen im engsten Zusammenhang die Verfassungsfragen in Deutschland, und deshalb wäre es außerordentlich schwer gewesen, die Finanzreform für sich allein aus dem parlamentarischen Bericht herauszuschälen.

(Bebel tritt den Saal. Er wird mit fürnarrischem Händellatschen begrüßt.)

Lebeskur fährt fort: Bei der Fertigstellung des Berichts ist insofern gegen früher eine Aenderung eingetreten, als auf Grund eines Fraktionsbeschlusses der Bericht diesmal sämtlichen Fraktionsmitgliedern vor seiner Publikation zur Durchsicht zugegangen ist und einige Aenderungswünsche die gebührende Berücksichtigung gefunden haben. Die Beibehaltung dieser Erneuerung empfiehlt sich unbedingt, und zwar deshalb, weil es einem einzelnen Abgeordneten tatsächlich unmöglich ist, in die sämtlichen Details aller Einzelfragen, zum Beispiel der sämtlichen Gesetzesentwürfe, die während einer Session der Beratung und Beschlußfassung unterliegen, sich so hineinzuarbeiten, daß er über alle diese Einzelfragen einen völlig einwandfreien Bericht geben könnte. Dieser Mangel ist früher bereits empfunden worden und hat den erwähnten Beschluß gezeitigt. Infolge der Durchsicht durch die Kollegen sind einige Abschnitte des Berichts durch die dankenswerten Korrekturen einzelner Genossen einer vollständigen Aenderung unterzogen worden, nämlich der Bericht über die Gesetzesentwürfe über den unlauteren Wettbewerb, die Gebührenordnung der Rechtsanwälte und das Weingesetz.

Selbstverständlich sind bereits seit Schluß der Reichstagsession in der Parteipresse und den Versammlungen kritische Bemerkungen über die Tätigkeit der Fraktion gemacht worden. Das ist an sich sehr erfreulich. Je schärfer die Kritik einsetzt, um so mehr ist es ein Beweis, daß die Parteigenossen im Lande den lebhaftesten Anteil an der parlamentarischen Tätigkeit nehmen. Nichts könnte der Fraktion unangenehmer sein als Gleichgültigkeit gegen die parlamentarische Tätigkeit. Auf die Einzelheiten dieser Kritik gehe ich aber nicht ein; ich erwarte, daß diejenigen Genossen, die Ausstellungen an der parlamentarischen Tätigkeit zu machen haben, sich in der Diskussion möglichst gründlich und möglichst spezialisiert aussprechen. Nach zwei Richtungen geht die Kritik wie immer auseinander: einerseits der Vorwurf, daß die Fraktion nicht genügende praktische Erfolge erzielt habe. Man spricht die Vermutung aus, daß wir nicht praktisch genug gewirkt hätten, daß wir unsere Entwürfe und Anträge zu theoretisch ausgearbeitet und nicht genügend der Situation angepaßt hätten. So sei es den bürgerlichen Parteien unmöglich gewesen, unsere Anträge anzunehmen. Demgegenüber behaupte ich, wohl im Einklang mit der Gesamtheit der Fraktion, daß wir unsere Vorschläge und Anträge, die zur Beratung gekommen sind, auch daraußin gewissenhaft geprüft haben, ob sie auch von bürgerlichen Politikern gegenwärtig schon angenommen werden können, daß wir nicht bloß theoretische Zukunftsforderungen gestellt, sondern direkt praktische Vorschläge gemacht haben. Ich erkläre das kurz an zwei Vorgängen, an den Verfassungsanträgen und der Abrüstungsfrage. Wenn die Genossen, wie aus Anträgen zum „Parlamentarischen Bericht“ hervorgeht, gerade bei diesen Punkten praktische Politik wünschen, z. B. die Einbringung von Verfassungsanträgen — nun, wir haben eine Anzahl Verfassungsanträge eingebracht, die so zurückhaltend waren, daß man hätte erwarten müssen, wenn nicht die Mehrheit des Reichstags, so doch eine starke Minderheit, nämlich die Liberalen dafür zu gewinnen. Aber was war das

Schicksal dieser Anträge? Obgleich die Situation damals für eine gründliche Reform unserer Verfassung so günstig war, wie seit Jahrzehnten, vielleicht seit Bestehen des Deutschen Reiches nicht, die bürgerlichen Parteien haben uns einfach schmächtig im Stich gelassen. Der praktische Erfolg unserer praktischen Politik blieb aus wegen der jämmerlichen Haltung der bürgerlichen Parteien, auch der Liberalen. Die Liberalen haben bei dieser Gelegenheit auch den Beweis geliefert, wie töricht der Gedanke ist, daß man am weitesten komme, wenn man seine Politik gewissermaßen aus der Seele anderer Parteien heraus gestaltet. Genau nach diesem Rezept sind in der Verfassungsdebatte in der Kommission die Liberalen verfahren. Sie richteten ihre Anträge so ein, daß die im Spotttottenblock mit ihnen vereinten konservativen Bundesbrüder sie hätten annehmen können. Die haben sie aber einfach aufhören lassen. Das sollte eine Warnung sein, daß die Partei von vornherein ihr Spiel verloren gibt, die nicht nach ihren eigenen Grundsätzen, selbstverständlich unter Ermägung der Umstände, ihre Politik betreibt. Ebenso war es mit der Abrüstungsfrage. Selten war eine so günstige Zeit, etwas zu tun, um eine internationale Verständigung zur Abrüstung zur See herbeizuführen. Wir sind vollständig allein geblieben im Reichstag mit unseren Abrüstungsanträgen, mit Ausnahme von Naumann, der diesmal mit uns gestimmt hat; alle anderen Parteien, auch die Liberalen, die sonst bei allen Friedensveranstaltungen heranziehen und große Friedensreden halten auf Kongressen, haben unseren Antrag abgelehnt, weil er nicht zeitgemäß sei. Ja, wenn es damals nicht zeitgemäß war, wann kommt für diese unglückseligen Eintagspolitiker dann überhaupt die Zeit? (Sehr richtig!)

Also auch da haben wir praktische Politik getrieben und sind im Stich gelassen worden. Je stärker die sozialdemokratische Partei wird, um so sicherer können wir übrigens darauf rechnen, daß wir um so weniger praktische Tageserfolge durch Durchbringung von Anträgen erzielen. Je zahlreicher die sozialdemokratische Partei nämlich im Reichstag wird, um so näher tritt allen bürgerlichen Parteien, auch den Liberalen, die Gefahr vor Augen, daß die Sozialdemokratie die Oberhand gewinnt im Volke und damit schließlich auch die Macht in die Hände bekommt. Daher richtet sich seit Jahren die Taktik der bürgerlichen Parteien schon darauf, selbst dann, wenn wir Anträge einbringen, die die Liberalen oder das Zentrum selber ruhig auch von ihrem Standpunkt aus hätten annehmen können, diese unsere Anträge doch abzulehnen, um dann ihrerseits bei einer anderen Gelegenheit in etwas anderer Form denselben Vorschlag einzubringen, oder durch Amendements unseren Antrag abzuschwächen. Die bürgerlichen Parteien bringen dann ihre eigene Fassung zur Annahme, um sagen zu können: Seht ihr, das sind die unpraktischen Sozialdemokraten, die setzen nichts durch, aber wir bürgerlichen Politiker, wir Sozialreformer vom wahren Blut, wir bringen etwas fertig! Das ist nichts Neues, sondern diese Taktik wird seit Jahren gerade vom Zentrum mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit verfolgt. (Sehr richtig!) Ich appelliere da besonders an das Urteil derjenigen Genossen, die sich speziell mit den sozialpolitischen Fragen im Reichstag zu beschäftigen haben. Wenn wir also diese sogenannten praktischen Erfolge mit der Durchbringung von Anträgen von Jahr zu Jahr weniger erreicht haben und wahrcheinlich von Jahr zu Jahr weniger erreichen werden, so liegt das an dieser Angstpolitik der bürgerlichen Parteien, mit deren Hilfe sie versuchen, das Ansehen der Sozialdemokratie im Volke zu schädigen. Und dann geht man hausieren mit diesem Vorwurf, daß wir keine praktische Politik treiben! Das verstehe ich, wenn es von unseren Gegnern kommt, da ja sie mit diesem Mandat arbeiten; es genügt aber nicht gerade von einem gründlichen Studium unserer parlamen-

larischen Verhältnisse und der politischen Bewegung überhaupt, wenn ein solch altherner Vorwurf einen Wiederhall findet in unseren eigenen Reihen. (Sehr richtig!)

Ein allgemeiner Vorwurf anderer Art ist der, daß die Fraktion nicht mit dem genügenden Feuer und Schwung speziell die Situation bei der Finanzreform agitatorisch ausgenutzt hat, so daß diese Aktion hinter den Erwartungen, die berechtigterweise die Partei stellen konnte, zurückgeblieben sei. Demgegenüber möchte ich bemerken, daß wir Fraktionsmitglieder bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch dieselbe Empfindung haben. Das liegt daran, daß man besonders bei großen Gelegenheiten sich immer die höchsten Ideale stellt und daß diese nie erreicht werden. Ich glaube, Debel war es, der auf einem früheren Parteitag einem ähnlichen allgemeinen Vorwurf gegenüber die Antwort gegeben hat: Ja, Parteigenossen, ein jeder von uns, der als Redner auftritt, wird sich wahrscheinlich sagen, wenn er von der Tribüne herunterkommt: eigentlich hätte ich zu den Merks das doch noch ganz anders und gründlicher sagen können. Er knüpfte dann daran das Wibelwort: Wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhms! (Heiterkeit.) Ich glaube, diese Empfindung teilt wohl jeder und gerade bei einer solchen Gelegenheit wie diese war. Ich kann es durchaus nachfühlen, wenn die Parteigenossen verlangen, es muß noch ganz anders eingehauen werden. Der Wille der Fraktion ist das jedenfalls auch gewesen, denn wir haben ausdrücklich beschlossen, die Situation durch schärfste Opposition so auszunutzen, daß durch unsere Kritik die Erregung in die Massen hineingetragen und zu hellen Flammen entfacht wurde. Es ist ja möglich, daß der einzelne bei seinem Temperament oder seiner Auffassung wegen hin und wieder hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Wenn wir so auch nicht das Ideal im vollsten Maße erfüllt haben, so können wir doch mit einer gewissen Gemugtuung sagen: erfolglos haben wir nicht gearbeitet. Wir haben auf die Masse eingewirkt, und die Resultate der ganzen Bewegung, die jetzt in den Nachwahlen jutage getreten sind, beweisen das.

Ich komme nun zu allgemeinen Betrachtungen über die Vorgänge selbst. Sie werden nicht erwarten, daß ich, wenn auch abgekürzt, den ausgiebigen Bericht wiederhole, der etwa das Doppelte dessen umspannt, was in früheren Jahren üblich gewesen ist. Ich will mich auch da auf die Hauptfache, die Finanzreform, konzentrieren, die jedenfalls das allgemeine Interesse erweckt, zumal ich auch nicht weiß, ob in bezug auf die anderen durch die Verhältnisse in den Hintergrund gerückten Fragen irgendwelche Ausstellungen zu machen sind. Sollte das der Fall sein, so wird in der Diskussion sich Gelegenheit bieten, darauf einzugehen. Ich sagte schon, daß die Finanzreform, das heißt die Massenfeuerschröpfung mit rund 450 Millionen Mark indirekter Steuern aufs engste mit unseren Verfassungszuständen zusammenhängt, und daß nur daraus die Möglichkeit solch ungeheurer Vorgänge zu erklären ist. Wenn wir über unsere Verfassungszustände reden, so müssen wir immer die wirklichen Machtverhältnisse ins Auge fassen, um uns zu erklären, wie die Dinge sich abspielen. Das Deutsche Reich ist kein Bundesstaat, kein Staatenbund, kein parlamentarischer Staat, sondern das Deutsche Reich ist eine Filiale Preußens, die durch eine Nebenregierung geleitet wird. (Sehr gut!) Preußen ist gleichfalls kein parlamentarischer Staat, sondern ein völlig bürokratisch geregelter Staat in allen seinen Verwaltungsbereichen, wo lediglich nach der Diktatur der preussischen Junker regiert wird. Durch das Dreiklassenwahlrecht beherrschen die preussischen Junker den Landtag; das Herrenhaus ist selbstverständlich eine Hochburg der Junker, und die anderen bürgerlichen Parteien haben sich mit diesem Zustand abgefunden und unterstützen ab-

schließend die Junker. Im Nebenamt betreibt der preussische Ministerpräsident als Reichskanzler die Reichsregierung. Der Bundesrat, mit Verlaub zu sagen, er trägt seinen Namen auch mit Unrecht, ist nur ein dekoratives Beiwerk. Er ist mehr und mehr in den letzten Jahrzehnten dekorativ geworden, jedwede oppositionellen Regungen, die früher mal auftauchten, sind längst erstickt. Es gehört zum guten Ton, daß die kleinen und mittleren Bundesratsmitglieder überhaupt nur dann hervortreten, wenn sie sich mit der preussischen Regierung im Einklang befinden. So hat sich selbst Bayern längst Preußen unterworfen. Genau so wie einmal der frühere bayerische Militärbefehlshaber plötzlich in ein Loblied austrach über Preußens Güte und Gnade bei der Entwicklung der bayerischen Armee, so haben sich auch die zivilen Mitglieder des Bundesrats der preussischen Schablone unterworfen. Das trat ja besonders bei der Finanzreform jutage. Ich selbst habe es damals festgenommen, daß nicht einmal wegen der ungeheuerlichen Pläne bei der Elektrizitätssteuer die bayerische Regierung gegen Preußen opponiert hat, wenigstens nicht öffentlich. Dieser Zustand, daß die preussische Bürokratie auch das Reich regiert, wird nun dadurch ermöglicht, daß auch im Reichstag die eigentlichen bürgerlichen Parteien wie die Liberalen aller Schattierungen und das Zentrum aktivierend der Junkerpartei, den Konservativen, den Steigbügel halten und sie ewig auf dem Rücken des deutschen Michel herumreiten lassen. Der Sottentottenblock war eine solche Unterstützung der Junker durch die Liberalen, und der Schnapsblock ist eine solche Unterstützung der Junker durch die Zentrumsparthei und die Polen.

An sich haben die Junker ja keineswegs die Majorität, selbst wenn man noch die Freikonservativen und die Antisemiten hinzuzählt, die nur Auswüchse der Konservativen nach der Kleinbürgerlichen Richtung hin sind. Die Konservativen brauchen die Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien, und die hat ihnen immer noch zur Verfügung gestanden. Der Ehrgeiz des Zentrums und der Liberalen gipfelt darin, wenn die Gnade gewährt werden soll, den Junkern behilflich zu sein, das deutsche Volk mitzuregieren. Statt des Sottentottenblocks, der sehr gegen den Willen der Liberalen mit dem schönen roten Adlerorden IV. Klasse zu Ende gegangen ist (Heiterkeit), und über den die Liberalen ja heute noch winseln, haben wir jetzt den Schnapsblock. Das ist eine Art Triolenverhältnis, wobei die Polen die wenig anmutige Rolle des auf kurzfristige Frist, auf kurze Zeit gesuchten Dritten spielen. (Große Heiterkeit.)

Zum Teil erklärt sich die Möglichkeit, daß die Junker mit der Unterstützung der bürgerlichen Parteien ihre Vorherrschaft behaupten können, gerade aus dem Anwachsen der Sozialdemokratie. Je mehr diese anwächst, desto mehr fährt die Angst vor ihr den bürgerlichen Parteien in das schlotternde Gebein. Daher haben wir das bürokratische Regiment. Schon Marx hat einmal darauf hingewiesen, daß ein bürokratisches Regiment sich überall ausbildet, wo die Klassen sich die Wage halten. Indem wir das anerkennen, müssen wir uns auch darüber klar werden, daß es das Allerörchteste wäre, wenn wir deshalb unsere eigene Machtentfaltung einschränken wollten, weil die Liberalen oder das Zentrum sich auf Jahre hinaus noch mit der Junkerherrschaft und der Herrschaft der Bürokratie einverstanden erklären. Die Liberalen reden uns immer zu: wir sollten uns einschränken und Liberale wählen und keine Sozialdemokraten, damit das liberale Bürgertum nicht in Angstzustände verfällt. Indem wir diesen Gedanken zurückweisen, müssen wir mit aller Entschiedenheit auf allen Lebensgebieten auf Grund unserer Ueberzeugungen die schärfste Opposition gegen dieses Regierungssystem machen. Nichts förchtlicher, als wenn wir mit Rücksicht darauf, daß die Liberalen dann vielleicht etwas

mehr Opposition machen würden, unsere eigene Opposition einschränken würden! (Zustimmung.) Das wäre Befolgung des Grundsatzes: „Immer langsam voran, damit der Krähwinkler Landsturm nachkommen kann!“ Wir dürfen unter keinen Umständen eine Politik treiben, um den Krähwinkler Landsturm in den Vordergrund zu bringen. Da könnten wir uns gleich begraben lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Aus diesen Machtverhältnissen erklären sich nun in letzter Linie alle die Verhältnisse, die in der letzten Session eine Rolle gespielt haben. Daraus erklärt sich auch das Hervortreten des persönlichen Regiments, wie es sich bei uns gestaltet hat. Es ist nicht eine für sich zu erklärende Erscheinung, sondern das Resultat des bürokratischen Regiments an sich, das in dem Haupt der Bürokratie in die Erscheinung tritt, wenn dieser Monarch das Gefühl in sich verspürt, daß er in der Tat fähig ist, politische Leistungen zu vollbringen. Dann kann er in dem bürokratischen System die Rolle spielen, die Kaiser Wilhelm II. spielt. Wir haben ja sehr gründlich mit dem persönlichen Regiment im Reichstage abgerechnet.

Aus den hier geschilderten Machtverhältnissen resultiert aber auch das ganze Steuer-system, unter dem das deutsche Volk zu leiden hat. Wir haben im Reich das System der indirekten Steuern. Erst neuerdings hat man in der Not der Zeit zu dem Feigenblatt einer direkten Steuer in dem Ansatze einer Erbschaftsteuer gegriffen. Das System indirekter Steuern hat zwei Wirkungen, die es für das Volk im höchsten Grade schädlich machen. Erstens wirkt jede indirekte Steuer progressiv nach unten. Jede solche Steuer trifft die mittleren und kleinen Vermögen und Einkommen weit härter als die hohen. Es ist im anderen Sinne eine progressive Einkommensteuer, nur daß ihre Raten nach unten wachsen, während sonst die Raten nach oben wachsen. Das sehen wir insbesondere bei den Lebensmittelsteuern, den Verbrauchsartikeln der breiten Massen. Das ist eine Steuererschöpfung schlimmster Art. Die große Masse des Volkes muß die Kosten für die Klassenherkunft im Reich aufbringen. Der zweite Nachteil ist der, daß diese Steuererschöpfung den Massen nicht direkt, teilweise noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Wenn der Steuerexekutor mit der blauen Mütze die paar Mark Einkommensteuer holt, dann merkt es der Arbeiter und seine Frau, der kleine Bauer und alle anderen kleinen Leute. Aber es gehört immer ein Denkprozeß dazu, die Beschäftigung mit politischen Fragen überhaupt, damit das Volk in den breiten Massen sich Klarheit verschafft, daß es auf dem Wege der indirekten Steuern ganz unverhältnismäßig stärker geschöpft wird. Und deshalb, weil das Volk das nicht so merkt, werden die indirekten Steuern von den herrschenden Klassen insgesamt, nicht nur von den Junkern, bevorzugt. Die indirekten Steuern werden außerdem obendrein noch dazu ausgenutzt, um durch Schutzzölle und Liebesgaben die Agrarier und Industrieunternehmer auf Kosten des Volkes zu bereichern.

Über damit sind die Nachteile des indirekten Steuer-systems noch nicht erschöpft; sie haben noch eine sehr verhängnisvolle Wirkung. In den Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs, wenn die Bevölkerung sich in relativem Wohlstand befindet, steigen die Einnahmen aus den indirekten Steuern, weil der Massenverbrauch größer ist. Beim wirtschaftlichen Niedergang sinken oder stagnieren die Resultate aus den indirekten Steuern, und so kommt es, daß in einem Staate, in dem das indirekte Steuer-system vorherrscht, gerade das Bedürfnis nach neuen Steuern sich herausstellt in einer Zeit, wo das Volk wirtschaftlich schwer zu kämpfen hat, wie wir das jetzt wieder erlebt haben. Und wenn in solchen Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs neue indirekte Steuern beschlossen worden sind, dann ergeben sie in den Zeiten des wirtschaftlichen

Neuen Aufschwungs größere Resultate, als zunächst in Aussicht genommen worden; dann „schwimmt Deutschland wieder im Gelde“, wie ein Schatzsekretär einmal sagte, und sobald Bürgertum und Junkertum im Reichsgelde schwimmen, haben sie den Anreiz, nunmehr wieder die Ausgaben zu erhöhen. Wogu die Erhöhung dient, wissen wir. Jede Einnahmevermehrung wird fast ausschließlich verwendet für den Militarismus, Marinismus, die Kolonialpolitik, den Imperialismus. (Sehr richtig!) Die ganze Finanznot des Reiches erklärt sich aus den ungeheuren Ausgaben für Rüstungszwecke, weil alle bürgerlichen Parteien längst sich bereit erklärt haben, jeden Rüstungswunsch der Regierung zu erfüllen.

Diese Charakteristik der indirekten Steuern erhält noch ihre Ergänzung durch die besondere Eigenart des Steuer-systems in Deutschland. Die Steuern werden bei uns nicht von Jahr zu Jahr bewilligt, sondern es wird durch Gesetz bestimmt, daß sie so lange erhoben werden, bis sich Reichstag und Bundesrat über eine Aenderung irgendwelcher Art geeinigt haben. Dadurch wird das Budgetrecht des Reichstages auf das schwerste geschwächt und beeinträchtigt, und deshalb sucht die Bürokratie und die Parteien, die sie unterstützen, immer darauf hinzuwirken, daß niemals irgendeine Steuer eingeführt wird, bei der die Raten von Jahr zu Jahr festgelegt werden, was sehr leicht der Fall wäre.

Es ist ja mit Sicherheit zu erwarten, daß es bald wieder zu einer sogenannten Finanzreform kommt. Denn diese Finanzreform, diese Steuererschöpfung, wird nicht die letzte sein, die wir erlebt haben. Wie auf die Stengelsche Reform des Jahres 1906 die Sadowsche Reform des Jahres 1909 gefolgt ist, so werden wir bald wieder eine neue Finanzreform erleben. Abgesehen von unserer Stellung zur Steuererhöhung überhaupt, müssen wir darauf drängen, daß Steuern unter keinen Umständen anders eingeführt werden als durch jährliche Bewilligung. Dadurch wird das Budgetrecht des Reichstages erst zu einer lebendigen Kraft. Der einzige Ansatze, den wir dazu haben, sind die sogenannten Matrikularbeiträge, die allerdings in bezug auf ihre Veranlagung furchtbar unsinnig sind; es sind Kopfsteuern, die den einzelnen Staaten nach der Bevölkerungszahl auferlegt werden; aber die Matrikularbeiträge müssen wenigstens alljährlich festgesetzt werden, und deshalb legt die Bürokratie großen Wert darauf, sie entweder ganz abzuschaffen oder wenigstens nach oben zu begrenzen, was indes selbst von den bürgerlichen Parteien bisher nicht zugestanden ist.

Noch eine spezielle Neuerung ist diesmal von der Regierung mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien in Szene gesetzt worden. Bei der Finanzreform von 1906 hatte die Regierung ihre einzelnen Steuerentwürfe wenigstens in einem sogenannten Mantelgesetz zusammengefaßt, die einzelnen Parteien hatten also die Möglichkeit, sich in der Schlussabstimmung über die Verbesserung oder Annahme der Steuern insgesamt zu entscheiden. Ich erinnere daran, daß wir, nachdem wir in der Einzelberatung z. B. die damalige Erbschaftsteuer des Prinzipis wegen genehmigt hatten, schließlich die gesamten Steuern auch mit der Erbschaftsteuer selbstverständiglich ablehnten, da wir das herrschende Regierungssystem in keiner Weise unterstützen wollten. Diesmal hat nun die Regierung, da sie ihrer Sache nicht sicher zu sein glaubte, von einem Mantelgesetz Abstand genommen. Sie spekulierte darauf, daß die einzelnen Steuern von wechselnden Majoritäten angenommen würden. Schließlich ist es ja wider Erwarten und Willen der Regierung doch dazu gekommen, daß nach Ablehnung ihrer Steuerentwürfe eine einheitliche Majorität für Steuerentwürfe anderer Art sich herausbildete. Aber der Wille der Regierung ging bis zum letzten Augenblick dahin, sich die einzelnen Steuern durch

wechselnde Mehrheiten bewilligen zu lassen. Der Verzicht auf ein Mantelgesetz bedeutet also eine direkte Schädigung des konstitutionellen Prinzips und des Budgetrechts des Reichstages überhaupt, und nach unserer Ueberzeugung hätten auch die Parteien, die sich schließlich zu einer Steuerbewilligung zusammenfanden, im Interesse einer eigenen Nachbeträchtigung auf ein Mantelgesetz dringen müssen. (Sehr richtig!) Jedenfalls werden wir bei künftigen sogenannten Steuerreformen von vornherein gegen dies nichtswürdige Manöver der Schädigung des Budgetrechts des Reichstages in der schärfsten Weise Front zu machen haben.

Auf die einzelnen Vorlagen selbst gehe ich natürlich nicht ein, es kam mir nur darauf an, die ganze Steuergesetzgebung noch einmal zu charakterisieren und zu zeigen, daß wir uns diesem Steuersystem wie überhaupt dem ganzen Regierungssystem gegenüber grundsätzlich in der schärfsten Opposition befinden müssen, und wir haben ja auch die schärfste Opposition dagegen im Reichstage getrieben. Die Situation, wie sie sich gegenwärtig durch die Annahme der Schnapsblocksteuern gestaltet hat, ist folgende: Wir haben jetzt eine neue Regierungsmehrheit bekommen, an die Stelle des konservativ-liberalen Hottentottenblocks, ist der agrarisch-konservativ-zentriert-polnische Schnapsblock getreten. Vielleicht hat er eine längere Dauer, vielleicht nicht, das ist gleichgültig, wir befinden uns jedenfalls in der schärfsten Opposition dagegen, aber wir müssen uns hüten, uns die Auffassung der Liberalen zu eigen zu machen, die einfach vom Standpunkt des Konkurrenten ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung einer Situation richten, um wieder mit den Konservativen einen konservativ-liberalen Regierungsbund bilden zu können. So haben die Liberalen von Anfang an die Parole ausgegeben: die Konservativen haben ein schweres Verbrechen begangen durch den Sturz Bülow's; Herr von Helldorff hat sich dadurch zum „ungekrönten König von Preußen“ gemacht. Zu meinem großen Bedauern hat diese alberne Phrase auch in unserer Parteipresse Widerhall gefunden. Daß die Konservativen und das Zentrum Bülow stürzten, war ihr gutes Recht. Das hätten wir auch getan, wenn wir die Möglichkeit dazu gehabt hätten, wir würden diesen Schaukelpolitiker, diesen Feind des Sozialismus, mit Freuden gestürzt haben. Was wir den Konservativen und dem Zentrum zum Vorwurf machen, ist die elende Heuchelei, daß sie sagen: wir wollten ihn nicht stürzen. (Sehr richtig!)

Warum sagen denn aber die Leute nicht offen, die Regierung paßt uns nicht, darum haben wir sie gestürzt, und wir verlangen jetzt, daß wir an die Stelle treten? Nun, weder Junker noch Zentrum haben ein Interesse daran, daß wirklich nach konstitutionellen Grundsätzen regiert wird, sie sind zufrieden, daß die Bureaucratie regiert, sofern sie nur in aller Weise nach ihrer Pfeife tanzt. Gerade diese Tatsache müssen wir mit größter Schärfe betonen, weil seit altersher das Märchen in Deutschland kolportiert wird, daß eine bürokratische Regierung gewissermaßen über den Parteien schwebt. Das ist niemals der Fall gewesen, die preussische und deutsche Bureaucratie war seit jeher eine kleinliche Parteiregierung, sie ist viel kleinlicher und boshafter, gerade weil sie eine Minorität vertritt. Die Unterdrückung durch die Regierung, der Terrorismus gegenüber oppositionellen Parteien ist viel schärfer, als er in einem wirklich parlamentarisch regierten Lande jemals von einer parlamentarisch regierten Mehrheit ausgeübt werden könnte. Das haben wir Sozialdemokraten seit Jahrzehnten am eigenen Leibe erfahren. Aber auch die Liberalen sind mit Skorpionen gezüchtet worden, selbst zu der Zeit, wo der Hottentottenblock sie angeblich regierungsfähig machte. Ich verweise nur auf den Fall Schüding. Es ist ein Zeichen der politischen Kurzsichtigkeit und Jammerhaftigkeit des Liberalismus, daß er sich selbst

durch diese Erfahrungen nicht in die Opposition treiben ließ; die Liberalen sind nicht freiwillig in die Opposition gegangen, sondern erst nach dem Zutritt, den sie von den Junkern erhalten haben. (Sehr gut!)

Also, Parteigenossen, wir müssen möglichst im Lande dafür sorgen, dieses Märchen von der Unparteilichkeit eines Bureaucratenregiments zu zerstören. Wir haben eine Parteiregierung schlimmster Art in Deutschland und besonders brutal gegen die Klassenpartei des Proletariats. Wenn wir die Situation ausnützen, dann wird diese Diskreditierung dieser Bureaucratenregierung auch die letzten Säulen ihrer Macht stürzen.

Im Zusammenhang damit noch einige Bemerkungen über das Verhältnis zu den anderen Parteien. Daß wir die gegenwärtigen Mehrheitsparteien, Konservative, Zentrum, Polen — solange das Triolenverhältnis dauert — von unserem Standpunkt aus grundsätzlich und scharf bekämpfen, ist selbstverständlich. Wie stellen wir uns nun zu den Liberalen? Es ist uns geraten worden, möglichst milde und nachsichtig zu sein, damit der Krähwinkler Landsturm auf unsere Seite treten kann. Bei diesen allgemeinen Redensarten von dem „Zusammengehen mit den Liberalen“ werden meist zwei Dinge nicht auseinandergehalten: das Zusammengehen bei Abstimmungen im Reichstag, bei Gesetzentwürfen, bei Anträgen — ja, Parteigenossen, haben wir jemals, wenn wir einen Antrag eingebracht haben, den Liberalen gesagt: Bitte, stimmt aber nicht dafür! Im Gegenteil, wir haben den Leuten zugeredet wie einem kranken Schimmel, sie sollten doch dafür stimmen. Wenn sie es nicht getan haben, so liegt es doch nicht an uns, daß wir nicht „zusammengegangen“ sind. Und wo wir für liberale Anträge stimmen konnten, haben wir es auch getan. In jeder Session ist das geschehen. Wir hatten jeden Antrag darauf geprüft — ob er nun von Liberalen oder von anderen bürgerlichen Parteien kam — ob er sachlich für uns annehmbar ist, dann haben wir ihn angenommen, dann sind wir zusammengewandert mit Liberalen, mit Polen, mit dem Zentrum; ich glaube, es ist schon vorgekommen, daß wir bei irgendeinem Antrag mit den Konservativen zusammengewandert sind. Also, Parteigenossen, auch in dieser Beziehung liegt nicht der geringste Grund vor, unsere Haltung zu ändern.

Dann das Zusammengehen bei den Wahlen. Ja, ob sich da etwas ändern wird an den bisherigen Vorgängen, das liegt auch nicht an uns. Bisher hatten die Liberalen fast durchweg bei allen Wahlen der jüngsten Zeit mit unseren Gegnern sich gegen uns zusammengeschlossen und uns niedergestimmt, meist bei den Hauptwahlen, unter allen Umständen bei den Stichwahlen. Ja, was sollen wir dem gegenüber tun? Sollen die Leute ihre Haltung ändern, so haben wir nichts dagegen; dann wird sich auch unsere Haltung ihnen gegenüber ändern müssen. Wir haben indes bisher nur die aller schlimmsten Erfahrungen darin gemacht. Wir wollen abwarten, was die Liberalen tun werden, ob sie wirklich sich zu einer energischen Oppositionspartei aufschwingen können, einer Oppositionspartei, die auch bei den Wahlen Front macht gegen die Regierungsparteien und die Regierung. Die letzten Nachwahlen, die wir erlebt haben nach der Reichsfinanzreform, lassen nichts davon verspüren. Daß wir aber in irgendeiner Weise auf die Geltendmachung unserer Grundsätze bei den Wahlen oder auf die Aufstellung von Kandidaten verzichten sollten, um den Liberalen den Sieg zu ermöglichen — ja, Parteigenossen, ich weiß, außerhalb dieses Saales ist ja eine solche Politik der Selbstentmannung schon einmal empfohlen worden, sogar von Parteigenossen; ich hoffe aber, daß es in diesem Saale niemand gibt, der das tut. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen. Alle unsere Erfahrungen zeigen uns, daß wir auch

besten fahren, wenn wir in der schärfsten Weise Opposition machen gegen dieses ganze Regierungssystem, gegen dieses System in allen seinen Verzweigungen. Das haben ja jetzt gerade die letzten Nachwahlen gezeigt, welche relativ kolossalen Aufschwung die deutsche Sozialdemokratie genommen hat. Das zeigt sich überall, in der Pfalz, in Sachsen usw., hoffentlich auch in allen Nachwahlen, die noch bevorstehen. Worauf ist das zurückzuführen? Es ist der Gedanke ausgesprochen: weil wir für das Prinzip der Erbschaftsteuer bei irgendeiner Gelegenheit uns erklärt hätten, deshalb hätten wir das Vertrauen des Volkes plötzlich in solchem Maße mehr erworben als früher. Wenn diese Voraussetzung richtig wäre, warum ist das Vertrauen des Volkes nicht in demselben Maße den Nationalliberalen und Freisinnigen zugute gekommen, die bei dieser Abstimmung ja auf unserer Seite waren. Die sind genau so durcgerückt und stellenweise noch schlimmer als die Konservativen und das Zentrum. Also nicht deshalb, weil wir bei irgendeiner Gelegenheit in irgendeiner Nebenfrage uns einmal auf der Seite der bürgerlichen Parteien befinden, wächst das Vertrauen des Volkes für uns, sondern wegen unserer Gegnerschaft gegen alle anderen Parteien, wegen derjenigen Grundsätze, die uns von allen Parteien trennen. (Sehr richtig!) Deshalb sind wir in höherem Maße in der letzten Zeit als früher schon der Fall war, in das Vertrauen des Volkes hineingewachsen. Deshalb verstärkt sich wieder die Zugkraft der Sozialdemokratie für die Massen, weil sie gerade aus dieser unserer Tätigkeit die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir uns in keiner Weise irren machen und fügen lassen durch Schöntuerei, daß wir uns auch nicht täuschen lassen etwa durch das durchsichtige Mandat der Regierung und der herrschenden Parteien, die die Erbschaftsteuer doch nur als Schönheitspfälsterchen auf ihre Massen indirekter Steuern geklebt haben. Das Volk sollte dadurch nur über die gewaltige Steuererschöpfung der Massen getäuscht werden. Nur dadurch, daß wir grundsätzlich Opposition machen gegen dies bürokratische Regierungssystem, gegen die Junkerboomacht, gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in allen ihren Verzweigungen, auch in ihrem Steuer-system, nur dadurch können wir unsere Bewegung vorwärts bringen, nur dadurch können wir sie zu unserem Endziel weitertreiben, nur dadurch können wir es dahin bringen, daß in wachsendem Maße das Vertrauen des geknechteten Proletariats sich um das rote Siegesbanner der Sozialdemokratie schart. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vor den zum parlamentarischen Bericht vorliegenden Anträgen werden die Anträge 32 und 35 für die Verhandlung des Punktes 6, Reichsversicherungsordnung, zurückgestellt. Zurückgezogen werden die Anträge 45, 46, 47, 48, 50, sowie Antrag 40, der durch die Resolution 268 erledigt ist. Nicht genügend unterstützt wird der Antrag 42. Die Resolutionen 44 und 49 werden im Anschluß an den parlamentarischen Bericht gesondert verhandelt werden.

Zur Beratung stehen jetzt die Anträge 30, 31, 33, 34, 41 266 und 268.

Den Antrag 30 begründet

Gradnauer: Die Genossen des 5. sächsischen Wahlkreises sind sich wohl bewußt gewesen, daß die Frage der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise die Fraktion schon immer beschäftigt hat. Wir wissen, daß auf diesem Gebiete nichts veräußt worden ist von unseren Genossen der Reichstagsfraktion. Der Antrag will also nicht etwa eine Veräußtung rügen, sondern nur die ungewöhliche Wichtigkeit dieser Frage von neuem unterzeichnen. Es handelt sich in der Tat bei der Neueinteilung der Wahlkreise um eine der allergrunds-

legendsten Verfassungsfragen. Nur die alte ungerechte Wahlkreiseinteilung begründet noch die Vorherrschaft des Zentrums und der Konservativen im Reichstag, trotz des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Unsere Partei hat mit genau soviel Stimmen wie Zentrum und Konservative zusammen infolge dieser Wahlkreiseinteilung kaum ein Viertel der Mandate im Reichstag, die diese beiden Parteien haben. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Fraktion zu überweisen, diese wird ohne Zweifel auch fürderhin wie bisher diese wichtige Angelegenheit im Auge behalten.

Zum Antrag 31 spricht

Kamp-Dresden: Wir alle wissen, wie durch die Verlängerung der Legislaturperioden das Recht des deutschen Volkes zu den Gesetzgebungsfragen öfters Stellung zu nehmen, beschnitten worden ist. Gerade die Finanzreform hat Anlaß zu unserem Antrag auf Herabsetzung der Legislaturperiode ermöglicht auf ein Jahr gegeben. Die Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre ist von unseren Gegnern erfolgt in der Annahme, daß die Sünden, die die herrschenden Klassen am Volke verüben, nur allzu schnell vom Volke vergessen werden. Daher meinen wir, muß das Volk in möglichst kurzer Frist in der Lage sein, über die Taten der herrschenden Parteien zu Gericht zu sitzen. (Sehr richtig!)

Zur Resolution 266 erhält das Wort

Paul Müller-Hamburg: Ich erfülle zunächst im Auftrage meiner Berufskollegen eine Anstandsspflicht, wenn auch der Fraktion unsere Anerkennung und unseren Dank aussprechen für ihre Tätigkeit, die sie im Reichstage bei der Beratung bestimmter, die seemannische Arbeiterschaft interessierender Fragen geleistet hat. In erster Linie bei Gelegenheit der Beratung der Subvention für den Norddeutschen Lloyd und der Frage des Massenimports farbiger seemannischer Arbeiter, wodurch die einheimische seemannische Arbeiterschaft insbesondere aus dem Betriebe des Norddeutschen Lloyd aus reinen Profitrücksichten verdrängt werden sollte. Danach haben insbesondere Koske und Mollenbühr sehr zutreffend die Frage des Koalitionsrechts für die seemannischen Arbeiter behandelt und rücksichtslos den Terrorismus des deutschen Großreedertums, insbesondere der Mader der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd gegenüber der organisierten Arbeiterschaft kritisiert. Ferner hat im vorigen Jahr bei der Staatsberatung Genosse Hoch die Klagen und Forderungen der seemannischen Arbeiter wirkungsvoll vertreten, und ebenso Genosse Sebering bei der Behandlung der Frage des Zwangspensionslastennehmens, insbesondere des Norddeutschen Lloyd. Die Siebe, die unsere Vertreter in dem Deutschen Reichstag ausgeteilt haben, haben zweifellos gegeben. Wir unterschätzen die moralischen Erfolge, die durch das Auftreten unserer Vertreter im Reichstag erzielt worden sind, in keiner Weise. Deshalb sind wir ihnen dankbar dafür. Das Scheitern des deutschen Reedertums, insbesondere die Enttäuschung in der deutschen Arbeiterpresse haben uns bewiesen, daß diese Kritik nicht ohne Wirkung geblieben ist. Allerdings hat die Reichsregierung sich bei der Erörterung dieser Fragen bis auf eine einzige Ausnahme ausgeschwiegen, allerdings haben die bürgerlichen Abgeordneten, die das Wort nahmen, versucht, mit Verlegenheitsentwürfen die Kritik unserer Abgeordneten abzuwachen. Welch klägliche Rolle dabei besonders der freisinnige Vertreter für Bremen, der Abgeordnete Hornmann, als ausgesprochener Lloydanwalt bei dieser Gelegenheit gespielt hat, will ich im einzelnen hier nicht vorführen. Sicher ist, daß die Kritik unserer Abgeordneten eine gute Wirkung auf die seemannische Arbeiterschaft, auf unser ganzes agitatorisches und organisatorisches Leben geübt hat. Heute

richten wir einen neuen Aufruf an die Fraktion, uns zu unterstützen in dem Kampfe um die Erweiterung der seemännischen Rechte. Die Fraktion kann unserem Wunsche stattgeben einmal durch schärfste rücksichtslose Kritik der bestehenden Mißstände, unter denen wir in sozialer und rechtlicher Beziehung leiden, und andererseits durch praktische Arbeit für den weiteren Ausbau der seemännischen Arbeiterschutzegebung im Interesse der entrechteten, ausgebeuteten seemännischen Arbeiter Deutschlands. Die Frage, die ich hier kurz zu behandeln habe, ist keine Frage rein parteipolitischer Natur, sondern eine Frage der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit gegenüber der seemännischen Bevölkerung Deutschlands. (Sehr richtig!) Die Resolution soll nicht eine Beschwerde gegen die Fraktion sein, sondern nur eine Deckung, eine Rückenstärkung für die Fraktion, wenn sie Kritik an den von der Resolution gezeigten Mißständen übt, eine Rückenstärkung gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien, die bei wiederholten Anlässen im Reichstag erklärt haben, daß hinter der Kritik und den Klagen der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht die seemännische Arbeiterschaft stehe, sondern daß sie lediglich eine Maché gewissenloser Heber sei. Die Resolution, die in ähnlicher Form auch auf unserem letzten Verbandstag angenommen ist, soll diese Legende zerstören. Die Resolution stellt Tatsachen fest, wie ich Ihnen an Hand eines reichhaltigen Beweismaterials hier näher begründen könnte. Das ist mir bei der beschränkten Redezeit unmöglich. Ich begnüge mich deshalb mit der Feststellung, daß die Resolution nüchtern und konsequent die Mißstände umschreibt, unter denen wir heute als seemännische Arbeiterschaft im deutschen Schiffsahrtsbetrieb zu leiden haben. Ich empfehle diese Resolution auch deshalb zur Annahme, weil meine Berufsgenossen in verschiedenen anderen Staaten jetzt ähnlich vorgehen. Wir brauchen eine durchgreifende Revision der Seemannsordnung. Die letzte Revision 1902 war keine gründliche, oder unseren bescheidenen Anforderungen entsprechende, sondern eine Scheinrevision und deshalb das heutige lächerliche Gesetz. Die Erfahrungen auf den Seemannsämtern und in den Gerichtssälen bestätigen diese meine Feststellungen. Wir stehen hier nicht allein, hinter uns stehen selbst Richter und behördliche Organe, die frei und offen anerkannt haben, daß die sogenannte revidierte Seemannsordnung ungenügend ist. Sie ist ein Messer ohne Heft und Klinge, mit dem selbst der wohlwollendste Richter oder Beamte nichts anfangen kann. Wir verlangen ferner seemännische Arbeitsämter analog den Gewerbeämtern bezw. Einigungsämtern. Jetzt steht die seemännische Bevölkerung außerhalb des Genusses der Wohlthaten dieser Gesetzgebung. Wir verlangen weiter Erweiterung des Schutzes von Leben und Gesundheit der Seeleute, Ausbau der Krankenfürsorge durch obligatorische Einführung der Krankenversicherung, staatliche Kontrolle und Aufsicht des Schiffsahrtsbetriebes unter Mitwirkung der seemännischen Arbeiter bezw. ihrer Vertreter. Unsere Fraktion muß bei der nächsten Staatsberatung die Initiative ergreifen, indem sie in einer Resolution Regierung und bürgerliche Parteien zu einer Stellungnahme und Erklärung zu unseren Forderungen zwingt. Das deutsche Hebeerium wird ja alles daransetzen, diesen Ansturm der sozialdemokratischen Fraktion illusorisch zu machen und nichtsdestoweniger müssen wir sie zwingen, Farbe zu bekennen. Das kann auch geschehen, indem die Fraktion eigene, selbständige Gesetzentwürfe einbringt. Wie rücksichtslos im deutschen Schiffsahrtsbetriebe mit Leben und Gesundheit der Arbeiter umgesprungen wird, das zeigt die große Zahl der Unfälle, die eine wichtige Anlage gegen die Schuldigen ist. Im Interesse der seemännischen Bevölkerung bitte ich um einstimmige Annahme der Resolution. (Beifall.)

Damit ist die Begründung der Anträge erledigt. Es folgt die Diskussion.

**Stadttag:** Ich möchte hier einen Vorgang noch darzustellen aus unserer gesetzgeberischen Tätigkeit, der sich auf den Arbeiterschutz bezieht, die Beschäftigung von Frauen auf Bauten bezieht. Es ist da in einigen Orten ein falsches Bild gegeben. Die Sache war folgende: In der Fraktion war eine Anregung der baugewerblichen Arbeiter besprochen, die Frauenarbeit auf Bauten zu verbieten. Wir sprachen uns dahin aus, daß dieser Anregung Folge zu geben sei, daß aber einmal die nicht die Gesundheit gefährdende Art von Arbeit, wie Reinigungsarbeit, nicht getroffen werden dürfe, und daß man ganz allgemein die gesundheitsgefährlichen Arbeiten auch in anderen Gebieten als auf Bauten verbieten sollte, da es auch in anderen Betrieben gesundheitsgefährliche Arbeiten gibt. Ich nenne nur das Tragen von Zementsäcken, Driftsäcken, Kartoffelsäcken usw. Dementsprechend handelte ich in der Kommission. Dort hatte zunächst das Zentrum beantragt, daß den Frauen die Arbeiten auf Bauten verboten werden. Dadurch wären ihnen alle Arten Arbeit, z. B. die Reinigungsarbeiten, verboten worden, die gesundheitsgefährliche Arbeit des Tragens von Säcken usw. in anderen Gewerbebetrieben wäre aber geblieben. Es kann ja der Bundesrat schon heute gesundheitsgefährliche Arbeiten verbieten, ja, er muß es tun. Ich wandte mich gegen den Zentrumsantrag, weil er nicht weit genug ging und nicht in das System der Gewerbeordnung hineinpaßt. Ich wollte die bürgerlichen Parteien dazu bringen, daß sie auf unseren grundsätzlichen Standpunkt treten, wonach jede der Eigenart der weiblichen Bevölkerung widersprechende Arbeit der Frauen auf allen Gebieten verboten wird. Das ist auch im Bericht der Gewerbeordnungskommission richtig dargestellt. Es heißt da:

„Aus der Kommission wurde gegen den Antrag geltend gemacht: Derselbe passe nicht in das System der Gewerbeordnung. Nach diesem habe der Bundesrat und die Landespolizeibehörde das Recht und die Pflicht, die Verwendung von Arbeiterinnen für Arbeiten, die mit besonderen Gefahren für die Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, zu verbieten. Nicht alle Arbeiten auf Bauten seien gesundheitsgefährlich, so nicht die Reinigungsarbeiten. Wolle man das bestehende System ändern, so solle man dazu übergehen, wozu Redner bereit sei, unter Wahrung der Gleichberechtigung der Frau, dem weiblichen Organismus schädliche Arbeiten allgemein zu verbieten. Dann müsse man auch auf die ländliche Beschäftigung übergehen. Das Tragen eines Sackes Zement sei nicht gesundheitsgefährlicher wie das eines gleich schweren Sackes Kartoffeln. Durch Bundesrats- oder Polizeiverordnung könnten die einzelnen gesundheitsgefährlichen Arten der Beschäftigung auch besser wie durch eine allgemeine Vorschrift im Gesetze getroffen werden.“

Nun ist behauptet worden, daß der Abgeordnete Schmidt eine andere Stellung einnahm. Die Sache war so. In der Vormittagsitzung sprach ich mich wie dargelegt aus. Schmidt hat dann freilich, ohne vorherige Rücksprache mit mir in der Mittagspause genommen zu haben, in der Nachmittagsitzung erklärt, daß er für den inzwischen abgeänderten Antrag des Zentrums stimmen werde, der nur den Transport von Materialien verbietet. Mein Standpunkt war auch der Standpunkt der Fraktion. Dort ist auf meine Anregung beschlossen, daß wir in der zweiten Lesung der Kommission nunmehr für das Verbot, ohne den Versuch, es zu erweitern, stimmen sollen. Es ist vollständig unrichtig, daß irgendein Mitglied von uns sich gegen einen erweiterten Arbeiterschutzes ausgesprochen hat. Nur dagegen hatte ich mich ausgesprochen, daß der Zentrumsantrag nicht weit genug gehe, sich auf Bauten beschränke. Ueber die Frage, ob dieser Weg oder jener richtig sei, um die Gegner vorwärts

zu treiben, kann man ja verschiedener Meinung sein. Im Plenum habe ich dann unseren Standpunkt wie folgt dargelegt:

„Im letzten Absatz dieses Paragraphen ist in der Kommission neu eingeführt das Verbot von bestimmten Arbeiten Arbeiterinnen gegenüber. Es sollen Arbeiterinnen nicht zum Transport der Materialien bei Bauten aller Art verwendet werden, und es sollen Arbeiterinnen nicht in Kaserne verwendet werden dürfen. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein derartiges Verbot nicht im Einklang steht mit dem bisherigen System der Gewerbeordnung. Es läßt sich nicht leugnen, daß es eigentlich Sache des Bundesrats und der Landespolizeibehörde gewesen wäre, längst dahingehende Verbote zu treffen, durch welche gesundheitsgefährdende Beschäftigungen von Arbeiterinnen verboten werden. Es steht ja in der Gewerbeordnung, daß der Bundesrat berechtigt, also, setze ich hinzu, auch verpflichtet ist, gesundheitsgefährdende Beschäftigungen von Arbeiterinnen zu verbieten. Leider ist der Bundesrat dazu nicht übergegangen. Ja, meine Herren, es ist so weit gekommen, daß in Gegenden, wo wir eine solche gesundheitsgefährdende Beschäftigung sehen, sie noch nicht einmal von der Landeszentralbehörde untersagt wird.“

Wir sind gegen das Tragen von Materialien auf Bauten. Der ursprüngliche Antrag war ja bei weitem zu weitgehend, da nach seiner Fassung auch die Reinigungsarbeiten verboten worden wären. Aber diejenigen Arbeiten, die den weiblichen Organismus gefährden, wie das Tragen schwerer Lasten, sind nicht einmal verboten worden in Bayern, wiewohl in Bayern, besonders in München, der Unfug bestehen soll, daß die Frauen mit Tragen von schweren Lasten beschäftigt werden. Es sind Erhebungen über Erhebungen dort angestellt worden, und Gutachten von Gewerbeinspektoren sind eingeholt. Diese haben sich sämtlich, bis auf einen, für die Einschränkung der Frauennarbeiten auf Bauten ausgesprochen. Der Obermedizinalrat Grassler hat ein Gutachten abgegeben, worin er erklärt, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Baugewerbe zum Tragen schwerer Lasten, wie Mörtel, Stuck, Steinen und Wasser, gesundheitsgefährlich sei, und ein Verbot dieser Arbeit angebracht sei. Er setzt das näher auseinander, welche Gefahren für die Frauen noch dadurch entstehen. Meine Herren, mir scheint, daß dieselbe Gefahr, die für die Frau bei dieser schweren Arbeit auf den Bauten und in der schweren Arbeit in Kaserne besteht, daß dieselbe Gefahr besteht beim Tragen von allen schweren Lasten im Transportgewerbe und auch außerhalb desselben, vor allem auch in der Landwirtschaft. Ich bedaure sehr, daß die Anregung, die wir in der Kommission gegeben hatten, daß man dann, wenn man einmal geschlich vorgeht, ein allgemeines Verbot aller dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Arbeiten aussprechen sollte, auf unfruchtbaren Boden gefallen ist. Wir können im letzten Stadium der Verhandlung selbstverständlich ein solches Verbot, das über den Rahmen der Gewerbeordnung natürlich und auch über das ausgesprochene Verbot hinausgeht, nicht einbringen. Wir müssen uns mit diesem Verbot begnügen, daß die in diesem Absatz besonders gekennzeichneten gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen von Arbeiterinnen vermieden werden.“

In der zweiten Lesung in der Kommission wie im Plenum haben wir selbstverständlich für das Verbot, wie es angenommen war, gemeinsam gestimmt, aber nicht etwa, weil die Fraktion uns dazu gezwungen hat. Wie recht ich mit meiner Anschauung hatte, daß wir nach vornwärts treiben müssen, zeigt ja der weitere Verlauf: das Zentrum hat sich im Plenum bereitfinden lassen, das von ihm beantragte Verbot hinauszuschieben mit Wirksamkeit bis

auf den 1. April 1912, wo es ziemlich gegenstandslos sein wird, da ja bis dahin polizeiliche oder Bundesratsverordnungen auf diesem Gebiet erlassen sein dürften.

Ich hielt es für nötig, dies auszuführen, um der Legendenbildung entgegenzutreten, als ob ich etwa gegen Arbeiterinnenschutz eingetreten sei. Einen solchen Mißsinn sollte man mir doch nicht zutrauen, sondern man sollte sich vorher an der Hand des Materials unterrichten. Verschiedener Ansicht kann man vielleicht darüber sein, welcher Weg richtig ist, die Gegner weiter zu treiben. Ich halte den von mir eingeschlagenen für den richtigen Weg, das ist der erprobte Weg, den ich in Kommissionen wiederholt gegangen bin, und durch den wir überhaupt nur größere Erfolge erzielen können.

Noch ein Wort über unsere eventuelle Stellung zur dritten Lesung der Erbschaftsteuer. Ich bedauere, daß der Antrag München zurückgezogen ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß in der Fraktion, wie in jeder demokratischen Gemeinschaft, die Minderheit sich der Mehrheit unterzuordnen hat, natürlich unter Aufrechterhaltung der Parteitaggsbeschlüsse. Ich habe in einer Versammlung in Nieder-Barnim meine Stellung zur Erbschaftsteuer dargelegt. Das Recht dazu werde ich mir nicht nehmen lassen, denn ich bin nicht der Fraktion allein verantwortlich, sondern meinen Wählern, dem gesamten Proletariat und der Arbeiterklasse. Bei der Beratung unserer Stellung zur ersten Lesung der sogenannten Erbanfallsteuer hatte die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, zu erklären, daß sie dagegen stimmen will, und das hat ja auch Singer getan, indem er im Plenum ausführte:

„Ne nach dem Ausfall dieser Beratungen werden wir unsere Beschlüsse in bezug auf die Vorlage fassen. Aber ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß wir die Vorlage, wie sie jetzt ist, und wie sie vermutlich, wenn die Majorität bei ihrer Auffassung bleibt, noch verschlechtert werden wird, als zur Annahme für unsere Fraktion nicht geeignet bezeichnen müssen.“

Ich gebe ja zu, die Erklärung hätte etwas schärfer und präziser sein können. In der zweiten Lesung stimmten wir selbstverständlich ohne jede Diskussion in der Fraktion für das Prinzip und gegen so ziemlich alle Einzelheiten der Vorlage, weil der Entwurf die reine Karikatur auf eine wirkliche Erbschaftsteuer war. Die dritte Lesung erübrigte sich; ich hielt es aber für nötig, meine persönliche Stellung darzulegen, die ja übereinstimmt mit der Stellung der Fraktion zur ersten Lesung. Es war zwischen der ersten und zweiten Lesung von einer Seite gesagt worden, wir müßten eventuell in dritter Lesung dafür stimmen. Und da habe ich erklärt, wenn die Fraktion eine solche Stellung eingenommen hätte, hätte ich mich dem nicht beugen können — möglich, daß ich mich etwas schief dahin ausgedrückt habe, ich hätte dagegen gestimmt oder mich enthalten. Selbstverständlich habe ich damit nur gemeint, daß ich mich der Abstimmung enthalten hätte. Das hätte, ich getan und hätte es tun müssen, weil diese ganze Dekoration der Erbschaftsteuer lediglich ein Sprungbrett gewesen wäre, um dem Volke die ungeheuren Lasten der Finanzreform aufzubürden. Dazu hätte ich unter keinen Umständen meine Hand gegeben, und dazu kann ich um so weniger gezwungen werden, als die Mehrheit der Fraktion von vornherein sich auf den Standpunkt gestellt hat: diesen Schwindel machen wir nicht mit! In einem ähnlichen Falle würde ich genau so handeln. (Beifall.)

Schubert-Spandau: Der Vorwurf, daß die Fraktion nicht praktisch gearbeitet habe, geht nur von einer bestimmten Gruppe innerhalb unserer Bewegung aus, die da glaubt, durch Kompromisselei mit den bürgerlichen Parteien mehr Erfolge zu erzielen. Für mich handelt es sich jetzt um die taktische

Frage, ob eine Obstruktion bei der Finanzreform möglich war, und da siehe ich auf dem Standpunkt, daß die Fraktion zur Obstruktion hätte greifen müssen. Die Vorbedingungen dazu waren im Lande vorhanden; die Arbeiter, die durch die Krisis der beiden Jahre, durch Hunger und Elend beinahe zur Verzweiflung gebracht waren, hätten die Obstruktion mit Freuden begrüßt. Wenn man auch einwendet, daß durch die Verschlechterung der Geschäftsordnung die Obstruktion keine dauernde hätte sein können, so hätte die Fraktion doch unter allen Umständen zu diesem Mittel greifen müssen; sie mußte den Massen zeigen, daß sie unter allen Umständen gewillt sei, die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter abzuwehren. (Lebebour: Wie denn?) Nun, die Fraktion hat doch 1902 bewiesen, daß Obstruktion möglich ist, und sie wäre auch trotz der verschlechterten Geschäftsordnung noch möglich gewesen. (Widerspruch.) Die Genossen im Lande hätten die Obstruktion der Fraktion sicher unterstützt. Nun zur Frage des Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien. Man sagt immer, wenn der Freisinn zur entschiedenen Opposition übergehen würde, dann wäre ein Partieren mit ihm möglich. Ich sage, das ist unklar. Auch wenn die Freisinnigen und Nationalliberalen einen Augenblick in Opposition sind, so werden diese Parteien doch immer und immer wieder dazu getrieben, sich mit der kapitalistischen Regierung zum Schutze ihres Kapitals zu vereinigen. Aus diesem Grunde können wir niemals ein derartiges Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien gutheißen, auch wenn sie einmal in Wirklichkeit der Regierung opponieren wollten. Wir würden dadurch den bürgerlichen Parteien, speziell dem Freisinn, Mandate verschaffen, und würden es dann erleben, daß die Abgeordneten, die durch unsere Hilfe gewählt sind, gegen uns Stellung nehmen und das Proletariat schädigen. Wenn einzelne Parteigenossen immer wieder nachzuweisen suchen, daß auch heute schon ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien möglich ist, so müssen wir Arbeiter das entschieden zurückweisen. Nicht ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien kann uns helfen, sondern einzig und allein der siegreiche, revolutionäre Gedanke, der bis dato in den Massen vorhanden war und ist. Die Arbeiter lehnen ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ab; wir verzichten auf ein Zusammengehen mit dem Freisinn, denn wir müssen alle Tage die Erfahrung machen, daß es ganz unzuverlässige Bundesgenossen sind. Deshalb sagen wir: diejenigen unserer Genossen, die mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen wollen, sollen zu ihnen gehen, uns aber ungeschoren lassen. (Lebhafter Beifall.)

Schrader-Hannover: In den Reihen der Genossen ist der Vorwurf gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion, sie treibe nicht genügend praktische Politik, doch nur ganz vereinzelt erhoben worden. Im Lande, und vor allem beim Gros unserer Parteigenossen, ist eine solche Stimmung nicht vorhanden. (Sehr richtig!) Wir sind es der Fraktion schuldig, festzustellen, daß das Volk überzeugt ist, daß die Fraktion in allen Fragen die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und praktische Politik nach jeder Richtung getrieben hat. Wenn keine Erfolge aufzuweisen sind, so liegt das an den Ursachen, die der Referent treffend gekennzeichnet hat. Die Fraktion hat keine Obstruktion zu treiben, um Stimmung im Lande damit zu machen, sondern wo Obstruktion getrieben werden muß, da darf es nur geschehen, um einen parlamentarischen Erfolg zu erzielen, und davon konnte nach Lage der Sache keine Rede sein. Wenn nun die Kritik aus Anlaß des parlamentarischen Berichts eingeleitet hat, so doch weniger wegen der Tätigkeit der Fraktion, als gegen die Vorkommnisse, die sich bei der Behandlung der Erbschaftsteuer innerhalb der Fraktion abgespielt haben sollen. Es hat bei einer ganzen Anzahl Genossen außerordentlich Erstaunen hervorgerufen, daß von einzelnen Parteigenossen die Dinge, die sich

in der Fraktion abgespielt haben sollen, so ohne weiteres an die Öffentlichkeit gegeret worden sind. Ich meine, solange die offizielle Vertretung der Partei in einer prinzipiellen Frage — und die Erbschaftsteuer ist eine prinzipielle Frage — über diese Dinge nicht gesprochen hat, soll man sich hüten, derartige Vorkommnisse aus der Fraktion an die Öffentlichkeit zu zerren, wie das in einem Augenblick geschehen ist, wo es uns außerordentlich nachteilig hätte sein können. Wären unsere Gegner nicht so tölpelhaft, so hätten sie diese Vorkommnisse ganz außerordentlich gegen uns auszunutzen können. Ich halte es aber auch für nötig, daß der Parteitag — es ist das ja auch in einem Artikel der „Neuen Zeit“ zum Ausdruck gebracht — zu der Frage Stellung nimmt, welche Stellung soll die Fraktion in Zukunft, wenn, was ja nicht zweifelhaft ist, die Erbschaftsteuer wiederum aufsteht, einnehmen. Solche Dinge dürfen sich doch nicht wiederholen, daß ein Abgeordneter herkommt und vor aller Öffentlichkeit erklärt: die Fraktion möchte beschließen haben, wie sie will, er würde dagegen gestimmt haben. (Spannkuch: Das hat er nicht gesagt.) Nun, er würde sich der Abstimmung enthalten; aber von anderer Seite ist es zum Ausdruck gebracht, es hätte vielleicht ein einzelner Abgeordneter trotz Fraktionsbeschluss dagegen gestimmt. (Stadtthagen: Lust, dagegen zu stimmen.) Was für uns die Beschlüsse unserer Organisation sind, die Beschlüsse unserer Parteitage sind, das sind für die Fraktionsmitglieder die Beschlüsse der Fraktion, wenn selbe sich nicht in Widerspruch setzen mit Beschlüssen des Parteitags oder mit Grundgesetzen der Partei. Wenn innerhalb der Fraktion von Abgeordneten gesagt werden kann, man braucht sich nicht um die Fraktionsbeschlüsse zu kümmern, man stimme, wie es einem beliebt, ja wollen Sie sich dann wundern, wenn Parteigenossen nachher herkommen und sich an Beschlüsse der Parteitage und ihrer Organisation nicht halten. Ich meine, auch für die Fraktionsgenossen gilt das, was für uns alle Parteigenossen gilt: Disziplin. (Beifall.)

Wagner-Braunschweig: Die Agitation gegen diese sogenannte Steuerreform mußte dadurch beeinträchtigt werden, daß man nicht klipp und klar wußte, wie stellt sich die Fraktion zur Erbschaftsteuer? Die erste Erklärung, die uns Klarheit gab, war die Erklärung Singers, in der er die gesamte Finanzreform verworfen, die Erbschaftsteuer als das bekannte Feigenblatt bezeichnete und dann sagte: wir wollen uns die Erbschaftsteuer genau ansehen; sollten wir sie zu einer wirklichen, den Besitz treffenden Steuer machen können, dann werden wir dafür sein; wenn aber keine Verbesserungen zu erzielen sind, dann lehnen wir sie ab. Das mußte so aufgefacht werden, daß sie ganz bestimmt abgelehnt würde (Lebebour: in dritter Lesung); denn das war doch klar, daß eine Verbesserung nicht zu erzielen war. Dann aber gab in der zweiten Lesung David eine Erklärung ab: die Reichstagsfraktion würde doch dafür stimmen. Das stand also in gewissem Widerspruch zu der Erklärung Singers, und man mußte annehmen, es habe sich in der Fraktion eine Wandlung vollzogen. (Lebebour: Nein, das war ja bei der zweiten Lesung.) Ja, bei der zweiten Lesung, wo die politische Konstellation so war, daß wir gewissermaßen Vorspann leisten mußten für Blockfänger und Block; da hatten wir also erst recht Ursache, dagegen zu stimmen, aus höheren Gründen. Aber das ist eine mehr äußerliche Veranlassung, weshalb ich im „Braunschweiger Volksfreund“ mein Bestremden über die Abstimmung der Fraktion aussprach. Ich möchte mich vor allem gegen den Grund wenden, daß wir die Erbschaftsteuer im Programm haben und deshalb dafür stimmen müßten. Wenn wir Programmpunkte immer mit 400 Millionen neuer Belastung erkaufen müßten, wo kämen wir dahin mit unserem Programm! Es ist ein ganz tührendes Vertrauen zur Regierung und den bürgerlichen Parteien, wenn man annimmt, daß, wenn wir die Erbschaftsteuer oder Nachschaffsteuer bekommen

hätten, wir weniger indirekte Steuern erhalten hätten. Gätte der Bloß die Erbschaftssteuerreformen und seinen Kanzler gerettet, dann hätten die Herren wahre Orgien in der Billigung indirekter Steuern gefeiert. Nein, diese nationalliberal-freiwirtschaftliche Heuchlerpolitik durfte nicht in die allgeringste Verührung mit unserer Fraktion kommen. (Lebebour: Ist sie auch gar nicht.) Wir hätten in der kritischen Stunde dem Reichskanzler keine Gefolgschaft leisten dürfen. (Lebebour: Haben wir auch nicht.) Was wir bekommen haben, das ist ein brutaler Raubzug gegen das Volk, aber was in der Regierungsvorlage projektiert war, das war eine Hinterlist und gemeine Spitzbüberei, und die beurteile ich noch viel ärger als die brutale Gewalt, und deshalb mußte sich unsere Agitation ganz besonders stark gegen die Bloßpolitik richten. Statt dessen wurde der Kampf für die Erbschafts- und Nachlasssteuer in unserer Partecipresse vielfach so in den Vordergrund gerückt, daß die Liberalen geradezu mit einem Glorionschein umwunden wurden und das Proletariat über das Wesen dieser Bloßparteien nur verwirrt werden konnte. Auch ich bin der Ansicht, daß wir mehr erreicht hätten, wenn unsere Reichstagsfraktion von vornherein klipp und klar, ohne sich auf Verhandlungen einzulassen, in energischen Widerstand gegen die ganze Steuerreform in allen ihren Teilen unter allen Umständen eingetreten und ihn obstruktionsartig ausgebildet hätte. Wir hatten doch zu den Wahlen in Berlin große Straßendemonstrationen veranstaltet; wir hätten mit großer Massenfanktion den Reichstag umzingeln müssen, und in allen großen Städten hätten wir an gleichen Tage Massendemonstrationen machen müssen. Sie werden vielleicht sagen, das hätte nichts geholfen. Nun, Eure diplomatische Politik hat auch nichts geholfen, und wenn auch das Volk 400 Millionen neuer Lasten gelegt werden, muß man alle Mittel anwenden, die möglich sind. Die obstruierende Tätigkeit im Reichstag hätte, verbunden mit Straßendemonstrationen, den Sturm, den jetzt die Annahme der Steuerreform entfacht hat, schon vorher entfachen sollen; jetzt sind die Verhältnisse für unsere Agitation ja sehr günstig, aber wir haben doch nun die Steuern; die werden wir nicht mehr los. Ich stimme also dem Genossen aus Spandau zu. Aber ich gebe zu, wie sich die Verhältnisse gestaltet haben, haben wir einen günstigen Agitationsboden; aber doch nur deshalb, weil unsere Fraktion in der Erbschaftssteuer unterlegen und überstimmt worden ist. Hätten wir den Kanzler gerettet, so wären wir in die allgrößte Verlegenheit gekommen. (Lebebour: Das hätten wir doch nicht getan.) Also ich schließe mich den Ausführungen an, die Kautsky in der „Neuen Zeit“ gemacht hat, und für die Zukunft möchte ich der Fraktion empfehlen, weniger diplomatische Taktik, mehr propagandistische Taktik im Reichstag.

**Vinszkiwicz-Rattowicz:** Die Ansicht Lebebour's, daß die Polenfraktion mit dem Zentrum ein gewisses Trioleverhältnis unterhält, ist irrig, zwischen diesen Fraktionen besteht vielmehr ein regelrechtes Konbunatsverhältnis. (Geiterkeit.) Die Polenfraktion wurde seinerzeit gegründet, um im Parlament rein polnische Angelegenheiten zu erledigen. Es bestand nicht die Absicht, sich in die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die sonstige Politik hineinzumischen, sondern man wollte nur sprechen, wenn polnische Angelegenheiten auf der Tagesordnung standen. Die Tatsache aber, daß das polnische Proletariat nicht genügend aufgeklärt ist und als seine Vertreter vorwiegend Oblige aufgestellt werden, hat dazu geführt, daß die Herren sofort ihre Taschengewinnverhältnisse gespürt haben, d. h. sie haben gesehen, daß sie im Parlament ihre Taschen füllen und Angriffe auf ihre Taschen abwehren können. Das Zentrum, das mehr Trüchle und kluge Politiker in seinen Reihen hat, hat es verstanden, die polnische Fraktion ganz in seinen Dienst zu stellen. Die Verteidigung der nationalen Interessen ist jetzt für die Polen vollständig Nebensache geworden,

die Abwehr der Unterdrückung der polnischen Bevölkerung liegt ihnen nicht mehr am Herzen. Das hat ihr laues Vorgehen beim Reichsbereinsgesetz bewiesen. In wirtschaftlichen, in Steuerfragen aber geht die polnische Fraktion mit den Reaktionsären. Wenn die polnische Fraktion wenigstens ehrlich wäre, daß sie draußen im Lande dasselbe sagen würde wie im Parlament, so hätten wir als polnische Arbeiter einen regelrechten Kampf mit diesen Herren auszufechten, aber im Parlament behaupten die Herren, daß sie bei der Beratung der Finanzreform nur von rein sachlichen Momenten geleitet worden seien. Die Regierung und die Konservativen glauben das ja den Herren nicht, aber der Zweck heiligt die Mittel; die polnischen Stimmen wurden bei dieser Sache benötigt, und daher wurde dieser Schwindel mit dem Mantel der Liebe zugebedt. Draußen im Lande aber behauptet die Polenfraktion, sie hätte gegen die Erbschaftssteuer gestimmt, um Bülow los zu werden. Ich meine, jeder einigermaßen aufgeklärte Arbeiter muß wissen, daß Bülow ohnehin ein toter Mann war, daß er gehen mußte, ob nun die Erbschaftssteuer angenommen oder abgelehnt wurde. Die Tatsache aber, daß Bülow nach der Ablehnung der Erbschaftssteuer abgeschoben wurde, gibt den Polen eine Waffe, um sich draußen im Lande zu verteidigen, denn ihre Anhänger, Handwerker, Arbeiter, Kleinbauern, sind durchweg mit ihrer Zollpolitik nicht einverstanden. Die gemeine Art des Kampfes der Polen gegen uns beweist ihre Behauptung, die Sozialdemokraten wollten Bülow halten, und aus diesem Grunde stimmten sie für die Erbschaftssteuer. (Geiterkeit.) Leider wird die polnische Fraktion von unseren Parteigenossen im Reichstag nicht genügend beachtet. Ich hatte den Eindruck gewonnen, daß unsere Fraktion sich von dem rabulalen Gebaren einzelner polnischer Abgeordneter zum Teil hinter's Licht führen läßt. (Widerspruch.) Unsere Fraktion muß bei jeder Gelegenheit den Herren auf die Finger klopfen, damit die polnischen Arbeiter besser unterrichtet werden und daß wir etwas mehr Material haben, diese Leute mit Erfolg zu bekämpfen. Die polnische Presse bringt ja aus den gesamten Reichstagsverhandlungen nur das, was den Herren angenehm ist. Alles, was sie bloßstellen könnte, wird unterschlagen, und alle Schuld wird auf die Sozialdemokratie geschoben. (Hört!)

**Dr. Südekum:** Daß die ungeheure Erregung im Volke über den Steuerraubzug der Regierung und der Reichstagsmehrheit noch lange nachzittert und daß viele Erörterungen sich an diese Vorgänge knüpfen, ist selbstverständlich und ein gutes Zeichen für das geistige Leben in der Partei. Aber zum Teil scheinen mir diese Erörterungen doch nicht ganz der Sachlage zu entsprechen. Vielfach werden offenbar Urteile auf durchaus mangelhaften Informationen aufgebaut. Drei Probleme waren nach meiner Ansicht der Reichstagsfraktion gestellt als die Regierung ihre Steuerpläne enthüllte. Zunächst sahen wir uns einer aus der letzten Wahl gegen die Sozialdemokratie herausgekommenen starken Mehrheit, der sogenannten Bloßmehrheit, gegenüber. Dabei war das erste Problem: wir mußten die an jedem Steuergesetz hervorbrechenden inneren Interessengegensätze der bürgerlichen Parteien so aufzudecken und zu erweitem suchen, daß darüber der Bloß und mit ihm das Bülowregiment in Scherben ging. Das zweite Problem war: wir mußten nach Möglichkeit die Steuer so auszugestalten suchen — die wir ja nicht verhindern konnten; eine dahingehende beiläufige Bemerkung eines der Vorredner, als ob es möglich gewesen wäre, tatsächlich das Volk vor neuen Steuern zu schützen, brauche ich doch nicht erst zu widerlegen — daß die aufgezwungenen Steuern wenigstens relativ günstig ausfielen. Drittens, das will ich aber nicht als letztes bezeichnen, hatten wir die Gelegenheit zur Aufrittung der Massen auszurufen. Wie sind nun diese Probleme gelöst worden? Das erste Problem

der Zerrüttung der Blockmehrheit ist erreicht worden. Es ist uns möglich gewesen, durch unsere intensive Tätigkeit in der Kommission, die bürgerlichen Parteien in ihren Interessengegensätzen so zu verschärfen, daß in der Tat die Blockmehrheit in die Brüche gegangen ist. (Zuruf.) Daß diese Interessengegensätze vorhanden waren, Genosse Liebknecht, ist ja klar, schaffen konnten wir sie nicht. Aber glauben Sie denn, daß die Reichsregierung ohne jede Fühlungnahme mit der Blockmehrheit ihre Steuerpläne eingereicht hat? Glauben Sie, daß bei der Blockmehrheit und der Regierung nicht die feste Ueberzeugung bestanden hätte, daß es möglich sei, den Block über die Steuern zusammenzuhalten? Das war ja der ganze Sinn der Bülow'schen Politik. Im Detail läßt sich natürlich unsere Arbeit in dieser Richtung nicht schildern. Jedenfalls ist das Ziel erreicht worden, und darauf kommt es doch allein an. Der Block ist über die Steuern in Scherben gegangen, und niemand in diesem Saale wird bezweifeln, daß das für die Gesundung der deutschen Politik ein erfreuliches Ereignis ist. Was nun das zweite Problem, die relativ günstige Ausgestaltung der Steuerborlagen anlangt, so befanden sich in der ersten, von der Regierung eingebrachten Vorlage Steuern, deren hervorragende Gefährlichkeit niemand bestreiten kann, und es ist uns gelungen — selbstverständlich wiederum nicht allein aus eigener Kraft, aber doch unter dem Druck unserer Agitation innerhalb und außerhalb des Reichstags —, die besonders gefährlichen Verkehrssteuern schon im ersten Anlauf zu beseitigen. Es ist uns gelungen, das Branntweinmonopol zu Fall zu bringen. Dies war das gefährlichste Gesetz, weil anscheinend dafür eine große Majorität gesichert war, und es eine Vorlage war, welche die lukrative Vorherrschaft der Junker in Ostelbien auf unabsehbare Zeit gesichert hätte. Dies Monopol ist ersetzt worden durch ein Gesetz, das den Keim seiner eigenen Zerrüttung in sich trägt und die Frage der Branntweinbesteuerung nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden lassen wird, um so weniger, wenn der gestern beschlossene Woyhott des Branntweins die Erfolge zeitigen wird, die wir von ihm erhoffen. Freilich im letzten Stadium der Verhandlungen waren die von der neuen Mehrheit vorgeschlagenen und von uns allen erbittert bekämpften völkseindlichen Gesetze nicht mehr aus dem Wege zu schaffen. Das war ein ganz selbstverständliches Ergebnis der vorhergehenden Entwicklung. Was endlich die Aufpeitschung und Erregung der Massen anlangt, so habe ich wohl nicht allein den Eindruck gewonnen, daß im Anfang des Steuerkampfes das Interesse der Volksmassen an einer energischen Bekämpfung der Steuern auffallend gering gewesen ist. Ich glaube, der Parteivorstand wäre in der Lage, darüber bemerkenswerte Aufschlüsse zu geben, wie sich das Interesse erst mit der Entwicklung der Dinge eingefunden hat. Daß uns auch diese Aufgabe gelungen ist, dafür bieten den besten Beweis die inzwischen vollaagene Nachwahlen. Ich kann mich dahin zusammenfassen: die Fraktion hat mit den gegebenen Mitteln die Probleme, welche sie zu lösen berufen war, in der Tat gelöst. Ob das dem einen weit genug geht, ob diese Lösung ihm gut genug erscheint, das sind Ansichtssachen. Darüber kann man streiten. Nun noch ein Wort zur Erbschaftsteuer. Die Erbschaftsteuer steht auf unserem Programm. Wenn wir eine Erbschaftsteuer ablehnen, so müssen wir dafür bestimmte Gründe bringen, während wir für die Annahme unter gleichen Verhältnissen keine besondere Begründung zu geben brauchen. Die Frage, die so weite Parteikreise leidenschaftlich bewegt hat: wie sich das Schicksal der Reichsfinanzreform gestaltet hätte, wenn die Sozialdemokratie gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätte, ist ja gar keine Frage. Die Erbschaftsteuer ist ja abgelehnt worden, und was war die Folge: der Erbsatz durch eine Reihe von Steuern, die für die Armen, für die Arbeiter außerordentlich belastend

und außerordentlich bedenklich sind, durch Schuldensteuern, Stempel auf Scheid, auf Wechsel für Leute, die nicht reich sind, sondern arm usw. Wer die konterbatio-bünderische Presse und die Zentrumspresse verfolgt hat, kann nicht im Zweifel sein, daß nur die Zustimmung zur Erbschaftsteuer die Komplikationen vermehren konnte! Die Polen, die sich als eine demokratisch-radikale Partei solange gebärdet haben, haben mit Rücksicht auf die Lebensinteressen ihrer polnischen Mitbrüder durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer direkt verkauft. Und Seite an Seite mit diesen Schlachtzigenfreunden, mit Junkern und Pfaffen hätten wir an das Volk treten müssen mit einer Ablehnung der Erbschaftsteuer! Ich meine, daß die Arbeiten der Reichstagsfraktion für die Partei und uns alle sehr förderlich waren. (Weißall.)

Schmalzfeld-Bremersleben spricht zu der Resolution 266, betreffend die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung der Seeleute. 1906 hat die Fraktion im Reichstage den Antrag gestellt, auch für die Seeleute die obligatorische Einführung der Krankenversicherung zu fordern. Nachdem alle Gründe ins Feld geführt waren, erklärte auch die Regierung, daß sie unter allen Umständen die Zustände als unhaltbar betrachte. Wir sollten uns gedulden, sie werde sobald als möglich einen Entwurf einbringen. Das ist bisher nicht geschehen. Wie sieht es mit der Krankenfürsorge der Seeleute aus? Sie sind der Fürsorge des Reeders übergeben, der in Krankheitsfällen für den Mann aufkommen muß. Das gilt aber nur für die Zeit von der Anmusterung bis zur Admusterung. Ist der Mann abgemustert, dann geht er jedes Anspruchs an den Reeder verlustig, obgleich häufig während der Reise sich die Krankheit bildet und später erst zum Vorschein kommt. Dann ist der Mann auf sich selbst angewiesen, dann geht die Lauferei des armen Teufels los. Er muß die Behörden in Anspruch nehmen, einen Armenheim erwirken, sich vom Polizeiarzt untersuchen lassen, ehe er ins Krankenhaus kommt. Hat er alle diese Schwierigkeiten beseitigt, dann fragt man bei den Eltern an, ob sie vielleicht zahlungsfähig sind. Ist das nicht der Fall, dann muß der arme Teufel alles nachzahlen, sobald er wieder auf die Reise geht. Unerbittlich zieht man ihm dann den Betrag bis zum letzten Pfennig vom Lohne ab. Deshalb muß die Fraktion die Regierung an das Versprechen von 1906 erinnern. Unsere Interessen und die der Seeleute sind die gleichen. Es gibt aber auch eine Masse kleiner Reeder, die zugleich Kapitäne sind und die auch nicht viel besitzen. Erkrankten dann mehrere Leute, dann müßt dem Mann die Fürsorge auch nichts, nach dem Grundsatz: wo nichts ist, hat selbst der Kaiser sein Recht verloren. Deshalb haben auch die Reeder ein Interesse an der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung.

Soch-Hanau: Der Genosse aus Hannover bedauerte, daß einige Mitglieder unserer Reichstagsfraktion in voller Öffentlichkeit Mitteilung gemacht haben über einen Unfall in der Fraktion. Zu jenen Leuten gehöre auch ich und möchte Ihnen sagen, warum ich das getan habe: Ich habe es getan, weil ich es nach meiner Ueberzeugung für ein Gebot der Aufrichtigkeit gegenüber den Genossen hielt, mit dieser Sache an sie heranzutreten. Es handelte sich um die Stellung der Fraktion zu der Finanzreform. Dabei wurde uns entgegeng gehalten, daß die Fraktion im Verlauf der Verhandlungen eine Wandlung durchgemacht habe. (Widerspruch.) Das steht fest. Wir haben in der Fraktion mit 18 gegen 16 Stimmen beschlossen, Singer soll bei der ersten Lesung die Erklärung abgeben, daß wir für die Erbschaftsteuer, wenn die Vorlage nicht erheblich geändert wird, nicht zu haben sein werden. Später in den weiteren Verhandlungen ist dann gesagt worden: nein, wir legen uns

nicht fest, wir wollen unsere endgültige Stellung erst vor der dritten Lesung nehmen. (Zurufe: Das geschieht immer!) Nein, das ist einfach der Versuch, die Aufmerksamkeit der Genossen von der Sache auf rein formale Punkte abzulenken. (Widerspruch.) Wenn die Fraktion zuerst beschließt, es soll ausdrücklich gesagt werden: wenn die Vorlage nicht erheblich geändert wird, stimmen wir in der dritten Lesung dagegen, so ist das eine Festlegung. (Widerspruch.) Wenn wir vor der dritten Lesung noch einmal in der Beratung treten, dann fragen wir uns: ist der Entwurf geändert? Da er aber nicht geändert worden ist, wie wir es verlangten, so war unsere Lage klar. Dieses Durcheinander in der Fraktion war aber nicht verschuldet durch irgendwelche persönlichen Gründe, sondern es war die naturnotwendige Folge einer grundsätzlichen Verschiedenheit in der Auffassung, wie die Fraktion am besten positive Erfolge für die Arbeiter erzielen könnte, ob durch ein möglichst weites Entgegenkommen gegenüber den bürgerlichen Parteien oder durch den unaufhörlichen Appell an das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Eine kleine Gruppe von uns stand auf dem Standpunkt: ein Blick in das Parteiprogramm lehrt uns, daß wir die Erbschaftsteuer annehmen müssen. Diese Gruppe war nicht zahlreich. Wir haben es eben nicht nur mit der Erbschaftsteuer zu tun, sondern mit einer Finanzreform, bei welcher die Erbschaftsteuer das Sprungbrett sein sollte zur Aufbringung von 400 Millionen Mark indirekter Steuern. Die Regierung hat diesmal absichtlich ein anderes Verfahren eingeschlagen als im Jahre 1906, wo sie ein Mantelgesetz vorlegte, diesmal hat sie kein Mantelgesetz vorgelegt, weil sie ihren Karren, der nicht nur mit den direkten Steuern, sondern auch mit viel mehr indirekten Steuern beladen war, mit wechselnden Wechheiten aus dem Dreck ziehen wollte, und uns wollte sie vor diesen Karren spannen, um die Erbschaftsteuer herauszuziehen. (Sehr gut!) Da haben wir uns gesagt: im Programm steht zwar Erbschaftsteuer, aber nicht Erbschaftsteuer zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern!

Jedoch ist das ja nicht das entscheidende. Unser Beschluß zur ersten Lesung bestand noch, ein Teil der Kollegen sagte, wir müssen nochmals darauf zurückkommen, und verlangte, wir sollen die Sache hinauschieben bis zur dritten Lesung.

Einig waren wir alle in dem Bestreben, das Beste für die Arbeiter herauszuschlagen, es fragte sich nur, auf welchem Wege. Nun hören Sie ja, was Südekum ausführte, was alles durch unsere schöne Taktik erreicht ist. Wir hätten den Vloed gestört! Ich will darauf nicht eingehen, das kommt ja auch nicht in Betracht. Wir hatten das Hauptinteresse daran, die schlimmsten Steuern abzuhalten, die Vloedfrage war nicht für uns, sondern für das Zentrum entscheidend. Wird der eine Vloed gesprenzt, dann wird ein anderer gegen uns gebildet, denn wenn es sich darum handelt, über die Arbeiter herzufallen, dann finden sich die bürgerlichen Parteien stets zusammen. (Sehr richtig!) Es stimmt auch nicht, daß die aller schlimmsten Steuern abgewehrt sind. Die aller schlimmsten Steuern sind durchgegangen, zu Fall gebracht sind die Steuern, die in erster Linie die Interessen der herrschenden Klassen berühren (lebhaft Zustimmung), aber die Steuern, die in erster Linie die Interessen der Arbeiter berühren, sind durchgegangen. (Sehr wahr!) Ich für meine Person setze auf dem Standpunkt, daß es für uns darauf ankommt, den Kampf zu führen gegen die kolossale Belastung der Arbeiter durch die indirekten Steuern und darauf hinzuweisen, daß alle bürgerlichen Parteien einig sind, sobald es sich darum handelt, den Arbeitern neue Lasten aufzubürden. (Sehr richtig!) Wir mußten warnen vor dem liberalen Gaukelspiel. Nicht die Erbschaftsteuer, sondern die indirekten Steuern waren entscheidend. Die

Erbschaftsteuer war für die Liberalen nur Mittel zum Zweck, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, und daran kann alles Diplomatisieren, alle staatsmännische Klugheit nichts ändern. Das angebliche Zugeständnis war ja nur das Fingerring, war ja nur die Möglichkeit für die Liberalen, an die indirekten Steuern heranzukommen. (Sehr richtig!) Deshalb mußten wir von vornherein sagen, das ist ein schamloser, ein schmachvoller Raubzug gegen die Arbeiter, und daran beteiligen wir uns in keiner Weise. Südekum sprach von dem kleineren Uebel. Ich gebe zu, man muß sich immer fragen, was das kleinere Uebel ist. Was aber war hier das kleinere Uebel? Vergessen wir nicht, es kommen wieder neue Finanzreformen, es kommen wieder neue Kämpfe um die Steuern, und je mehr wir nachgeben, um so schwieriger ist unsere Situation und um so mehr Steuern werden bei der nächsten Reform auf die Schultern der Arbeiter gelegt werden. Das kleinere Uebel wäre gewesen, uns auf nichts einzulassen, sondern zu erklären, daß wir unter allen Umständen den Kampf führen gegen diese Steuern und nichts bewilligen, weil es sich um einen schmachvollen Raubzug auf die Arbeiter handelt. (Lebhaft Zustimmung.) Die Frage, ob die Obstruktion durchzuführen war, ist nicht leicht zu beantworten. In der Frage aber, von welchen radikalen Forderungen die Fraktion durch ihre schwankende Haltung abgehalten worden ist, liegt eine Ueberschätzung der Fraktion. Die Fraktion ist nicht die Gesamtbewegung. Durch ihre unklare schwankende Haltung, dadurch, daß sie nicht klar Stellung genommen hat, daß die Genossen bis zum letzten Augenblick nicht genützt haben, wie wir stimmen würden, (Ebert: Oh!) — jawohl, Genosse Ebert, das ist eine unberechenbare Tatsache, so liegt das Verhältnis — dadurch hat die Fraktion abflauend gewirkt, haben wir die Bewegung gehemmt und ihre Stoßkraft geschwächt. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Öbbo-Breslau: Die Stellung unserer Fraktion zur Erbschaftsteuer konnte gar keine andere sein (Sehr richtig!); wir hätten uns ja sonst jede Agitation unterbunden. Wenn seit 1906 ein Umschwung in der Stimmung eingetreten ist, den wir in jedem Dorfe spüren, so deshalb, weil wir sagen konnten, wir haben bei den Ausgaben, die doch gemacht werden würden, gesucht, zu erreichen, daß auch den Besitzenden etwas auferlegt wird. Wenn wir jetzt in Langenbielau und anderen Wahlkreisen die Zentrumsführer von Versammlung zu Versammlung sehen, so ist das nur möglich, weil wir den Fleischer und Konferten sagen können: Du hast deinen Grafen Praskoma, du hast deinen Ballstrem steuerfrei gelassen, aber die armen Arbeiter belastet. (Lebhaft Zustimmung.) So ist es in Reize, so ist es im Wahlkreis des Herrn v. Seybrand. In diesem Kreise haben wir seit Westehen des Deutschen Reichs noch niemals Volksversammlungen gehabt; jetzt sind wir eingedrungen; wir haben die prinzipielle Haltung gegen den Militarismus immer befolgt, aber dazu kam die geschickte Ausnutzung der politischen Situation. Speziell in diesem Kreise, und das wäre durch eine andere Stellungnahme der Fraktion unterbunden worden. Wollen Sie es vielleicht beantworten, daß diese Leute mit dem Argument gegen uns vorgehen können: Wir, Konfervative, und die Arbeiter, haben die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht? (Sehr gut!) Wir hätten uns ja lächerlich gemacht. Wäre es möglich gewesen, in dritter Lesung die ganze Finanzreform zu schmeißen, dann dürften auch unsere radikalen Genossen opportunistisch genug gewesen sein, gegen das Programm zu stimmen. (Geisterzeit.) Aber es hätte sicher sein müssen, daß das augenblicklich sofort nach der Abstimmung in Erscheinung tritt. Da aber die Fraktion wußte, daß dieser Erfolg nicht eintritt, da sie wußte, daß jede Steuer angenommen wird, konnte sie sich gar nicht anders verhalten, und ich begreife gar nicht, wie hoch heute noch sagen kann, die Regierung brauchte die Erbschaftsteuer als Sprungbrett.

Das Sprungbrett war ja gar nicht der springende Punkt, das Springen sind ja auch ohne die Erbschaftsteuer ganz vorzüglich. (Heiterkeit und Zustimmung.) Fordern wir dazu programmatisch und in Versammlungen jahrelang eine Reichserbschaftsteuer, eine Reichseinkommensteuer, keine Reichsvermögenssteuer, um sie nachher abzulehnen? Wenn wir uns doch sagen müssen, die Fraktion hat einhellig vor drei Jahren eine viel schlechtere Erbschaftsteuer bewilligt, dann machen wir uns lächerlich, wenn wir jetzt dagegen stimmen. Berühren Sie nicht unsere wichtige Agitation im Lande, seien Sie froh, daß es so gekommen ist, wie es kam. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David-Mainz: Ich muß in allererster Linie die Darstellung von Stadthagen und Hoch zurückweisen, als ob sich die Fraktion in erster Lesung festgelegt hätte auf eine definitive Ablehnung der Erbschaftsteuer. Das widerspricht den Tatsachen. Hätte die Fraktion das getan, dann hätte sie eine Eiselei begangen, die ihr gar nicht verziehen werden könnte. (Sehr richtig!) Sie hat vor der ersten Lesung Singer beauftragt, aufs schärfste gegen die abgeschwächte Erbschaftsteuer der Regierung Stellung zu nehmen. (Lebebour: Nein, sie für unannehmbar zu erklären!) Das tat sie aus dem selbstverständlichen Grunde, um eine möglichst starke PreSSION auf die Regierung und die Parteien auszuüben. Es ist ganz selbstverständlich, daß man das tut und sagt, was da vorgelegt wird, genügt unter keinen Umständen, wir verlangen, daß es anders wird und werden davon unsere Stellung zur dritten Lesung abhängig machen. (Sehr richtig!) Daß der Sinn des Beschlusses kein anderer sein konnte, geht daraus hervor, daß in derselben Fraktionsitzung ausdrücklich beschlossen wurde, unsere definitive Stellungnahme bis zur dritten Lesung offen zu halten. (Sehr wahr!)

Ich kann aber weiter sagen: wie die Situation sich gestaltet hatte, würde die Fraktion voraussichtlich auch in der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt haben. Wenn man damals auch noch über die Situation im Zweifel sein und den Argumenten, die Hoch hier anführte, Gewicht beilegen konnte, so ist das heute plattberdingt ganz unmöglich. Alle Ausführungen von Hoch stehen und fallen mit dem Argument, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer die Ablehnung der ganzen Steuerreform, die Beseitigung der 400 Millionen indirekter Steuern zur Folge gehabt hätte. Wir haben nun doch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer dem Zustandekommen dieser ungeheuren indirekten Steuern absolut nicht geschadet hat. (Sehr gut!) Also alle diese Argumente sind heute geradezu sinnlos.

Hoch hat versucht, Stimmung für seine Auffassung zu machen, indem er sagt, wir müßten scharf losgehen gegen den „schmachvollen Raubzug“, dem die Erbschaftsteuer gewissermaßen nur ein schönes Gesicht geben sollte. Ja, Genosse Hoch, ist das denn nicht geschehen? Ist denn einer in der Fraktion, der diesen Standpunkt nicht vertreten hat? Bei jeder Gelegenheit ist es gesagt worden. Also damit hier zu operieren, ist sehr unangebracht.

Wenn man eine Reichstagsauflösung bei dieser Sache provozieren wollte, so konnte sie, das hat Südekum schon angedeutet, nur dadurch erzwungen werden, daß die Erbschaftsteuer zur Annahme gebracht wurde. (Sehr richtig!) Der Merkmal-konservative Block mit den Polen würde dann gegen die indirekten Steuern gestimmt haben. (Sehr richtig!) Die Leute haben Müdigkeit. Die wußten, was sie wollten. Die hätten das Zustandekommen der Finanzreform dann bereitet, um Willow zu stürzen und ihre anderen Ziele zu erreichen. Wir hätten natürlich mit ihnen gegen die indirekten Steuern gestimmt. (Sehr richtig!) Gegen diese wäre eine kompakte Mehrheit gewesen, und die ganze Finanzreform wäre abwärts geschwommen. Das war die einzige taktische Erwägung, die ausschlaggebend war für die Situation.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir auf die Erbschaftsteuer programmatisch festgelegt sind. Kautsky verlangt in der „Neuen Zeit“, daß dieser Parteitag angesichts der sicheren Voraussetzungen, daß die Erbschaftsteuer sehr bald wiederkommt, sich in aller Form festlegen soll, und zwar in negativer Form. Im Programm steht: Wir fordern Erbschaftsteuer stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Das ist unsere Festlegung, Genosse Kautsky, (Weifall.) Es ist natürlich möglich, daß eine politische Situation so ist, daß das Parteinteresse es erfordert, von dem Programmgrundsatz bei der Abstimmung abzuweichen. Das ist klar. Weiter aber kann man sich nicht festlegen. Für alle möglichen Situationen sich im negativen Sinne festzulegen, das wäre das Allerverstehteste. Jedenfalls müßte Kautsky dann beantragen, diesen Passus über die Erbschaftsteuer aus unserem Gegenwartsprogramm zu entfernen. (Sehr richtig!) Oder Sie müßten in das Programm hineinschreiben: Wir fordern die Erbschaftsteuer; wir machen es aber den Abgeordneten zur Pflicht, sobald die bürgerliche Regierung eine solche Steuer bringt, sie unter allen Umständen abzulehnen. (Sehr gut!)

Ob sie damit draußen in der Agitation bestehen können, ob Sie damit im Parlament als ernsthafte Politiker dann noch in Rechnung gestellt werden, ist eine andere Frage. Ich warte also auf den Versuch Kautskys, uns durch eine Resolution negativ festzulegen. Ich glaube aber, der Parteitag wird doch fühlen, daß wir uns damit einen Knäuel für die Agitation zwischen die Beine werfen, wie er nicht schlimmer sein könnte. (Zustimmung.)

Ich frage den Genossen Hoch: Wenn wir gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten, wäre dann unsere agitatorische Stellung draußen im Kampf gegen die junkerlich-merikale Reaktion heute besser? Würde man uns dann nicht sagen: Was wollt Ihr denn? Ihr habt ja auch dagegen gestimmt! Arm in Arm mit Junkern und Pfaffen habt Ihr diese Belastung, die den Junkern so unangenehm war, verhindert! Ihr seid es ja gewesen; — ach, das wäre eine charmante Situation. (Sehr gut!) Ich fordere Kautsky auf und die, die diesen Standpunkt vertreten, es doch auch einmal im Landgebiete zu versuchen, mit dieser Agitation vorwärts zu kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist ja sehr bedauerlich, daß schon durch das Vorgehen von Emmel, Stadthagen, Hoch usw. unsere Agitation erschwert worden ist. (Hört! hört! und Widerspruch.) Ich war jetzt in der Mainzer Gegend. Da wurden mir Flugblätter und Zentrumszeitungen in die Hand gegeben, wo es von der Erbschaftsteuer heißt: es ist ja gar nicht wahr, daß die Sozialdemokratie dafür gestimmt hat. Das war ja nur so ein Manöver; „in der dritten Lesung wäre sie todtkühn dagegen gewesen!“ Und dann werden die Neuzugungen Stadthagens und Hochs gegen uns zittert. (Wollmar ruft: Unglaublich!) So wird uns die Agitation verdorben. (Lebebour: Unglaublich!)

Angesichts dessen ist es sehr nützlich, daß der Parteitag ausspricht, daß wir im Interesse der Parteibewegung und im Interesse der Bevölkerung, die wir vertreten, nicht mit Junkern und Pfaffen gegen diese einzige den Besitz schärfer treffende Steuer stimmen dürfen, sondern daß das Interesse der Bewegung und das Interesse des Volkes es erfordert, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Ausgaben des Staates, die wir nicht verhindern können, dann wenigstens von denen getragen werden, die diese wahnsinnigen Flotten- und Kriegsrüstungsausgaben unausgesetzt betreiben. Denn wir wissen alle, wenn man ihnen die Lasten dafür auflegt, dann wird ihr Enthusiasmus für diese Dinge ganz merklich sich abkühlen, und deshalb fordern wir es in allen Versammlungen, und deshalb müssen wir hier klare Bahn haben in dieser Sache. (Lebhafter Beifall.)

**Seher:** Parteigenossen! Ich fühle mich doch veranlaßt, hier einiges klarzustellen, was im Laufe der Diskussion jetzt nicht ganz klar geworden ist: die Haltung der Fraktion zur Erbschaftsteuer sowohl, wie die Haltung der Parteigenossen im Lande. Wagner sagt, man war sich im Lande nicht klar, welche Stellung die Fraktion zur Erbschaftsteuer einnehmen werde. Nun meine ich, wenn da keine Klarheit vorhanden war, so lag ein Teil der Schuld ganz gewiß bei der Presse. Denn die Situation war durch die Fraktion, bis die Erbschaftsteuer in zweiter Lesung fiel, klargestellt worden. (Sehr richtig!) Wie ist es denn gekommen? Die Regierung brachte zunächst eine Nachlasssteuer ein, und dann in zweiter Linie eine Erbanfallsteuer. Der Nachlasssteuer hat die Fraktion im Prinzip zugestimmt, und dann auch in der Beratung in der Kommission, so daß man von uns sagte, wir seien die reinen Regierungskommissare. (Hört! hört!) Jawohl, wir haben im Prinzip die Erbschaftsteuer vertreten, wie es im Programm steht. Nun waren natürlich auch in der Nachlasssteuer eine Reihe von Privilegien, die wir rücksichtslos bekämpft haben. Das mußte die Presse ebenso gut wissen, denn es sind außerordentlich umfangreiche und spezielle Berichte aus der Kommission in unsere Presse lanciert worden. Wenn die Parteigenossen sich nicht darüber klar waren, so lag es daran, daß, wie in der Fraktion ein Teil einen ganz speziellen Standpunkt einnahm, so auch im Lande, wo in einem Teil der Presse eine Stellung eingenommen wurde, wie sie — lassen Sie es mich offen sagen — Genosse David vertritt. Das hat die Verwirrung im Lande gebracht, daß ein Teil der Genossen die Erbschaftsteuer unter allen Umständen durchgedrückt wissen wollte, einerlei, wie sie gestaltet wurde. Nun wurde bekanntlich in der Kommission die Nachlasssteuer begraben; die Regierung machte sich anheischig, eine andere Vorlage zu bringen: die Erbanfallsteuer. Aber diese beiden Gesetze verglichen hat, und das haben wir in der Kommission getan, der mußte sich sagen, daß eine ganz elende Verhungung der ersten Vorlage zugunsten der Agrarier und des Zentrums darin lag. Da waren Privilegien drin für die Agrarier und Kirche, Steuerfreiheiten der Fürsten hineingebracht worden, denen wir niemals zustimmen konnten. (Zuruf: Stand auch in der ersten Vorlage!) Das wird nun in der Kommission beraten, und dann wird es gegeneinander abgewogen. (Zuruf: Habt Ihr vor drei Jahren ja auch getan!) Bitte sehr, da haben wir aber doch nunmehr, nachdem die Verhungung zugunsten der Agrarier usw. vorgenommen war, Stellung zu nehmen, ob die Sozialdemokratie so etwas Standalöses mitmachen kann. Ich will hier, da ich als der Redner der Fraktion im Reichstage über die Finanzreform über die Sache angehört wurde, und auch in unserer Landesversammlung darüber referieren mußte, was Sie ja vielleicht in den Berichten über die sächsische Landesversammlung gelesen haben, Veranlassung nehmen, die ganze Situation klarzulegen. Nachdem die zweite Lesung vollzogen war und eine dritte Lesung gar nicht kam, ist es ziemlich überflüssig, darüber zu reden, wie die Fraktion hätte handeln müssen. (Sehr richtig!) Überflüssig ist aber nicht die Frage, wie wir in Zukunft uns verhalten sollen. Da wird Stellung genommen werden müssen zu dieser Frage, und wenn in dem Sinne Stellung genommen wird, wie es David tut, so sage ich: die Partei kann nun und nimmer die Verantwortung übernehmen, für ein so verhungtes Gesetz zu stimmen. (Beifall.) Um darüber Klarheit zu schaffen, halte ich es für nötig, daß auf dem nächsten Parteitag diese Frage speziell verhandelt wird. (Beifall.) Wir werden bis dahin ja keine neue Steuer bekommen, aber in 2 bis 3 Jahren werden wir sicher damit befaßt werden. Und da können wir also in Ruhe beraten, welche Stellung wir einnehmen wollen. (Beifall.) Gestatten Sie mir noch ein Wort zu sagen. David meinte, die Fraktion habe sich durchaus nicht festgesetzt. Ja,

wie lautete denn die Erklärung, die Singer im Auftrage der Fraktion abgegeben hat und gegen die in der Fraktion nachher nicht angelämpft worden ist, auch im Lande nicht: „Je nach dem Ausfall der Beratung werden wir unsere Beschlüsse fassen, aber ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß mir die Vorlage, wie sie jetzt ist, und wie sie vermutlich, wenn die Majorität bei ihrer Auffassung bleibt, noch verschlechtert werden wird, zur Annahme nicht geeignet erscheint.“ (Hört! hört!) Diese Auffassung ist doch bindend. (Zustimmung und Widerspruch.) Ja, dem Genossen David wäre es ja vielleicht möglich gewesen, Singer öffentlich zu desabouieren. (David: Dann hätten wir einen Beschluß nicht zu fassen brauchen.) Und dann hat Singer doch so gehandelt, wie wir überhaupt während der ganzen Verhandlungen gehandelt haben. In der zweiten Beratung im Plenum gehen die Dinge gerade so vor sich, wie in der Kommission. Es ist eine Spezialberatung. Wir haben im Prinzip für die Erbanfallsteuer gestimmt, für die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Deszendenten. Das haben wir festgehalten, aber im übrigen haben alle Genossen sich äußerst erregt gegen die Abschwächung des Gesetzes gewandt. Wenn David sagt: wir seien gebunden und nach dem Programm müßten wir unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer stimmen (David: Habe ich nicht gesagt!), so lassen Sie mich daran erinnern, daß, als im vorigen Jahre in Nürnberg die Frage der Reichsfinanzreform verhandelt wurde, auch eine Resolution gefaßt wurde, die nichts anderes war als eine Deklaration des Programms.

Und der Schlußsatz dieser Resolution lautet:

„Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerlast nach dem Umfang des Erbgesetzes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbchaftsteuerliche Heranziehung des Erbgesetzes für Ehegatten und Kinder.“

(Hört! hört! und Ruf: Na also!) In der Resolution ist vorausgeschickt, daß wir die indirekten Steuern abschaffen wollen. Nun gebe ich ja zu, in dem Augenblick, wo wir eine große Last vom Volke abwälzen können an indirekten Steuern, werden wir natürlich für direkte Steuern stimmen. Aber erstens war der Zeitpunkt dazu nicht da, die Geschichte derlei ja anders, und zweitens werden Sie doch nicht im Ernst behaupten, daß dieses Erbschaftsteuergesetz geeignet ist, indirekte Steuern dem Volke zu ersparen. Nein, dafür waren ja die sogenannten Besitzsteueranträge da. (Südbum: Das nennen Sie Besitzsteuer?) Ich habe ausdrücklich gesagt, sogenannte Besitzsteueranträge. Wenn Sie in dieser Weise opponieren, Genosse Südbum, fühle ich mich beinahe versucht, eine persönliche Auseinandersetzung zu führen über die zwischen uns beiden geführten Unterhandlungen über diese sogenannten Besitzsteuern. Sie werden ja wissen, was ich meine. (Südbum: Jawohl, bitte sehr.)

Noch einige Worte gegen Löbe. Der hat es so dargestellt, als ob wir uns fürchterlich im Volke blamiert hätten, wenn wir gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten. Ja, hängt denn der Erfolg der Partei von der Zustimmung zur Erbschaftsteuer ab? (Lebhafter Beifall.) Keineswegs. Wir haben im zweiten Teil des Programms eine Reihe von Forderungen, für die wir eintreten, aber ist das entscheidend für die prinzipielle Stellung der Partei, für ihre Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien? (Lebhafter Beifall.) Ich halte das, was Löbe in Breslau tut, für reine Wahlpolitik und weiter

nichts. (Stürmischer Beifall.) Wir haben aber nicht reine Wahlpolitik zu treiben, wir haben prinzipielle Politik zu treiben. (Lebhafter Beifall.) Und die prinzipielle Politik der Partei hängt nicht ab von der lumpigen Erbschaftsteuer. Wir haben unser ganzes Programm zu vertreten. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

**Mauerer-München:** Ich habe nicht die Absicht, mich auf das Gebiet der hohen Politik zu begeben wie Stadthagen, Hoch und Geher. Wenn ich es tun würde, so würde ich es jedenfalls versuchen, etwas konsequenter zu sein als Stadthagen, Hoch und Geher und mich daran erinnern, nicht was ich getan hätte, wenn eine dritte Lesung gekommen wäre, sondern was ich bei einer früheren dritten Lesung bereits getan habe. (Sehr richtig!) Die Genossen Stadthagen, Hoch und Geher haben 1906 bei der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. (Hört! hört!) Wo war denn da ihr radikales Gewissen? Nun zur Sache selbst und was ihre Wirkung auf die Agitation anlangt. Es wurde gesagt, daß die Erbschaftsteuer das Sprungbrett gewesen sei, das den bürgerlichen Parteien ermöglichte, für die 400 Millionen neuer indirekter Steuern zu stimmen. Da komme ich mir denn doch als ein recht dummer Bayer vor, wenn ich derartige Dinge höre. Bis jetzt war ich der Meinung, daß mit oder ohne dies Sprungbrett mindestens die gleiche Summe an indirekten Steuern, wenn nicht mehr bewilligt worden wären. (Sehr richtig!) Man spricht von Wahlpolitik. Es kommt denn doch sehr viel darauf an, ob wir eine geschickte oder ungeschickte Wahlpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir versuchen, Mandate zu bekommen zum Parlament, aber die können wir doch nur kriegen durch eine geschickte Wahlpolitik. (Sehr richtig!) Nun war es doch eine vorzügliche Waffe im Wahlkampf, darauf hinzuweisen, daß mit der Erbschaftsteuer 90—100 Millionen den besitzenden Klassen abgenommen werden konnten, und daß diese 90—100 Millionen es ermöglichten, entsprechend weniger an zehrs- und handelsfeindlichen Steuern zu bewilligen. Das sind doch Dinge, die der einfachste Wähler verstehen kann. (Sehr richtig!) Nun wird von den Gegnern der Haltung der Fraktion gesagt: es ist gut, immer darauf zu achten, wie sich die Gegner gegen uns verhalten; werden wir von den Gegnern gelobt, dann haben wir eine Dummheit gemacht. Auch Ledebour hat das wieder in seinem Bericht gesagt. Nun, und was tun jetzt die Gegner? Das Zentrum heult und weiß sich gar nicht zu fassen. Ich habe in vielen Versammlungen Zentrumsgenossen als Gegner gehabt, aber noch keinem ist es gelungen, selbst die Zentrumswähler davon zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie bei der Reichsfinanzreform ungeschickt gehandelt hätte. (Hört! hört!) Die Zentrumswähler selbst haben, wenn sie nicht gerade offen aufgetreten sind, doch durch ihre Zustimmung den sozialdemokratischen Rednern gegenüber bewiesen, daß die Haltung der Fraktion eine vollstümliche gewesen ist, die draußen verstanden wird. Und die Konservativen schreien förmlich nach der Regierung, um uns die Agitation zu unterbinden. Das tun sie doch nur, weil sie eben unsere Agitation fürchten, weil sie ständig erwarten müssen, daß den Volksmassen ihre volksräuberische Politik nachgewiesen wird. Was haben denn die Nachwähler gezeigt? Die Wahl in Neustadt-Landau hat uns den Erfolg gebracht, daß viele Hunderte direkter Zentrumswähler offen in unser Lager abgeschwenkt sind. (Ledebour: Wegen der indirekten Steuern!) Auch wegen der direkten Steuern! Wir wissen doch, wie wir die Agitation draußen treiben. Nirgends bekommen wir mehr Beifall, als wenn wir auf die Ablehnung der Erbschaftsteuer hinweisen und sagen: so wird bei uns Steuerpolitik gemacht, die Kinderbemittelten werden herangezogen und die Reichen sollen geschont werden! (Sehr gut!) Ueber StraßenDemonstrationen und

Obstruktion will ich mich nicht unterhalten. Von einem Redner wurde gesagt, in dem Lande draußen würde man nicht verstanden haben, wenn die Fraktion gegen die Erbschaftsteuer gewesen wäre. Ganz richtig, Zentrum und Konservative würden dann gesagt haben: Seht Ihr, Arm in Arm mit der Sozialdemokratie konnten wir gegen die Erbschaftsteuer stimmen. Und auch in den großen Städten würden wir den Liberalen zu einer Vollstümlichkeit verholfen haben. Sie hätten für die Erbschaftsteuer gestimmt, und unsere Fraktion, die die Erben vertritt, hätte dagegen gestimmt! Das wäre denn doch eine wahnsinnige Haltung gewesen. (Lebhafter Beifall.) Jetzt sieht, die Fraktion konnte mit und ohne Erbschaftsteuer die indirekten Steuern nicht verhindern. Selbst wenn die 500 Millionen neuer Steuern gekommen wären und darin 90—100 Millionen Erbschaftsteuern enthalten gewesen wären, so hätte ich es doch als Agitator auf dem Lande viel leichter gehabt, denn ich hätte sagen können, diese 90—100 Millionen direkter Steuern wären niemals gekommen, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion energisch für sie eingetreten wäre. Wir haben es möglich gemacht, daß auch 90 Millionen weniger indirekter Steuern auferlegt werden, und wir hätten pro Kopf ausgerechnet, wie dadurch die Kaufkraft des arbeitenden Volkes geschont worden wäre. Wenn hier Vertreter der Zentrumspreffe sind, so soll es mich nicht wundern, wenn sie die Hochste Rede stenographisch festgelegt haben, und wenn diese Rede in den nächsten Wochen als Zentrumsflugblatt herausgegeben würde. (Sehr richtig!) Ueberall, wo man hinkommt, werden einem die gleichen Neugierigen, die Hoch gemacht hat, von jedem Zentrumredner an den Kopf geworfen. (Sehr richtig!) Nein, ich meine, die Stofkraft der Partei ist nicht geschwächt, sondern gestärkt worden. Sie wäre untergraben worden, wenn wir uns hätten annageln lassen müssen darauf, daß wir die Millionenerbschaften geschont und die Steuerlast des arbeitenden Volkes dadurch noch mehr erschwert hätten. Das hätte das Volk nicht verstanden. (Lebhafter Beifall.)

**Dickmann-Ganau:** Daß die Aussprache notwendig ist, dürfte der bisherige Verlauf der Debatte bewiesen haben. Es ist nach meiner Meinung keine Diskussion um des Kaisers Bart; sondern wir müssen damit rechnen, daß Vorgänge wie bei der letzten Finanzreform sehr bald wiederkehren, weil wir überzeugt sind, daß die letzte Finanzreform noch nicht gemacht worden ist. Darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit, daß die Regierung die Erbschaftsteuer nicht deshalb mit in ihr Steuerprogramm aufgenommen hatte, um das Bedürfnis zu dokumentieren, den Besitz zu belasten, sondern einzig und allein, um den bürgerlichen Parteien ein Feigenblatt zu bieten, damit sie ihre Schmach der Zustimmung zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern verdecken konnte. Bei den ständigen Ausgaben für Militarismus und Marinismus und für sonstige kulturwidrige Zwecke sind die bürgerlichen Parteien stets bereit, dem Verlangen der Regierung Rechnung zu tragen. Der Punkt, wo wir die Regierung treffen können, ist doch zweifellos dort, wo es sich um die Bewilligung der Mittel handelt, um die bisherige Politik weiterführen zu können. Dieser Faktor ist in Betracht zu ziehen in grundsätzlicher Form bei der Frage: konnten wir der Erbschaftsteuer zustimmen oder nicht? Es ist richtig, im Programm steht, wir bewilligen keinerlei indirekte Steuern, wenn Steuern aufzubringen sind, dann nur in direkter Form usw. Das besagt aber nicht, daß wir, wenn die Regierung weitere Einnahmequellen notwendig hat, um ihre volksfeindliche Politik fortsetzen zu können, unter allen Umständen für eine Erbschaftsteuer eintreten müssen. Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß die Regierung bis zum letzten Augenblick versucht hat, mit wechselnden Mehrheiten die Finanzreform zu machen.

Bei der Erbschaftsteuer kalkulierte sie mit den Stimmen der Sozialdemokraten, bei den indirekten Steuern sagte sie: da brauchen wir die Sozialdemokraten nicht, da genügen uns die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager.

Wir haben heute gehört: wenn wir eine Reichstagsauflösung wollten, konnte es nur geschehen, wenn wir für die Erbschaftsteuer stimmten. Auf der anderen Seite erklärte die Regierung, die Finanzreform nur mit der Erbschaftsteuer akzeptieren zu können. Trotzdem aber die Erbschaftsteuer fiel, hat die Regierung zu dem Mittel der Reichstagsauflösung nicht gegriffen. Es ist in keiner Weise bewiesen, daß, wenn die Erbschaftsteuer angenommen worden wäre, es dann im Verlauf der Entwicklung zur Auflösung gekommen wäre. Man sagt: Ja, die Konservativen würden dann, weil die Erbschaftsteuer angenommen war, ebenso wie das Zentrum die indirekten Steuern abgelehnt haben. (Zurufe: Sehr richtig!) Das glaube ich nicht. (Zurufe: Das ist aber so!) Der Nachweis dafür ist in keiner Weise erbracht. Es kann sich nur um die Auffassung des einzelnen handeln, ebenso wie bei der Frage einer definitiven Annahme oder Ablehnung der Erbschaftsteuer in dritter Lesung.

Weiter ist zur Begründung des Standpunktes, daß wir für die Erbschaftsteuer eintreten müßten, gesagt worden: sie ist das kleinere Übel. Ja, wenn das maßgebend sein soll, hat es die Regierung stets bei allen Steuerorschlägen in der Hand, daß sie ihre Vorschläge durchdrückt.

Wenn nun von den verschiedensten Rednern auf die Stimmung im Lande hingewiesen wurde — Genosse Löbe sagte: wie wäre es, wenn wir auf das Land gehen müßten und erklären, wir haben gegen die Erbschaftsteuer gestimmt —, so scheinen auch über die Stimmungen im Lande die Meinungen auseinanderzugehen. Jedenfalls ist die Stimmung, die ich kenne, eine ganz andere. Bei der gespanntesten Situation, als es sich um die Entscheidung bei der Erbschaftsteuer handelte, war die Stimmung unserer Wählermassen so, daß, nachdem sie künstlich in den Vordergrund geschoben war, um die Aufmerksamkeit der Massen von der großen Belastung durch die indirekten Steuern abzulenken, unsere Wähler sagten: wir geben unsere Hand nicht dazu, daß die bisherige Politik fortgeführt werden kann. Wir übernehmen keine Verantwortung hierfür, sondern wir werfen der Regierung den Klunder vor die Füße, den sie uns in der Reichsfinanzreform geboten hat. Wenn jetzt eine außerordentlich günstige Stimmung im Lande vorhanden ist, so ist das nicht deswegen, weil die Fraktion in zweiter Lesung für die Erbschaftsteuer eingetreten ist, sondern weil die Gesamtsituation, weil der Druck der 400 Millionen neuer Steuern das Volk aufgereizt, weil das Volk erkannt hat, daß die bürgerlichen Parteien jedweder Schattierung das Vertrauen der Wähler nicht verdienen und nur die Sozialdemokratie in Frage kommen kann. Wenn glücklicherweise diese Stimmung vorhanden ist, so haben wir das der gesamten Situation zu verdanken. Im übrigen haben darüber keine Meinungsverschiedenheiten bestanden, daß wir in zweiter Lesung die Erbschaftsteuer annehmen. Es handelt sich darum, wie stellen wir uns endgültig. Wir konnten an dem Nachwert der Reichsfinanzreform, wie es zusammengeschuffert war, keinen Anteil nehmen, und das Volk wird auch in Zukunft unseren Aufstehen: Kampf in der schärfsten Form gegen die Regierung, und wir müssen alles daransetzen, um der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Mittel zu verweigern, welche es ihnen ermöglichen, die bisherige volksfeindliche Politik weiterzutreiben. (Beifall.)

Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

### Nachmittags-Sitzung.

Lipinski eröffnet die Sitzung und heißt den Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie Lindblad-Gotenburg willkommen. Die schwedische Bruderpartei hat es möglich gemacht, trotz des Kampfes, in dem sie steht, den Genossen Lindblad hierher zu delegieren. (Bravo!) Welche Sympathien die deutsche Arbeiterbewegung der schwedischen Bruderpartei, den im Kampfe gegen das Unternehmertum stehenden Arbeitern entgegenbringt, das hat der Parteitag durch seine Zustimmung zu dem Antrag des Parteivorstandes bewiesen. Ich heiße den Genossen Lindblad in unserer Mitte willkommen. (Bravo!)

Lindblad-Gotenburg mit stürmischem Beifall begrüßt: Ich habe den Auftrag, in einigen Städten Deutschlands über den Massenstreik zu reden, und als sich mir Gelegenheit bot, auf den Parteitag zu kommen, fühlte ich mich dazu verpflichtet, um Ihnen persönlich die Grüße der schwedischen Arbeiter zu übermitteln, und nicht nur Grüße, sondern auch den Dank für die Stütze, für die Hilfe, die die deutschen Arbeiter uns erwiesen haben. Es hat unter den kämpfenden Arbeitern in Schweden lebhafteste Freude hervorgerufen, daß die deutschen Arbeiter es so wohl verstanden haben, daß unser Kampf eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse Schwedens ist. Für den, der die Dinge oberflächlich beschaut, könnte es ja so scheinen, als wenn die Veranlassung zu diesem Konflikt keine ausreichende war und nicht im Verhältnis zu den Opfern stände, aber uns schien der Kampf unvermeidlich; er war eine notwendige Folge der Entwicklung seit 30 Jahren. Die schwedische Arbeiterklasse hat wie die Arbeiterklasse aller Länder schwere Kämpfe durchmachen müssen, um ihre Lebenslage zu heben. Aber nicht nur für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit hat sie kämpfen müssen, sondern auch um ihr Koalitionsrecht. Die Arbeitgeber haben den Arbeitern vielfach verboten, sich zu organisieren, sie haben sie durch Ausperrungen zum Austritt aus ihren Organisationen zwingen wollen. Dazu kommt, daß auch politisch die Arbeiterklasse Schwedens in den letzten 20 Jahren sehr gedrückter war. Wie Sie alle wissen, haben die schwedischen Arbeiter keine politischen Rechte gehabt, und die Besessenen haben die Gelegenheit benutzt, ihre eigenen Interessen auf Kosten der Arbeiter zu wahren. Natürlich mußte sich dadurch die Spannung verschärfen, und diese Massenausperrung und der Massenstreik ist nur eine natürliche Folge dieser sozialen Spannung. Von 400 000 schwedischen Industriearbeitern haben 300 000 vier Wochen im Kampfe gestanden. Niemand glaubte daran, daß so viele die Arbeit niederlegen würden. Daß das geschehen ist, ist ja gerade ein Beweis dafür, wie groß die Spannung und wie sehr der Massenstreik der Ausdruck der Meinung der schwedischen Arbeiter war. Jetzt sieht es so aus, als wenn die Regierung, die die ganze Zeit den Arbeitgebern Dienste geleistet hat, aus ihrer Passivität hervorzutreten im Begriff ist, sie hat einen Vermittelungskommissar eingesetzt, der den Kampf zu Ende zu bringen suchen soll. Das kann aber lange dauern, denn noch stehen 150 000 Arbeiter im Kampf, alle die, die für die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes gearbeitet haben, und es ist ja nicht gesagt, daß die Arbeitgeber auch gleich zum Frieden bereit sind. Wir haben uns an die Arbeiter anderer Länder um Hilfe wenden müssen, und da haben hauptsächlich die deutschen Arbeiter gezeigt, daß sie nicht nur leere Worte für die Internationale übrig haben, sondern daß sie den Worten auch Taten folgen lassen. Ich danke Ihnen für alles, was Sie bis jetzt getan haben; ich richte diesen Dank auch an die deutsche Arbeiterpresse, besonders an den „Vorwärts“, der unserer Meinung nach in meistester Weise das Wort für die schwedischen Arbeiter geführt hat, und ich gebe der

Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter mit denselben Sympathien und derselben Opferwilligkeit uns zur Seite stehen werden, bis wir den Kampf durchgeführt und die Organisationen der Arbeiter für die Zukunft sichergestellt haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag nimmt hierauf den

#### Bericht der Mandatsprüfungskommission

entgegen.

**Ameriem-München:** Der Parteitag ist besucht von 295 Delegierten, welche 318 Wahlkreise vertreten. Außerdem sind anwesend 9 Mitglieder des Parteivorstandes, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 23 Reichstagsabgeordnete, je 1 Vertreter des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“, des Bildungsausschusses und 7 Gäste, im ganzen 339 Teilnehmer. Proteste sind eingereicht gegen zwei Mandate. Zunächst hat Genosse Gläser-Stuttgart gegen das Mandat des Genossen Schilde für den 6. Württembergischen Reichstagswahlkreis Protest eingelegt. Gläser behauptet, dem Genossen Schilde sei von der Wahlkreis-Konferenz, auf der er und Seymann gewählt sind, die Erlaubnis gegeben, er könne im Falle einer Verhinderung einem beliebigen anderen das Mandat übertragen. Wäre eine derartige Regelung erfolgt, dann hätte sich die Mandatsprüfungskommission selbstverständlich dagegen wenden müssen. Bis zur Stunde ist aber weder Schilde noch ein Vertreter erschienen. (Seiterkeit.) Es wurde mir heute vormittag gesagt, daß Schilde morgen kommen wird, der Protest ist also hinfällig.

Weiter hat Wielock-Berlin gegen das Mandat des Genossen Litfin-Berlin IV Protest eingelegt. In der ersten Generalversammlung des Wahlvereins für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis sind Adolf Hoffmann, Warentzin und Brüdner gewählt, letzterer unter der Voraussetzung, daß er im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde nicht gewählt wurde. Es stellte sich nun aber heraus, daß Brüdner bereits definitiv in diesem Kreise gewählt war, und es wurde nun in der nächsten Generalversammlung des Wahlvereins für Berlin IV am 10. August dem Genossen Litfin, der die nächstmeiste Stimmenzahl hatte, abermals mit Mehrheit das Mandat übertragen. Nach Anhörung der Zeugen halten wir den Protest für unberechtigt. Wir beantragen deshalb: Der Parteitag möge beschließen, alle 295 Mandate für gültig zu erklären.

Sodann habe ich noch namens der Kommission an die Delegierten, speziell an die Vertrauensleute und Wahlvereinsvorstände die Bitte zu richten, sie möchten bei Ausstellung der Mandate etwas sorgfältiger vorgehen. Der Parteivorstand liefert Mandatsformulare, die leicht auszufüllen sind. Aber es haben uns sehr mangelhaft ausgestellte Mandate vorgelegen. Es kommt vor, daß drei Namen auf einem Formular stehen. Der Parteivorstand ist gewiß nicht so knauserig, daß er nicht genug Formulare liefert. Wir bitten, daß in Zukunft für jede Person ein besonderes Mandat ausgestellt, und daß soweit als möglich ein Stempel darauf gedrückt wird, damit jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Dies gilt namentlich für solche Fälle, wo der Delegierte zugleich Vorsitzender der Versammlung ist, also seine eigene Wahl bestätigten muß. Die Diskussion wird eröffnet.

**Neumann-Arnswalde:** Der Genosse Brüdner ist nur für den Fall gewählt, daß er, falls er in Berlin IV durchfällt, das Mandat für Arnswalde-Friedeberg ausübt. (Seiterkeit.) Er ist in Berlin gewählt worden und hat das Friedberger Mandat an mich abgetreten. Hätten unsere Genossen gewußt, daß der Punkt: Wahl der Delegierten in der nächsten Versammlung nochmals vorkommt, dann wären sie in verstärktem Maße da gewesen.

**Warentzin:** Der Redner hat dem Genossen Brüdner keinen großen Dienst erwiesen, als er ihn hier verteidigte. In der ersten Generalversammlung am 3. August wurde Brüdner von einem Vorstandmitglied gefragt, ob er als Delegierter in seinem Kreise gewählt worden sei oder als Ersatzmann und Brüdner sagte, er wäre nur als Ersatzmann gewählt. (Hört! hört!) Später brachte der „Vorwärts“ den Bericht der Generalversammlung und nunmehr sahen die Genossen klar, daß Brüdner als Delegierter für Arnswalde-Friedeberg entsandt werden sollte. Das hat eine Empörung unter den Genossen hervorgerufen. Die zweite Versammlung war eine Fortsetzung der ersten, keine Extraversammlung. Sie war in der ersten Versammlung beschlossen, so daß jeder Anwesende davon wußte. In der zweiten Versammlung wurde Brüdner gefragt, welches Mandat er vertrete. Er erwiderte: Berlin IV. Darauf wurde beantragt, ihm das Mandat abzurufen; da er in der ersten Generalversammlung direkt die Unwahrheit gesagt hätte. Das Mandat wurde ihm mit großer Majorität aberkannt und an seiner Stelle der Genosse Litfin entsandt. Ich bitte, dem Antrag der Mandatsprüfungskommission zuzustimmen.

**Ritter-Berlin:** Das Verhalten des Genossen Brüdner war vielleicht nicht ganz einwandfrei, trotzdem würde man ein offenes Unrecht geschehen lassen, wenn man den Antrag der Mandatsprüfungskommission annimmt. Es sind auf dem Parteitage mehr Wahlkreise vertreten als Delegierte da sind. Was in aller Welt hätte es verschlagen, wenn Brüdner neben Arnswalde auch Berlin IV noch vertreten hätte. Das angebliche Vorstandmitglied war auch nicht vom Vorstand beauftragt, an Brüdner die betreffende Frage zu stellen. Es war eine Privatunterhaltung, die der Vorstand nicht offiziell auf sich nehmen kann. Warentzin sagt allerdings, die zweite Versammlung hätte Brüdners Mandat für ungültig erklärt. Dann hätte aber die Form gewahrt werden sollen. Brüdner ist in der ersten Versammlung in geheimer Wahl gewählt, in der zweiten ist ihm dann aber das Mandat per Affirmation abgenommen worden. Das halte ich nicht für richtig. Der Beschluß der Wahlprüfungskommission ist kein salomonisches Urteil. Ich bitte, ihm nicht zuzustimmen.

**Adolf Hoffmann-Berlin:** Ich komme aus den gleichen Gründen zu einer entgegengesetzten Ansicht. Es ist ganz etwas anderes, wenn jemand zwei Wahlkreise vertritt. Berlin IV hatte die Absicht, drei Delegierte hierher zu schicken. Dann hatte es auch ein Interesse daran, daß das mit drei Stimmen bei den Entscheidungen zum Ausdruck gebracht wird. Wenn nun ein Vorstandmitglied der Genossen Brüdner gefragt hat, ob er von seinem Kreise ein Mandat bekommt, so kann man doch nicht sagen: das ist nicht offiziell getan. Ja, wollen wir denn unsere Vorstandmitglieder in Uniform stecken, wenn sie derartige Fragen stellen? (Große Seiterkeit.) Der Genosse Litfin ist in der zweiten Versammlung nicht „gewählt“, sondern ist, da er bei der in geheimer Abstimmung in der ersten Generalversammlung nächst Brüdner die nächst höhere Stimmenzahl bekommen hatte, an Stelle Brüdners auf Beschluß der zweiten Generalversammlung getreten. Das ist durchaus berechtigt, um so mehr, weil Genosse Brüdner in den internationalen Parteitag einmal in ähnlicher Weise eingetreten ist. (Lebhaftes Hört! hört! und Widerspruch.) Das Mandat für Litfin ist ordnungsmäßig zustande gekommen, ich bitte, es für gültig zu erklären.

Die Aussprache schließt. Sämtliche 295 Mandate werden nach dem Vorschlage der Mandatsprüfungskommission für gültig erklärt.

Nunmehr wird die Debatte über den parlamentarischen Bericht fortgesetzt.

Esner-Nürnberg begründet die Resolution 268.

Die Verhandlungen von heute vormittag sind die denkbar beste Begründung für den Antrag, und meine jetzigen Ausführungen führen diese Debatte nur weiter. Der Antrag ist entstanden aus der Beobachtung der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform. Er ist nicht neu. Er ist schon einmal in einer bedeutungsvollen Situation der Partei gestellt worden, einer Situation, die an Bedeutsamkeit der heutigen gleichkommt. Der Resolution 100 des Dresdener Parteitage von Seltow-Deeskow lag derselbe Gedanke zugrunde. Sie wurde damals zurückgezogen; ein Antrag Timm nahm sie wieder auf. Aber auch dieser Antrag gelangte nicht zur Annahme, sondern nur ein letzter Rest, der noch einen klaffen Punkt der Erinnerung an den ursprünglichen Antrag hatte, wurde angenommen: ein Zusatz Legien zur Resolution Kautsky. Parteigenossen! Der Weg der Parteitage ist gepflastert mit Anträgen, die abgelehnt werden, und es ist für die Güte eines Antrages sicherlich das stärkste Argument, daß er zuerst abgelehnt worden ist, aber soviel Lebenskraft besitzt, daß er nach einigen Jahren wieder aufgenommen werden kann. Wer den Gang der Alkoholdebatte erlebt hat, wie man erst zögernd und schüchtern den Gegenstand überhaupt nur zu berühren unternahm, und dann die große Begeisterung gesehen hat, mit der der Alkoholantrag gestern angenommen wurde, der wird Optimist von abgelehnten Anträgen. (Weiterkeit.) Ich hoffe also, daß vielleicht auch mein diesmaliger Antrag abgelehnt wird (Weiterkeit), denn dieser Antrag bleibt lebendig, und vielleicht bevor er noch jemals auf einem Parteitage angenommen worden ist, hat die Fraktion längst danach gehandelt. Das wäre eigentlich das günstigste. Die heutigen Debatten über die Reichsfinanzreform wären unmöglich gewesen, wenn wir uns in der ganzen Partei klar wägen über das, was man praktische Arbeit nennt, klar wären darüber: das und das kann die Partei heute in dieser Situation verlangen, diese Vorschläge hat sie zu machen, um wenigstens die große Masse der Bevölkerung von der brüdensten Belastung zu befreien. Dann könnte vielleicht noch eine Uneinigkeit darüber bestehen, ob dann so oder so in einer bestimmten tatsächlichen Situation gestimmt werden soll, aber niemals eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß, wo immer eine direkte Besitzsteuer im Reichstag vorgelegt wird, sie prinzipiell unter allen Umständen angenommen werden muß, es müßte denn die tatsächliche Situation eintreten, an die Genosse Löbe erinnert hat. (Sehr richtig.) Das Wort: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, bleibt ein hohes Wort, solange wir nicht durchsehen können, daß diesem System wirklich kein Mann und kein Groschen bewilligt wird. Daran, daß wir Nein sagen, geht das System nicht zugrunde. Aber es scheint bei manchen Parteigenossen eine Verwechslung zwischen Neinlagen und Verhindern zu bestehen. (Sehr gut!) Wenn wir ein System bekämpfen, dann müssen wir es unmöglich machen. Geht das nicht auf geradem Wege, so geht es auf indirektem. Das System der Hilfskonstruktionen, das jeder Ingenieur kennt, ist das Hauptstilmittel jeder Politik. Ich sage: es wäre für den Kampf gegen Militarismus, Marinismus und Weltpolitik mehr geleistet, wenn es möglich würde, auch nur die Elemente einer direkten Besteuerung im Reich herbeizuführen, als wenn wir die größten Neden halten und tausendmal Nein sagen. (Sehr richtig!) Der Augenblick, wo es uns gelingt, die direkte Besteuerung in den Deutschen Reichstag hineinzubringen, ist der Anfang vom Ende dieses Systems; das trifft das System in das Herz. Nun bestehen Unklarheiten. Mitten in diesen Debatten über die Reichsfinanzreform sehen wir, daß einige Reichstagsmitglieder von dem Spul des Gedankens „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, so befangen werden, daß sie mitten in einer Aktion noch auf den Gedanken kommen könnten, daß aus

anderen als aus tatsächlichen Erwägungen ein solcher Anfang der direkten Besteuerung abgelehnt werden müßte. Ich muß sagen, es liegt doch eine gewisse Direktionslosigkeit bei der Politik der Fraktion vor, wenn so etwas möglich ist. Mein Antrag will nun Klarheit über diese Dinge schaffen. Er bezweckt, daß in großen politischen Aktionen, wie es die Reichsfinanzreform nach dauernd bleiben wird, sich die Fraktion geschlossen darüber klar wird: was können wir verlangen. Es genügt nicht, zu sagen: wir wollen gegen diese oder jene Steuer sein, und vor allem genügt es nicht, zu erklären: wir sind gegen das Ganze, sondern wir wollen sagen: Wir gehen auch zu, euer System verlangt 500 Millionen, aber wenn es denn einmal gezahlt werden soll, dann — das hat schon David richtig ausgeführt — dann müßt ihr es zahlen. Unsere Aufgabe ist es dann, nachzuweisen, wie aus einem Bündel von direkten Steuern bei Herabminderung besonders gefährlicher indirekter Steuern diese 500 Millionen zu schaffen sind. Wer die Verhandlungen der Reichsfinanzreform verfolgt hat, weiß ja, daß man in einem Augenblick in der Kommission bereits diesen Weg beschritten hat; da wurde der Regierung aufgegeben, daß sie eine Anzahl von Besitzsteuern einbringen solle. Ich glaube, der normale, der fruchtbare Weg ist der, daß die Fraktion, wo eine solche wichtige Aktion beginnt — und es ist klar, daß man diese Steuerbelastung nicht verhindern kann — klar die Grundlinien eines positiven Steuerentwurfs entwirft, der ja bei den tatsächlichen Bestimmungen dann keineswegs festlegt. Aus diesen Erwägungen ist die Wiederaufnahme des Dresdener Antrages entstanden. Hätten wir einen solchen Entwurf im Anfang der Reichsfinanzreform vorgelegt, dann hätte kein Gegner uns den Vorwurf machen können einer unschlüssigen, unentschiedenen Haltung oder einer Haltung, die alles oder nichts will, dann könnten auch solche Debatten nicht entstehen wie heute vormittag. Zu dem Entwurf ist dann eine Begründung notwendig, die seine Möglichkeit darlegt; es wird eine Denkschrift dazu verfaßt, und so für alle Zeit atemnehmend festgelegt, das und das hat die Sozialdemokratie in einer bestimmten Situation gemollt, die Gegner aber haben es nicht gewollt. Nun weiß ich genau, man sagt, das sind Konfessionen, das ist Kompromißerei, Abschwächungen. Nein, das ist Schematisierung, eine Vertiefung aber, um das Wort zu gebrauchen, eine Radikalisierung der parlamentarischen Arbeit. Darin beruht der Wert der parlamentarischen Arbeit, daß wir in jeder Situation und nicht nur mit Protesten begnügen, sondern es möglich zu machen suchen, daß ein positives Programm durchgeführt wird. Ich sage: möglich zu machen suchen. Damit meine ich nicht, daß nun bei der zufälligen Konstellation des Reichstags die bürgerlichen Parteien das etwa annehmen. Aber dieser Entwurf muß so gestaltet werden, daß sie es annehmen müßten, wenn anders sie überhaupt die Interessen ihrer eigenen Wähler wahrnehmen wollten. Das ist der große agitatorische Gewinn. Das Bedürfnis nach einem solchen positiven Steuerentwurf liegt auch der Anregung des Genossen zugrunde, der, als Gegner der Zustimmung zur Erbschaftsteuer, anregte, daß auf dem nächsten Parteitag die Steuerfrage behandelt werden solle. Das wird ja auch ganz nützlich sein; denn die Frage wird wiederkommen. Aber mir scheint, als ob man das schon vorher hätte machen müssen. Zu anderen Parlamenten verfährt man so, auch in einzelstaatlichen Parlamenten. Es gehört dazu nichts weiter als die Entschlossenheit, das Maß der Forderungen in einer bestimmten Situation abzugrenzen, über die Köpfe der bürgerlichen Fraktionen hinaus zu ihren Wählermassen draußen zu reden: das will die Sozialdemokratie! und kein Mensch kann ihr dann vorwerfen: das sind leere Demonstrationen und Proteste! Dann handelt es sich um konkrete Entwürfe, die wirklich durchführbar sind. Die Entlassung der bürgerlichen Parteien als Ausschüsse von kleinen Minderheiten ihrer An-

hänger, das ist der Wert dieser propagandistischen Tätigkeit. Unmittelbar aktuell wird die Sache bei der Reichsversicherungsordnung, die hier noch besonders behandelt werden wird. Dabei tritt die trennende Frage an die Partei heran: Gibt es eine Möglichkeit, unsere Anträge in den Entwurf der Regierung hineinzuarbeiten, oder müssen wir nicht vielmehr, wenn auch vielleicht nur in einer Denkschrift, — auf die Paragrafierung lege ich gar keinen Wert — unsere Arbeit selbständig einbringen. Alle Praktiker, die ich gesprochen habe, haben mir bestätigt, daß es ungemein schwer sein würde, auch nur die wichtigsten Abänderungsanträge in diesen Entwurf zu bringen. Ich halte es für sehr wenig radikal, wenn man immer hinter den Regierungsentwürfen und bürgerlichen Entwürfen hinterherläuft, wenn man es diesen überläßt, unsere Arbeit zu leisten. Beim Dresdener Antrag wurde gesagt, das sei Aufgabe der Geheimräte. Ich kann von den Geheimräten des herrschenden Staats nicht verlangen, daß sie unsere Arbeit leisten. Außerdem haben wir auch Geheimräte genug, die die Sache machen können. Der zweite Einwand war, solch Verlangen sei eine Ueberschätzung des Parlamentarismus. Der Parlamentarismus ist unser Programm. Wenn wir ihn wollen, so müssen wir ihn auch ganz wollen, und vor allem in Deutschland, wo wir noch gar keinen Parlamentarismus haben, den wir erst erobern müssen. Diese selbständige Arbeit der oppositionellsten Partei bedeutet den Anfang der Eroberung des Parlamentarismus. Es ist für uns noch gar kein Problem, wie in demokratischen Republiken, ob der Parlamentarismus überschätzt oder unterschätzt wird.

Ich wünsche nicht, daß wir Konzessionen machen, aber wir müssen unsere Politik so einrichten, daß die bürgerlichen Parteien gezwungen sind, uns Konzessionen zu machen. Das ist die ganze Aufgabe der parlamentarischen Politik, die wir überhaupt erfüllen können. Wir müssen unsere Gegner zwingen, aus Rücksicht auf ihre Wähler uns Konzessionen zu machen. So arbeitet übrigens die Fraktion schon immer, und ich wünsche nur, sie möge das systematischer und grundsätzlicher tun. Wir können von unserem Wege bei dieser positiven Arbeit nicht irren. Denn das ist ja gerade die Hoffnung unseres Sieges, daß es gar keine produktive Gesetzgebung in der Welt mehr gibt, die nicht sozialistisch oder demokratisch wäre. Deshalb wird unsere Arbeit niemals uns von unseren großen Grundgedanken abwenden machen, sondern nur das Tempo der Erreichung unserer Ziele beschleunigen. Der Sinn meines Antrags ist nichts als Anwendung unseres sozialistischen, demokratischen Prinzips. In diesem Sinne bitte ich Sie, über meinen Antrag, wenn Sie ihn nicht annehmen wollen, wenigstens nachzudenken und die Folgerungen aus ihm zu ziehen.

Reirottes-Strahburg: Wir sind berufen, an dieser Stelle Kritik an der Fraktion zu üben. Aber es hat mich doch sehr eigentümlich berührt, daß die eigenen Fraktionsgenossen eine „Schwäche“ der Fraktion hier vor dem Auge der Öffentlichkeit bloßgelegt haben. Das ist ein sehr neuer Robus, der sonst nicht gang und gäbe ist, zumal es sich doch hier um ungelegte Eier handelt, denn die Frage: was hätte die Fraktion getan, wenn die Erbschaftsteuer zur dritten Lesung gekommen wäre, ist sehr mühsig. Es ist von diplomatischer Politik gesprochen worden. Ich verstehe nicht, was für ein Unterschied ist zwischen zweiter und dritter Lesung, soweit bin ich noch nicht fortgeschritten in der Diplomatie. Wenn ich in zweiter Lesung für eine Vorlage aus prinzipiellen Gründen stimmen kann, dann kann ich es auch in dritter, es sei denn, daß sich in der Zwischenzeit die tatsächlichen Unterlagen verschoben haben. Ich bin manchmal mit unserer Reichstagsfraktion nicht einverstanden. Es sind dort schon Reden gehalten worden, die meinem sozialistischen und

republikanischen Gewissen nicht entsprachen. (Hört!) Aber hier muß ich sagen: Ich und meine Mandatgeber und die allermeisten Parteigänger aus Elßaß-Lothringen — wenn nach mir ein anderer sprechen wird mit gegenständlicher Auffassung, so kann ich Ihnen schon jetzt sagen, daß der nur die Minderheit der Elßässer hinter sich hat (Seiterkeit) — die große Mehrzahl ist der Meinung, daß die Fraktion die Frage der Reichsfinanzreform durchaus richtig behandelt hat, und ich verstehe nicht, wie man jagen kann, man wußte im Lande nicht aus noch ein. In jedem Stadium der Verhandlungen wußten wir draußen ganz genau, was wir zu tun und zu lassen hatten. (Sehr richtig!) Wir wußten, daß die neuen Steuern nach jeder Richtung zu bekämpfen waren, aber wir wußten auch, daß, wenn es nicht möglich ist, diese Steuerlast vom Volke abzuhalten, es verdammt Pflicht und Schuldigkeit der Fraktion war, dafür zu sorgen, daß die Last so gering wie möglich war, die auf den deutschen Arbeiter gelegt werden sollte. Denn die Frage war ja nicht die: sollen wir dem Massenstaate neue Steuern geben zu Rüstungszwecken, zur Mordkultur, sondern die Frage war: sollen wir direkte oder indirekte Steuern bewilligen? Sollen wir dazu verhelfen, daß an Stelle indirekter direkte Steuern bewilligt werden? (Sehr richtig!) Sollen die Steuern, die doch bewilligt werden, aus den Taschen der Ärmsten oder der besitzenden Klassen geholt werden? Propaganda müssen wir treiben, davon leben wir; aber wir dürfen doch dem Arbeiter nicht Steine statt Brot geben, nicht Agitationsreden statt weniger neue Steuern. Die Hochsächse Rede war keine propagandistische Politik, wenigstens nicht für die Sozialdemokratie. (Sehr gut!) Wir treiben ja allerlei Wahlpolitik, und die den Vorwurf erhoben haben, ich glaube nicht, daß die noch nie Wahlpolitik getrieben haben, und gerade im jetzigen Moment wird Wahlpolitik getrieben. Wir geben doch Millionen aus, um neue Anhänger zu gewinnen. Glauben Sie, daß die neuen Wähler in Landau und Stollberg alle von vornherein überzeugte Sozialdemokraten gewesen sind? Sie sind zu uns gekommen, weil sie sich gesagt haben, daß die Sozialdemokraten die Interessen des Volkes vertreten haben; und dafür zu sorgen, daß diese neuen Wähler bei uns bleiben, daß diese Massen größer werden, soll unsere nächste und vorzüglichste Aufgabe sein. Und wir dürfen weiter nicht vergessen, daß es unsere Aufgabe ist, das Los der Arbeiter zu verbessern, und zu diesem Zwecke müssen wir auch etwas praktische Politik treiben, wenn das Wort auch sehr verpönt ist, gerade genau solche praktische Politik, wie wir sie in den Gemeinden, in den Landtagen und im Reichstage immer getrieben haben. Bei der Reichsfinanzreform haben wir wirklich und ausgezeichnet praktische Politik getrieben.

Wenn wir uns heute festlegen, wie es angeregt ist, so wäre es ein sehr großer Fehler. Wir dürfen die Situation, die wir alle so loben, nicht verlassen. (Sehr richtig!) Und wir würden sie verlassen, wenn wir uns nach irgendeiner Richtung hin festlegen wollten. (Weifall.)

Gummel: Schrader und Reirottes meinten, die Vorgänge aus der Fraktion hätten nicht in der Weise an die Öffentlichkeit gebracht werden müssen. Ich stehe auf einem anderen Standpunkt. Wohin würde es führen, wenn der Grundsatz von Schrader zur Geltung käme. Dann würde nicht nur die Parteiorganisation an den einzelnen Orten, nicht nur die Wahlkreisorganisation, sondern auch der Parteitag über die Verhältnisse in der Fraktion durchaus nicht unterrichtet sein, und es wäre gar nicht möglich, Stellung dazu zu nehmen. (Sehr richtig!) Da ist es doch viel richtiger, sich auf den Parteitag über die Differenzen auszusprechen, damit die Parteitage die Richtung angeben. Nicht die Fraktion soll die Taktik bestimmen, sondern die Partei. Die Genossen können aber nicht urteilen, sie können nicht einmal Kritik üben.

wenn sie keine Kenntnis von den Vorgängen in der Fraktion haben. Es handelt sich deshalb gar nicht um Internas, es ist keine Indiskretion gegangen worden. Ganz besonders unangebracht wäre es, wollte man jetzt nachträglich, wo von einem Schaden gar keine Rede mehr sein kann, herkommen und sagen, es ist nicht richtig, solche Dinge zur Sprache zu bringen. Ich gebe zu, im Augenblick des Kampfes könnte ein Schaden entstehen, aber wenn die ganze Sache vorbei ist, dann müssen wir doch prüfen, ob richtig vorgegangen wurde, und dazu ist die Kenntnis der Verhältnisse notwendig. Weiter wird gesagt, es ist inopportun, in diesem Moment die Debatte heraufzubeschwören. Einmal sagt man, die Situation ist gegenwärtig zu günstig, wir dürfen sie nicht verderben, und dann wieder sagt man, sie ist so ungünstig, daß wir sie nicht noch verschlechtern dürfen. Ja, wenn wir dem nachgeben, dann kommen wir niemals zu der notwendigen Klarheit. Die Forderung, wir müßten unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer stimmen, bedeutet eine Durchbrechung der Münzberger Resolution, wonach unter keinen Umständen die Nachmittel des Staates verstärkt werden dürfen. Es ist bis jetzt noch nicht dagewesen, daß die sozialdemokratische Fraktion der Regierung wirklich eine Steuer bewilligt hat. Im Jahre 1906 konnte man sehr wohl für das Prinzip stimmen, weil wir unseren grundsätzlichen Standpunkt beim Mantelgesetz zum Ausdruck bringen konnten. Hätte uns damals kein Mantelgesetz vorgelegen, dann hätte die Erbschaftsteuer in dritter Lesung nach unserem ganzen bisherigen Verhalten unbedingt von uns abgelehnt werden müssen. Uebrigens hat Geher bei der ersten Lesung im Auftrag der Fraktion ausdrücklich erklärt, der Reichstag dürfe keinen Pfennig bewilligen, wenn er nicht genügende Garantien gegen das persönliche Regiment bekommt. Liegt denn irgendein Grund vor, von dem Grundsatz abzugehen: diesem System keinen Mann und keinen Groschen? Ist eine Aenderung eingetreten, ist das persönliche Regiment beseitigt, ist das ganze Regierungssystem in Deutschland ein anderes geworden? Ist es heute besser geworden, so daß wir Vertrauen zur Regierung haben und ihr die Mittel bewilligen können, die sie braucht, um neue Soldaten und neue Kriegsschiffe zu schaffen? Das ist ein vollständiges Novum, ein Bruch mit der Vergangenheit und ich möchte die Genossen dringend warnen, so ohne weiteres eine solche Neuerung gutzuheißen. Es ist dann gesagt, wir müssen für direkte Steuern stimmen, um indirekte abzuwehren. Ja, das ist alles sehr schön, und wenn Eisner mit einem vollständigen Programm kommt, so ist das auch sehr schön, aber solange wir nicht die Macht haben, können wir damit nichts erreichen. Wenn die Theorie des kleineren Übels ins Feld geführt wird, so erinnere ich daran, daß diese Theorie dahin führt, daß die Regierung es immer in der Hand hat, noch schlechtere Steuerentwürfe vorzulegen, damit sie ihre schlechten Steuern erhält. Die Regierung wird dann nie in Verlegenheit kommen. Also auch die Theorie des kleineren Übels hat ihre großen Bedenken. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen sind durch diese Theorie so vollständig in den Sumpf geraten, daß kein politisch denkender Mensch sie mehr ernst nimmt. (Sehr richtig!) Sollen wir dieselbe Taktik anwenden, sollen wir uns in derselben Weise aufgrund richten? Die Entwicklung der Partei ist vor sich gegangen unter der Parole: Diesem System keinen Pfennig und keinen Mann, und wir haben alle Ursache, diesen Grundsatz, der uns vorwärts gebracht hat, nicht preiszugeben. Wenn Löbe und andere sagen, wohin wären wir gekommen, wie hätten wir agitieren können, wenn die Fraktion die Erbschaftsteuer abgelehnt hätte, so stellen sie sich damit ein großes Armutzeugnis aus. (Sehr richtig! und Unruhe.) Spielt denn der Verwendungszweck gar keine Rolle? Wenn wir die Frage der Verwendung preisgeben, dann sind

wir verloren, dann können wir einpacken. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Es ist gesagt, man solle Wahlpolitik treiben. Gewiß, ich bin auch dafür, daß man Wahlpolitik treibt, aber es muß eine klare und grundsätzliche Politik sein, sie darf nicht darin bestehen, daß wir Grundzüge preisgeben, sondern wir müssen den Klassenkampfstandpunkt in den Vordergrund stellen. Dadurch werden wir die Massen aufrütteln und mehr positive Arbeit leisten als anders, weil die Bourgeoisie und die heutige Gesellschaft sich nur durch die Furcht zu Zugeständnissen bewegen lassen. (Zr. Franz: Parra!) Genosse Franz, wir sind hier nicht im Zirkus oder im Variété, sondern an einem Ort, wo ernst verhandelt wird. Ihr Zursch ist recht bezeichnend. (Zurufe: Die Erbschaftsteuer steht ja im Programm!) Gewiß, aber das ist heute morgen schon widerlegt worden. (Lachen.) Ich meine, dieser Einwand ist heute morgen widerlegt worden. Ich sage nochmals, diesem System dürfen wir keinen Pfennig und keinen Mann bewilligen. (Zuruf: Das steht aber nicht im Programm!) Ja, im Programm steht auch nichts davon, daß wir Erbschaftsteuern bewilligen müssen, damit mehr Kriegsschiffe gebaut und neue Kanonen angeschafft werden. (Lebhafter Beifall.) Sorgen Sie dafür, daß wir grundsätzliche Politik treiben und lassen Sie sich nicht von dem Schein der sogenannten positiven Arbeit blenden. (Lebhafter Beifall, Unruhe.)

Meerfeld-Köln: Ich habe darüber zu sagen, daß unsere Vertreter in der Kommission zur Vorberatung der Gewerbeordnungsnovelle nicht einig waren. Ich will nicht auf den albernen Vorwurf der Zentrumspresse eingehen, die auf Grund eines offenbar unzureichenden Protokolls sofort in die Welt hinausposaunte: Stadthagen als Arbeiterfeind! Wir haben Stadthagen gegen diesen Vorwurf verteidigen können, aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß in der wichtigen Frage der Frauenarbeit im Baugewerbe unsere drei Kommissionsvertreter in drei Zeile auseinanderfielen. Das darf nicht wieder geschehen, die Genossen müssen sich über ihre Stellung verständigen, damit wir der Welt nicht wieder ein solches Schauspiel bieten. — Nun zur Erbschaftsteuer. Die Spaltung der Fraktion in zwei Lager ist an sich schon eine betrübende Erscheinung. Ich stehe auf dem Standpunkt derer, die sagen: unsere Stellung zur Erbschaftsteuer ist durch unser Programm gegeben. Wir haben grundsätzlich dafür zu stimmen, und nur in außergewöhnlichen Fällen dürfen wir davon abweichen. Es fragt sich, ob ein solcher Fall hier vorlag. In einem Moment der Beratung bin auch ich dieser Meinung gewesen, nämlich, als ich aus der Ablehnung auf eine Auflösung des Reichstages hoffte. Das hätten wir beantworten können, aber im übrigen konnten wir die Ablehnung nicht verantworten. (Sehr richtig!) Wir haben durch die Spaltung der Fraktion den Gegnern schon soviel Stoff geliefert. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hat gejubelt, als Fabius seine ungläublichen Sachen schrieb und als verschiedene ultraradikale Blätter die Parole ausgaben, unter allen Umständen gegen die Erbschaftsteuer. Schon der Jubel unserer Gegner hätte uns zeigen müssen, wohin die Reise geht. Was Emmerl über das kleinere Übel gesagt hat, ist durchaus falsch. Wir dürfen nicht vergessen, daß das allgemeine Wahlrecht den Parteien gewisse Grenzen setzt, über die sie nicht hinauskönnen. Das Zentrum hat den Wählern in seiner maßlosen Machtpolitik das äußerste zu bieten gewagt, aber es ist jetzt schon recht lagenkammerlich geworden, und die Situation ist für uns äußerst günstig. Wir dürfen dem Zentrum auf keinen Fall Agitationsstoff gegen uns liefern. Liebe Genossen vom grünen Tisch oder aus den Hochburgen der Partei, kommt doch auch einmal zu uns und macht auf den Hauptplätzen, in

den Fabriken den Leuten klar, warum wir gegen die Erbschaftsteuer stimmen, warum wir die reichen Erben schützen und dadurch herbeiführen, daß noch mehr indirekte Steuern geschaffen werden sollen. Das wird Ihrer Dialektik niemals gelingen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Jeder, der mit katholischen Arbeitern zu tun hat, wird meiner Meinung sein. Für die Erbschaftsteuer sind Erbschaftsteuern eingeführt, die viel schlimmer sind. Auch die Wertzuwachssteuer trifft die Arbeiter, weil sie den Kommunen genommen werden soll und die Kommunen daher mehr andere Steuern aufbringen müssen. Die „Kölnische Volkszeitung“, die geholfen hat, die Erbschaftsteuer zur Karikatur zu machen, schrieb vor der zweiten Lesung, man würde es den Sozialdemokraten nicht verdenken können, wenn sie jetzt gegen die verhungerte Erbschaftsteuer stimmen. Natürlich haben wir das nicht so naiv genommen. Die Herren wollten sich nur balbieren für ihre Abstimmung. Jedenfalls hätten wir dem Zentrum keinen größeren Gefallen tun können, als wenn wir in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten, es sei denn, daß die Reichstagsauflösung dann sicher gewesen wäre.

Man sagt, man solle die agitatorischen Rücksichten nicht zu weit treiben, aber das verpflichtet uns noch nicht, irgendwelche Dummheiten zu machen und dem Gegner willkommenen Agitationsstoff zu bieten. Heute morgen hat man begreiflich, ob die Spaltung des Blocks ein politischer Fortschritt gewesen sei. Ganz gewiß war sie das; es kommt darauf an, klare Schlachtreihen zu formieren, die Parteien, welche die größten Feinde des politischen Fortschrittes sind, in die Lage zu versetzen, ihre Bestrebungen öffentlich zu vertreten, das Zentrum aus der damals ihm sehr willkommenen Rolle als Oppositionspartei herauszuholen. Schon deshalb, weil das Zentrum sich wieder mit den konservativen Wahlrechtsfeinden verbündet, weil diese volksfeindlichen Parteien wieder in eine Schlachtreihe gerückt werden, war die Spaltung des Blocks ein politischer Fortschritt. Bleiben wir gut radikal, aber hüten wir uns vor einem krankhaften Ueberradikalismus, der die Gefahr in sich birgt, daß wir direkt arbeitersfeindliche Beschlüsse fassen und unsere Werbekraft beeinträchtigen.

**Kottelbohm-Dortmund:** Ich bin erfreut, erklären zu können, daß die gesamten Delegierten des westlichen Westfalens die Zustimmung der Fraktion zur Erbanfallsteuer billigen. (Lebhafte Beifall.) Die Zustimmung zu der zweiten Lesung war ohne weiteres allein aus taktischen Gründen notwendig. Allerdings, wenn wir die Gewißheit gehabt hätten, daß wir durch die Ablehnung den Konflikt hätten auf die Spitze treiben können, so wäre die Ablehnung geboten gewesen. Aber nach meinem Dafürhalten wäre der Konflikt durch die Annahme der Erbschaftsteuer auf die Spitze getrieben. Wir Dortmunder Delegierten, für die ich hier nur spreche, sind der Meinung, daß die Zustimmung auch in der dritten Lesung notwendig gewesen wäre, weil wir doch nun einmal Parlamentarismus treiben. Wir sind im Parlament, um die Arbeiterinteressen zu vertreten, soweit das nach unseren Grundföhen irgend möglich ist. (Zustimmung.) Wir können dem Nüstungsrummel leider keinen wesentlichen Einhalt bieten. Die neuen Steuern wären mit oder ohne unsere Zustimmung zur Erbschaftsteuer bewilligt worden. Das Wort von dem „Sprungbrett“ ist ja ganz schön, aber wir sind dieses Sprungbrett nicht gewesen. Wir sind auch der Meinung, daß für den unsinnigen Militarismus und Marinismus kein Pfennig bewilligt werden soll. Aber hier handelt es sich nicht ausschließlich um diesen Gesichtspunkt. Die Kardinalfrage ist die: durch die Zustimmung zur Erbanfallsteuer belassen wir die Schultern der reichen Leute um 70 oder 50 Millionen Mark. Das hätte bedeutet, daß die Arbeiter, die nach unserer eigenen Behauptung schon übermäßig belastet sind,

diese 50 Millionen weniger aufzubringen hätten. Wir haben dokumentiert, daß wir eine übermäßige Belastung der Schultern der breiten Massen verhindern wollten. Deshalb haben wir da die Interessen der Arbeiter so vertreten, wie wir es vor den Wahlen versprochen haben; alle, die gegenteiliger Meinung sind, werden vergebens versuchen, in den Volksversammlungen die indifferenten Arbeiter zu überzeugen, daß die Ablehnung notwendig war. Ich weiß aber nicht einmal, ob sie unsere organisierten Arbeiter überzeugen werden, daß es aus prinzipiellen Gründen notwendig war, 50 Millionen mehr aufzubringen. Das ist ein Kampf gegen Windmühlen. Ich lade den Genossen Ditzmann ein, einmal bei uns den Versuch zu machen, seine Meinung zu vertreten, er wird sehr wenig befriedigt davongehen. Gewiß ist die Erbschaftsteuer unzulänglich, aber vor den Wahlen sagten wir den Wählern, wir treten für direkte Steuern ein, und hier hieß es: hic Rhodus, hic salta! Von der Notwendigkeit, die Erbschaftsteuer abzulehnen, werden wir die Arbeiter nicht überzeugen. Die Fraktion hat der Gesamtbewegung einen außerordentlich guten Dienst geleistet. Die Partei ist nicht überall soweit, wie die Genossen in den Hochburgen der Partei. Auch bei uns gibt es noch ungeheure Arbeitermassen zu gewinnen, von denen uns bisher eine chinesische Mauer trennte. Es war uns gar nicht möglich, in die Massen der katholischen Arbeiter einzudringen. Hier und da gehörte ein Renegat der katholischen Arbeiter zu uns. Aber die Masse schloß sich ab gegen jede Einwirkung. Dafür sorgte schon die Geistlichkeit. Der Volksverein tat das übrige. Diese Leute lasen nur die Verleumdungen gegen uns. Aber jetzt, wo die Leute den Verrat der Zentrumsparlei am eigenen Leibe spüren, kommen sie in unsere Versammlungen. In diesen Versammlungen ist unserer Weisheit letzter Schlag natürlich nicht die Reichsfinanzreform, sondern wir treiben nachdrücklich Propaganda für unsere Ideen, für den Sozialismus. Wir haben uns ein großes Expansionsfeld erschlossen. Wir haben keine Wahlpolitik getrieben und wir haben keinerlei Grundstücke verlegt. Lange haben wir unserer Sache nicht besser gedient als durch unsere Stellung zur Reichsfinanzreform. Die Sozialdemokratie hat nie besser marschiert als jetzt, und ich bin überzeugt, die erdrückende Mehrheit der Delegierten wird das billigen. (Lebhafte Beifall.)

**Robert Schmidt-Berlin:** Die Fraktion hatte bei der Erbschaftsteuer zunächst rein taktische Fragen zu berücksichtigen. Als in der Finanzkommission Shobow sagte: ohne die Erbschaftsteuer gibt es keine Finanzreform, war eine große Anzahl von Parteigenossen, auch ich, der Meinung: Wenn die Sache so steht, müssen wir gegen die Erbschaftsteuer stimmen; denn dann kommen wir zu einem Konflikt, der dahin führt, daß mit der Erbschaftsteuer auch die 400 Millionen indirekte Steuern fallen. Also darüber konnte keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Nachdem uns aber aus ganz sicherer Quelle bekannt wurde, daß diese Äußerung des Staatssekretärs nicht ernst zu nehmen war, daß sie nur ein Schreckschuß für die Agrarier war, daß der Bundesrat vielmehr geneigt war, jede Steuer zu nehmen, um das 500 Millionen-Roch im Etat zu stopfen, da lag für uns kein Anlaß mehr vor, dieser Taktik nachzugeben. Der Konflikt ist nicht gekommen, und es zeigte sich damit, daß wir in der Beurteilung der politischen Lage recht hatten, wenn wir die Frage dann so zu entscheiden hatten, ob mit dem Fall der Erbschaftsteuer wir dazu beitragen, abermals 70 Millionen indirekter Steuern zu den schon in Aussicht genommenen hinzuzufügen. So stand für uns die Frage meiner Ansicht nach auch für die dritte Lesung, zu sagen: diese Verantwortung können wir nicht übernehmen, sondern wir müssen den Ausbau der direkten Steuern fördern. Und wenn noch ein Zweifel über unsere Stellung, für die aber auch prinzipielle Erwägungen vorhanden waren, bestehen konnten, dann gab uns

die Rede des Herrn v. Seydewitz den richtigen Weg und die richtige Wei-  
 fung. (Sehr gut!) Herr v. Seydewitz hat im Reichstag erklärt: die Erb-  
 schaftsteuer bewilligen wir unter keinen Umständen, dem Deutschen Reichs-  
 tag, einem Parlament, das aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgeht, geben  
 wir nicht die Vollmacht über die Erbschaftsteuer. (Sehr gut!) Dadurch war  
 die Erbschaftsteuer zu einer prinzipiellen, außerordentlich wichtigen Frage ge-  
 macht worden: Wir standen vor dem ersten Versuch, eine direkte Steuer aus-  
 zubauen, gegen die die Agrarier aufbegehrten. Wir hatten die Möglichkeit,  
 die direkte Steuer in der Folgezeit zu entwickeln und zu verschärfen. Die  
 Erbschaftsteuer, so wie sie war, ach, die hätten die Agrarier vielleicht auch ge-  
 schickt; aber die außerordentlichen prinzipiellen Bedenken vor der grundsätz-  
 lichen Auffassung, im Reichstag eine direkte Steuer festzulegen, die den Weg  
 bahnt zu weiterem Anziehen der Schraube der direkten Besteuerung hielt sie  
 in heftiger Opposition. (Sehr gut!) Und nun sagen Sie: prinzipiell mußten  
 wir auch diese Steuer ablehnen. Da frage ich: wie wollen Sie es mit dem  
 Parteiprogramm vereinigen? Sie sagen im Parteiprogramm: zunächst ver-  
 langt die Partei die Einkommensteuer und eine Erbschaftsteuer. Da frage  
 ich: wann tritt dies „zunächst“ ein? (Sehr gut!) Und welchem System wollen  
 Sie denn dann die Einkommensteuer bewilligen? (Sehr gut!) Nur einem  
 kapitalistischen System; gewiß, denn in der sozialistischen Gesellschaft — da  
 wollen wir die Frage noch einmal erwärmen, ob wir zu einer Erbschaftsteuer  
 oder Einkommensteuer oder zu einem anderen System in der Besteuerung  
 kommen. (Weiterheit und Sehr gut!) Wann, sage ich, wollen Sie denn dann  
 die Steuer bewilligen? Das ist die Frage, um die wir nicht herumkommen.  
 Die Frage steht nicht so für die Fraktion, wie immer gesagt wird: Neue  
 Steuern und mit den neuen Steuern neue Kriegsschiffe, sondern die neuen  
 Kriegsschiffe und das Militär haben die bürgerlichen Parteien bewilligt, und  
 jetzt heißt es: wie sollen die Kosten aufgebracht werden. Wenn wir die Ge-  
 legenheit haben, einen Teil der Kosten den Besitzenden aufzuerlegen, dann  
 sollen wir die Gelegenheit nicht von der Hand weisen. (Lebhafter Beifall.)  
 Diese Gelegenheit muß beim Schopf gefaßt werden, dann heißt es einfach:  
 keinen Groschen aus den Taschen der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Aber  
 wir sind nicht zum Schutze der bestehenden Klasse da. (Sehr richtig!) Wenn  
 Ihr aus den Taschen der bestehenden Klassen die Steuer nehmen wollt, dann  
 nehmt soviel Ihr wollt, und je mehr Ihr nehmt, um so besser. Darüber  
 können wir uns doch keinem Zweifel hingeben, daß in der jetzigen politischen  
 Situation die Frage nicht so liegt: ohne Ablösung der indirekten Steuern  
 keine direkte Steuern; es muß von Etappe zu Etappe gegangen werden. Aber  
 wir sollen den ersten Schritt nicht besäumen, wir sollen uns nicht zum Mit-  
 schuldigen derjenigen machen, die aus den großen politischen Klasseninteressen  
 diese Steuer ablehnen, wir dürfen, wenn auch aus anderen Erwägungen, den  
 Agrariern keine Stütze bieten. Das ist das Bedenkliche einer solchen Politik,  
 wenn wir zu einer falschen prinzipiellen Stellung in einer solchen Frage  
 kommen. In dem Augenblick, wo die Agrarier alles daransetzen, im Interesse  
 ihres ganzen politischen Einflusses diese Steuer zu Fall zu bringen, dürfen  
 wir uns unter keinen Umständen an ihre Seite stellen. (Lebhafter Beifall.)  
 Hier lauten die Klagengegenstände schärfer denn je zum Ausdruck. Leute zu  
 schätzen, die Erbschaften von 20 000 und mehr Mark einbrachten, so sagen: aus  
 Euren Taschen soll kein Groschen genommen werden, ach, Parteigenossen, das  
 ist mein Grundsatz nicht. Aus den Taschen derjenigen, die 20 000 M. und mehr  
 erben, mögen die Kriegsschiffe gebaut werden. (Beifall und Unruhe.) Denn  
 in der Wahllegislation betonen wir ja immer mit Nachdruck: wenn Ihr es  
 fertig bringt, aus den bestehenden Klassen die Kosten des Militarismus und

Militarismus zu tragen, dann wird die Begeisterung der bestehenden Klasse  
 sich erheblich abkühlen. (Sehr richtig!) Das ist die beste Lösung der Frage,  
 denn die bürgerlichen Parteien bewilligen ja die Militärvorlagen immer in  
 der sicheren Voraussetzung, daß die Kosten aus den Arbeitertaschen herausgeholt  
 werden. Deshalb mußten wir nach meiner Ansicht durchaus den Standpunkt  
 einnehmen, auch bei der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer zu stimmen.  
 (Sehr richtig!) Und nun noch ein paar Worte über unsere frühere Stellung.  
 Es ist schon gesagt worden, wir haben 1906 für die Lantiemeistersteuer und auch  
 für die Erbschaftsteuer gestimmt und nicht nur in zweiter, sondern auch in  
 dritter Lesung, und das ist es außerordentlich interessant, wie wir uns zur  
 Lantiemeistersteuer stellten. Unsere Parteigenossen sagten in der Kommission von  
 ganz ähnlichen Voraussetzungen ausgehend wie Emmel: diesem System keinen  
 Mann und keinen Groschen! Auch aus den Taschen der Aktionäre bewilligen  
 wir nichts! Daher wurde in der Kommission von unseren Freunden die Lan-  
 tiemeistersteuer abgelehnt. Die Fraktion aber bekam so zahlreiche Zuschriften,  
 in denen gesagt wurde: wie kommt Ihr denn dazu, die Lantiemeistersteuer abzu-  
 lehnen! Habt Ihr denn die reichen Aktionäre zu schützen? Und darauf  
 schwenkte die Fraktion um, richtiger gesagt, die Fraktion nahm Stellung dazu  
 und im Plenum stimmte sie für die Lantiemeistersteuer, zum Erstaunen und zur  
 Entrüstung der Liberalen, die glaubten, sie hätten wenigstens noch an uns  
 eine Stütze; sie blieben dann ganz allein mit ihrer Gegnerschaft gegen die  
 Lantiemeistersteuer sitzen. So haben wir auch in der dritten Lesung für die Lan-  
 tiemeistersteuer und für die Erbschaftsteuer gestimmt, und Sie können uns nicht damit  
 kommen, zu sagen, damals war das Mantelgesetz, das uns die Möglichkeit gab,  
 grundsätzlich alle diese Steuern abzulehnen. Wenn wir heute ein Mantel-  
 gesetz hätten, hätten wir auch mit der Erbschaftsteuer die indirekten Steuern  
 abgelehnt. Wenn aber die Frage so liegt, einzeln die Entscheidung zu fällen,  
 dann müssen wir die Frage so stellen: wem legen wir die Lasten auf? Die  
 Steuern von der bestehenden Klasse fernzubalten, ist nicht unsere Aufgabe.  
 (Lebhafter Beifall.)

Singer: Parteigenossen! Ich möchte meine kurze Bemerkung damit be-  
 ginnen, daß ich erkläre, in Erwägung, daß kein einziger Delegierter mit der  
 Haltung der Fraktion unzufrieden ist, halte ich diese ganze Erörterung für  
 überflüssig. (Lebhafte Zustimmung.) Genossen, das, was die Fraktion bei  
 der dritten Lesung getan hätte, das ist in der Fraktion gar nicht zur Erörte-  
 rung gekommen. (Hört! hört!) Entsprechend unserer langjährigen Taktik,  
 entsprechend unseren Grundsätzen, haben wir in dem Moment, als es sich um  
 die Abstimmung über ein einzelnes Gesetz, nämlich die Erbschaftsteuer, also  
 einer direkten Steuer, handelte, selbstverständlich unsere Grundsätze vertreten,  
 und haben erklärt, wir stimmen unseren Steuerprinzipien entsprechend für die  
 Erbschaftsteuer. Nachdem ich diese tatsächliche Erklärung abgegeben habe,  
 will ich nur noch in bezug auf die Vergangenheit eine Bemerkung machen. Die  
 Fraktion hat in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. Die  
 Fraktion hatte ihren Redner zur ersten Lesung beauftragt, eine Erklärung  
 abzugeben, wonach die Vorlage in der eingebrachten Form für die Fraktion  
 als nicht zur Annahme geeignet erklärt wurde. Nachdem Interna aus der  
 Fraktion mitgeteilt sind, kann ich an dem Gegenstand nicht vorbeigehen und  
 muß sagen, daß bevor dieser Beschluß gefaßt wurde, lange Erwägungen in der  
 Fraktion stattgefunden haben, und ich hätte gewünscht, daß, wenn auch auf  
 diese Beratungen Bezug genommen wurde, dann dieser Erwägungen auch er-  
 wähnt worden wäre. Da nun einmal die Meinungsverschiedenheiten zutage  
 treten, so darf nicht beschwiegen werden, daß in der Fraktion bei der Vor-  
 beratung auch die Auffassung zum Ausdruck gekommen ist, es solle dem Redner  
 verwehrt werden, eine solche der Vorlage nicht zustimmende Erklärung ab-

zugeben. Die Mehrheit der Fraktion hat aber gemeint, diesem Erbschaftsteuergesetz gegenüber müssen wir schon aus dem Grunde, um möglichst Verbesserungen in unserem Sinne durchzusetzen, keinen Zweifel lassen, daß wir das Gesetz in dieser Fassung nicht annehmen. (Hört! hört!) Das, was aus dem Protokoll hier verlesen worden ist, ist selbstverständlich buchstäblich wahr, und man konnte in der Fraktion zur Zeit dieser Beratung der Meinung sein, daß, wenn die Vorlage nicht in unserem Sinne verbessert würde, wir uns gegen die Vorlage erklären müssen. Da das nicht geschah, konnten wir nur in der zweiten Lesung für die Vorlage stimmen, weil wir der Meinung waren, wie das die Praxis der Fraktion seit langen Jahren ist, daß die endgültige Entscheidung in dritter Lesung für die Vorlage fallen hat. Deswegen konnten wir ganz ruhig in der zweiten Lesung für die Vorlage stimmen, ohne uns damit nach außen hin öffentlich für die dritte Lesung zu binden. Es ist nicht zur dritten Lesung gekommen, und das ist der Grund, weshalb ich keinen Vorwurf in diesen Erörterungen sehe. (Sehr richtig!) Wenn aber die Sache nun einmal besprochen worden ist, und, wie ich zu meiner Freude sagen kann, in den Formen, in denen Meinungsverschiedenheiten unter Genossen ausgetragen sind, dann möchte ich auch aus meiner Auffassung kein Hehl machen und sagen: würde die Erbschaftsteuer zur dritten Lesung gekommen sein, dann würde ich zu denen gehört haben, die in der Fraktion für die Ablehnung plädierten. (Bravo! und Hört! hört!) Es wird hier immer gesagt: die Partei vertritt programmatisch die Forderung direkter Steuern. Sicher ist das richtig, aber das kann doch nicht so verstanden werden, daß wir nun direkte Steuern auch für Zwecke, die wir an sich nicht billigen, die wir als kulturwidrig, volks- und arbeiterfeindlich bekämpfen, bewilligen müssen, und es kann auch damit nicht gesagt sein, daß wir unbekümmert um jede Situation nur deswegen, weil es sich um eine direkte Steuer handelt, uns für eine solche Steuer zu erklären haben. Das wäre ja ein Konfessio, wenn man ein solches Prinzip aufstellen wollte. (Zuruf: Das tut ja auch niemand!) Gewiß, auch die anderen Genossen selbst sagen ja, hätten wir die Möglichkeit gehabt, es zur Auflösung zu bringen, oder die Finanzreform zu beseitigen, dann hätten wir nichts darin gefunden, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen, so aber mußten wir dafür stimmen. Ich sage, nein, auch so würde ich für meine Person, in der Fraktion, mich dagegen erklärt haben, weil ich der Meinung bin, daß, wenn man sagen würde, man muß nur, weil es eine direkte Steuer ist, dafür stimmen, und nur aus dem Grunde, weil dann weniger indirekte Steuern aufgebracht werden, ich das für eine politische Taktik halte, welche unserer Partei nicht angemessen und nicht würdig ist, sondern wir haben prinzipielle Politik zu treiben. (Rautsch: Sehr richtig!) Denn wenn wir Steuern bekommen, bei denen wir uns sagen müssen, wir sind grundsätzliche Gegner des Verwendungszweckes dieser Steuern, und wenn wir uns ferner sagen müssen: die gegenwärtige Politik ist verwerflich und gemeinschädlich und widerspricht unseren Grundsätzen und Forderungen, daß wir es verhindern müssen, daß für diese Regierung überhaupt Steuern zustande kommen, dann sage ich, haben wir gegen eine solche Steuervorlage zu stimmen, unbekümmert darum, ob im Lande vielleicht die Agitation etwas erschwert ist. (Zurufe: Sehr erschwert!) Täuschen wir uns nicht: das ist der Kernpunkt unserer ganzen Debatten, und ich brauche nur auf die Tatsache hinzuweisen: was hat denn die sozialdemokratische Partei groß und stark gemacht? Doch nur der Umstand, daß wir im Kampfe gegen die ganze Welt stehen, daß wir unsere Grundsätze im Volk vertreten und darüber keinen Zweifel gelassen haben, was wir mit unserem Endziel wollen, was wir in der Augenblickspolitik wollen. Gewiß ist die Behauptung richtig, daß unsere Genossen im Lande den bürgerlichen Parteien gegenüber Schwierigkeiten haben, daß ihnen Knäuel zwischen die Beine geworfen werden, wenn

ihnen gesagt wird: Eure Vertreter im Reichstag haben gegen diese direkte Steuer gestimmt. Aber, Genossen, wenn hier einmal die Theorie vom kleineren Uebel aufgestellt ist, dann muß ich sagen, ich halte es im Interesse unserer Partei und der Propagierung unserer Grundsätze und damit der Gewinnung des Proletariats für unsere Zwecke für das kleinere Uebel, wenn vielleicht durch eine nach unseren Grundsätzen gerechtfertigte Abstimmung Schwierigkeiten in der Agitation entstehen, als wenn wir, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, schließlich auf eine Bahn kommen, auf der es kein Halten gibt. (Bravo!) Genossen! Ich meine, daß diese Frage zwar ohne jede Erregung, aber auch grundsätzlich und nicht nur der bequemeren Agitation entsprechend erörtert werden muß. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, über meine Auffassung der Frage keinen Zweifel zu lassen. Aber die Frage ist ja, wie gesagt, gar nicht akut. Um was handelt es sich jetzt also? Ein Teil der Genossen fühlt sich beschwert darüber, daß zur Kenntnis gekommen ist, daß die Auffassung einiger Kollegen dahin gegangen ist, man hätte in dritter Lesung eventuell gegen die Steuer stimmen wollen. Daraus wird nun eine große Debatte mit teilweise persönlichem Einschlag gemacht. Ich kann also nur sagen, daß nach meiner Meinung die Frage gar nicht geeignet war, innerhalb der Partei diese Wellen aufzuwerfen, die in der Tat durch sie hineingebracht worden sind. (Sehr richtig!) Nun wende ich mich zu der Auffassung, die hier vielfach vertreten worden ist: man müsse unbekümmert um das, was geschehen ist, die Taktik in bezug auf direkte Steuern festlegen, es müsse ausgesprochen werden, daß die Fraktion auf alle Fälle verpflichtet ist, für direkte Steuern zu stimmen. Ich würde es für den größten Fehler halten, wenn die Partei sich dazu herbeiließe, Fragen, die in der Zukunft entschieden werden müssen, durch einen solchen Beschluß heute festzulegen. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann nichts Unpraktischeres, nichts Schädlicheres geben. Im Prinzip sind wir selbstverständlich dafür, daß für die direkten Steuern gestimmt wird, und wir werden diesem Prinzip folgen, wenn die Steuer, um die es sich handelt, und der Zweck, für den die Steuern verlangt werden, unseren Auffassungen entsprechen. Das aber festzulegen, wie das im einzelnen Falle sein soll, ist einfach unmöglich. (Sehr richtig!) Sie binden Ihrer parlamentarischen Vertretung die Hände, wenn Sie auf eine solche im Augenblick nicht einmal akute Frage hin Beschlüsse fassen, die für die Zukunft die Taktik der Fraktion in Steuerfragen festlegen sollen, ohne die Umstände zu kennen, in denen einmal solche Fragen an die Fraktion herantreten. Ich würde also dringend bitten, einen solchen Beschluß nicht zu fassen.

Nun noch ein paar Worte zu dem zweiten Vorwurf, daß die Fraktion keine Obstruktion gemacht hätte. Ach, Parteigenossen, ich wünschte von Herzen, daß die Genossen, die für eine Obstruktion bei der Vorlage plädierten, selbst im Reichstag gewesen wären. Ich habe die feste Überzeugung, Sie sind alle viel zu intelligent, viel zu gewandte Genossen, als daß sie nicht selbst der Auffassung beigetreten wären: in den gegenwärtigen Verhältnissen wäre der Versuch einer Obstruktion, allein von uns betrieben, ein Moment gewesen, welches weit entfernt davon, die erwarteten propagandistischen Folgen im Volke zu haben, uns einfach im Volke lächerlich gemacht hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe keine Zeit, das näher zu begründen, ich kann Sie aber versichern, daß wir diesen Gedanken sehr ernsthaft erwogen und versucht haben, alle an der Beseitigung der indirekten Steuern interessierten Parteien für diese Obstruktion zu gewinnen. Das ist unmöglich gewesen, und wir haben uns dagegen entschieden, in der sicheren Überzeugung, daß der Versuch der Obstruktion innerhalb weniger Stunden zu Boden geschlagen wäre, und haben beschlossen, im Rahmen der strengsten

Opposition durch Anträge und Reden alles aufzubieten, um das Unheil vom Lande abzuwenden. Wir haben von dem Mittel der Obstruktion abgesehen, nicht aus Mangel an Mut oder aus Mangel an Erkenntnis, sondern im Interesse der Partei, die wir nicht lächerlich machen wollten. (Lebhafte Bravo!)

Ulrich-Offenbach: Daß die Erörterung dieser Frage nicht überflüssig gewesen ist, beweist die Art, wie wir sie heute behandeln. Nachdem einmal im Lande die Aeußerungen kolportiert und erörtert wurden, die von Hoch, Emmel und Stadthagen für nötig gehalten waren, war es selbstverständlich ganz unvermeidlich, daß wir hier auf dem Parteitage Stellung zur Sache nahmen. Ich meine, daß die persönliche Erregung dabei vollständig aus dem Spiele bleiben soll. Beide Teile haben jedenfalls geglaubt, dem Interesse der Partei am besten zu dienen, und es fragt sich nur, ob die Erfahrungen der Menge der Parteigenossen, die im Lande unter den Gegnern zu arbeiten haben, ohne jede Bedeutung bleiben soll für die Partei, oder ob wir diese Erfahrungen beachten und ausnützen sollen. Ich gehöre auch zu denen, die in allererster Linie grundsätzliche Politik zu treiben entschlossen sind. Gerade daß wir grundsätzliche Politik treiben, das hat uns im Volke jenen Einfluß gebracht, den wir haben. Wären wir solche Wacklappen gewesen, als man nach den Aeußerungen einzelner Freunde glauben dürfte, dann wüßte ich nicht, wie es zu erklären sein sollte, daß die Massen des Volkes in jeder Not uns zuströmen. Sobald eine Situation entsteht, die brenzlich wird, dann laufen die Massen uns zu, trotzdem sie innerlich noch nicht zur Sozialdemokratie schwören, trotzdem sie keine Sozialdemokraten sind. Der Instinkt der Masse der Arbeiter, das Klassenbewußtsein, treibt sie zu uns, weil sie wissen, daß wir trotz aller Differenzen, die wir unter uns haben, doch die allerschärfste grundsätzliche Politik treiben. (Sehr richtig!) Daß diese Politik, die wir betreiben haben, die richtige ist, zeigt uns aber gerade wiederum der Verlauf der letzten Wahlen, denn bei diesen haben die Gegner selbstverständlich alle Veranlassung genommen, die Aeußerungen unserer Kollegen Stadthagen, Hoch und Emmel gegen uns auszunutzen. Noch in Stollberg-Schöneberg haben die National-liberalen ein Wahlflugblatt herausgegeben, worin sie sagen: was wollt ihr denn, die Sozialdemokraten sind ja eigentlich Gegner der Erbschaftsteuer, Gegner der Belastung der Reichen. (Zuruf: Das hat ihnen nichts genügt!) Gewiß, aber weshalb? Weil die Fraktion so vernünftig gehandelt hat. (Sehr richtig!) Wäre die Fraktion unvernünftig gewesen, hätte sie grundsätzliche Politik getrieben, dann wären diese Wortworte berechtigt gewesen. (Sehr richtig!)

Unser neuer Kollege Schöpflin hat ja die Möglichkeit gehabt, Auge in Auge den Gegnern gegenüber zu erklären, alles, was ihr da behauptet, ist erlogen; denn die amtlichen Protokolle des Reichstages zeigen deutlich und klar, daß das Gegenteil wahr ist, daß wir gegen die Belastung der Armen durch indirekte Steuern und für die Belastung der Reichen durch direkte Steuern gewesen sind. Und das ist der springende Punkt. Unser Programm verlangt, daß wir alle indirekten Steuern bekämpfen, dagegen die direkten Steuern, wo es möglich ist, unterstützen. Nun gebe auch ich zu, daß man sich fragen muß, ob man es angeht, das zu zwecken, für den die Gelder ausgegeben werden sollen, verantwortlich sein kann, für eine direkte Steuer zu stimmen. Man muß sich dann aber auch die weitere Frage vorlegen: Was wird geschehen, wenn ich die direkte Steuer ablehne? Und da muß ich antworten: dann wird die Folge sein, daß das, was ich den reichen Leuten schenke, den Armen aufgeschafft wird. (Sehr wahr!) Sobald ich aber sehe, daß es dahin kommt, daß ich den Armen belaste, wenn auch nur um einen Pfennig, dann sage ich: dazu gebe ich mich nicht her, falls nicht ganz besondere Umstände vorliegen. Wäre es infolge der Ablehnung der Erbschaftsteuer zur Auflösung des Reichstages gekommen, o

Genossen, das wäre ein lustiger Kampf gewesen, und der Deibel soll mich holen (große Heiterkeit), da wäre auch ich dabei gewesen. Aber es steht fest, daß die Auflösung nur dann gekommen wäre, wenn wir die Erbschaftsteuer durchgedrückt hätten. (Sehr richtig!) Darum waren wir eigentlich von Anfang an und ohne Ruh und Rast verpflichtet, für die Annahme der Erbschaftsteuer zu wirken. Denn nach deren Annahme wäre die Auflösung gekommen. (Lebebour: Woher wissen Sie das?) Ich weiß es genau so gut wie Sie. (Lebebour: Ich weiß es ja gar nicht! — Heiterkeit.) Halten Sie sich nur ernstlich unsere früheren Erfahrungen vor Augen. Wollten wir nicht allen Einfluß unter unseren eigenen Parteigenossen verlieren, dann mußten wir uns darüber klar werden, ob die Situation von vornherein so war, sich gegen direkte Steuern auszusprechen, und ich sage, die Situation war nicht so; sie war nicht anders als 1906. Ja, ich behaupte, nachdem wir 1906 in allen drei Lesungen für die Erbschaftsteuer gestimmt haben, waren wir 1909 in der Situation, daß wir uns nicht desavouieren durften. (Lebebour: Ach!) Ja, mit den Achs ist es nicht getan. (Lebebour: Ich werde Ihnen das nachher erklären!) Ich weiß ja, was Sie sagen wollen, aber das kann mich nicht belehren. Ich erinnere an einen anderen Vorfall, der zeigt, daß wir noch viel weiter gegangen sind, ich erinnere daran, daß gelegentlich der Flottenvorlage die Fraktion beantragt hatte, daß die Kosten von den Leuten mit einem Einkommen von mehr als 6000 Mk. erhoben werden sollen. (Zuruf: Sehr gut!) Und da frage ich Euch alle miteinander, wie konnten wir denn jetzt auf einmal sagen: Wir machen das nicht mehr mit? (Zuruf: Ausgezeichnet!) Nein, Genossen, wir haben nicht nötig, allzu radikal zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Allzu radikal macht schmal, genau wie allzu scharf scharf macht. Ich gehöre zu denen, die der Meinung sind, daß wir nach allen Seiten hin unseren Standpunkt im Parlament scharf zu wahren und für die Arbeiter herauszuholen haben, was wir können, unbeschadet unseres Endzieles der Sozialisierung der Gesellschaft. Alles was wir fordern, geht auf den Weg zur Sozialisierung (Sehr richtig!), und weil das der Weg ist, den wir beschreiten müssen, darum sage ich: Wenn wir solcher Räuberbande, wie die Mehrheit des Reichstages nun einmal eine ist, gegenüber erklären, diesen Raubzug auf die Massen der Armen lassen wir nicht zu, Euch wollen wir schröpfen, dann haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Mollenhuth: Zunächst muß auch ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß jetzt eine Taktik eingeführt ist, die bisher nicht üblich war. Die Interna der Fraktion zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion zu machen, war sonst nicht Brauch, und ich glaube auch nicht, daß das irgendwie der Tätigkeit der Fraktion zum Nutzen gereichen kann. (Sehr richtig!) Es kommen sehr oft Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Genossen vor, sehr oft sind Kommissionsmitglieder über diese oder jene Frage entgegengesetzter Meinung; sie rufen dann in der Regel die Fraktion zur Entscheidung an, die dann durch eine Entscheidung die Streitfrage erledigt. Das ist in den Jahrzehnten, seitdem ich in der Fraktion bin, usus gewesen, aber diese Meinungsverschiedenheiten zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion machen, heißt, durch nebensächliche, mehr persönliche Fragen einen Zwiepsack in die Reihen der Genossen hineintragen. (Sehr wahr!) Ich halte ein derartiges Verhalten für recht bedenklich, aber wir können es leider nicht hindern, und Genosse Emmel hat ja in Rücksicht gestellt, daß er diese von ihm geschaffene Neuerung auch für die Zukunft anwenden will. (Hörl hört!) Ich weiß nicht, wann diese Notwendigkeit eintritt. Bei der beschränkten Redezeit möchte ich nur auf einiges eingehen, was mit dazu beigetragen hat, die Frage zu verbunkeln. Es wird immer so dargestellt, als wollten diejenigen, die bereit wären, in dritter

Lesung für die Erbschaftsteuer zu stimmen, nun den Staat veranlassen, noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe zu beschaffen. Tatsächlich sind aber alle Parteigenossen bis zum letzten Mann darüber einig, daß sie jede Marine- und Militärvorlage mit allen Kräften bekämpfen. Jetzt stand nicht die Frage so: sollen 500 Millionen bewilligt werden für neue Soldaten und Kriegsschiffe oder nicht, sondern es sollten vergangene Bewilligungen bezahlt werden. Da heißt nun die Frage: wer soll sie bezahlen? Da gehe auch ich von dem Standpunkte aus: Will ich den Militarismus bekämpfen, so gibt es in Deutschland kein wirksameres Mittel, als wenn man es dahin bringt, daß die Reichen die Kosten bezahlen. (Sehr richtig!) Dann werden sie Gegner des Militarismus. Aber die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion waren gar nicht so groß, wie es hier dargestellt wird. (Sehr richtig!) Alle Fraktionskollegen waren einig darin, daß wir tun müßten, was wir könnten, um die Reichsfinanzreform zu verhindern, und ferner: wie können wir eventuell eine Reichstagsauflösung herbeiführen? Einzelne waren überzeugt nach den Erklärungen Bülow's, daß bei einer Ablehnung der Erbschaftsteuer die Finanzreform fällt und der Reichstag aufgelöst werden würde. Die Genossen haben sich geirrt. Andere Genossen waren der Meinung, wenn die Erbschaftsteuer angenommen werden würde, dann würden Konservative und Zentrum die indirekten Steuern ablehnen und dadurch die Reform zu Falle bringen. Man weiß ja nicht, ob diese Leute recht behalten hätten, aber die Anhänger dieser Anschauung sind nicht durch die Tatsachen widerlegt, wie jene, die glaubten, daß es durch die Ablehnung zur Auflösung kommen würde. Also in dieser Frage waren alle Parteigenossen im Reichstage bis auf den letzten Mann einig. Die Meinungen gingen nur darüber auseinander, welche Wirkung die Abstimmung nach der einen oder anderen Seite haben würde. Nun ist ja bereits vom Genossen Schmidt darauf hingewiesen worden, daß wir gar nicht nötig haben, uns für die Reichen so besonders zu begeistern und sie vor den Steuern zu bewahren. Emmel sagt: unsere Grundsätze gebieten, jede Steuer dem Reiche zu verweigern. Warum hat er denn aber nicht im vorigen Jahre, als die Resolution über die Reichsfinanzreform zur Debatte stand, eine Resolution beantragt, in der klar zum Ausdruck kommt, daß wir alle Steuern ablehnen sollen? (Sehr wahr!) In der Resolution des vorigen Jahres stehen wir auf dem Standpunkt unseres Parteiprogramms. Unser Programm ist nicht geändert. Also konnten auch die, die in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer stimmen wollten, die Grundsätze unseres Programms für sich in Anspruch nehmen.

Ob man mit der Annahme der Erbschaftsteuer die Auflösung des Reichstags erreicht hätte, ist eine andere Frage. Es gibt Genossen, welche der Fraktion den Vorwurf machen, daß sie keine Obstruktion getrieben habe. „Obstruktion“ ist ein ganz hübsches Wort, und wenn man hier und da, wenn man einmal eine Lücke in den Gedanken hat, die Worte einschleibt: „Treibt Obstruktion!“ so ist das eine hübsche Brücke, über die Lücke hinwegzukommen. Nun glaube ich wohl, daß Genosse Kautsky sich beim Schreiben seines Artikels und speziell bei dem häufigen Gebrauch des Wortes Obstruktion etwas gedacht hat, aber er sollte versuchen, das Wort „Obstruktion“ durch gute deutsche Worte zu ersetzen und uns mitteilen, wie er es sich dachte, mit Obstruktion einen Erfolg zu erzielen. Hier sind unsere österreichischen Genossen. Die können ein Lied davon singen. Oesterreich ist ja das Heimatland der Obstruktion. Man kann Ärger machen, das ist die gewaltigste Obstruktion. Durch Ärgermachen hätten wir aber unsere eigenen Redner am meisten gestört, denn nicht die Anhänger der Steuern redeten, sondern die meisten Reden wurden von den Gegnern der Steuern gehalten. Diese am Reden zu hindern, das will auch Kautsky nicht, denn er sagt, daß in Fällen der Obstruktion die Reden am meisten gelesen

werden. Die Dringlichkeitsanträge in Oesterreich sind ein sehr schönes Mittel, aber die deutsche Geschäftsordnung kennt sie nicht. Deshalb konnten wir keine solche stellen, und eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre uns auch nicht gelungen. Man kann Geschäftsordnungsdebatten in die Unendlichkeit ausdehnen. Dafür hat der Leg. Nichtbichler gesorgt, daß sie nur soweit möglich sind, soweit es der Präsident gestattet. Mit Erlaubnis des Präsidenten Obstruktion zu machen, wäre auch kein würdiges Schauspiel gewesen. Durch diese namentliche Abstimmungen kann man die Verhandlungen aufhalten. Diese haben wir in großer Zahl herbeigeführt. Wir haben sie mit Erfolg bei der Leg. Heinge angewendet, indem wir namentliche Abstimmungen beantragten, dann hinausgingen und dann das Haus beschlußunfähig machten. Aber das ging bei der Finanzreform nicht, weil der Schnapsbrot die absolute Mehrheit hatte und jeden Antrag annehmen konnte, wenn auch der letzte Nationalliberale mit hinausgegangen wäre. Da soll Kautsky uns sagen, was wir tun sollten. Wir wollen das in deutschen Worten hören. (Lebhafter Beifall.)

Burm: Ich will nur auf den grundsätzlichen Standpunkt verschiedener Redner hier eingehen. Man ist auf die Zeit eingegangen, wo auch ich dem Reichstag angehörte. Wir haben 1898 beim Flottengesetz verlangt, daß die Mittel von den bestehenden Klassen aufgebracht werden sollen. Wir wollten damals feststellen, wie weit der Patriotismus der bestehenden Klassen geht. Es war ein Schachzug, den die Partei sich damals leisten konnte. Wenn man heute den Gedanken weiterspinnt, wenn man sagt: aus den Taschen der bestehenden Klassen müßt ihr Schiffe bauen, fobiel ihr wollt, so ist das grundfalsch. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, daß der Militarismus gestärkt wird. Bei Bewilligung von Steuern muß auch der Verwendungszweck ins Auge gefaßt werden. Wenn man uns jetzt sagt, mit Rücksicht auf die Agitation dürft ihr nur das und das tun, so schlägt man dem ins Gesicht, was wir bisher stets getan haben. Wir haben niemals gefragt, in welche Gesellschaft wir geraten, wenn wir von unseren Grundsätzen aus gegen irgendeine Vorlage stimmen. Haben wir nicht erst 1906 mit den Pfaffen gegen die Kolonialpolitik gestimmt und dadurch die Auflösung des Reichstages herbeigeführt? Ist es überhaupt ein Arm-in-Arm-gehen, wenn man von verschiedenen Standpunkten aus auf ein gleiches Ziel losgeht? Haben wir nicht 1902 gegen den Zolltarif gestimmt ebenso wie die Ueberagrarien, denen der Wuchertarif noch nicht weit genug ging? Wir haben auch mit verschiedenen bürgerlichen Parteien gegen verschiedene Gesetze gestimmt, z. B. 1891/92 gegen die Arbeiterschutznovelle, die Gewerbegerichts-Novelle, die Arbeiterversicherung usw., ohne zu fragen, welche anderen Parteien auch dagegen stimmten, selbstverständlich nicht aus denselben Gründen wie diese, sondern weil wir es mit unseren Grundsätzen nicht für vereinbar hielten, für etwas einzutreten, was wir für ungenügend oder verderblich erkannten. Ich glaube es schon, daß die Agitation dadurch erschwert ist in Bezirken, die noch nicht aufgefäkt sind, aber wenn unsere Partei jemals sich von der Schwierigkeit, den „dummen Kerl“, den Unterstand der Massen aufzuklären, hätte zurückschrecken lassen, dann hätten wir nicht hier. Dann hätte Ferdinand Lassalle 1863 nicht den Arbeitern sagen dürfen, sie müßten sich lösen von den bürgerlichen Parteien, denn damals sprachen diese noch viel von Freiheit und der größte Teil der Arbeiter glaubte ihnen. Wir haben nicht zu fragen: wie groß ist die Dummheit der Massen, sondern: in welcher Weise beseitigen wir, was uns im Wege steht, wie werden wir das Klassenbewußtsein der Arbeiter? Damit können Sie auch bei dem Zentrumswähler Erfolg erzielen, aber nicht damit, ob 50 oder 100 Millionen von den anderthalb Milliarden indirekter Steuern auch von

der bestehenden Klasse getragen werden. Die Bewilligung direkter Steuern durch die bestehende Klasse ist kein Schritt in den Zukunftsstaat, keine Sozialisierung der herrschenden Gesellschaft. England hat schon längst direkte Steuern und ist durchaus nicht auf dem Wege zur Sozialisierung der Gesellschaft. Die herrschende Klasse achtet Steuern, weil sie an der Erhaltung des Klassenstaates, an Militarismus und Marinismus interessiert ist. Je mehr die indirekten Steuern gewachsen sind, um so mehr wird es der herrschenden Klasse unmöglich, neue einzuführen und so alle Lasten auf die anderen abzuwälzen. Sie ist gezwungen, einen Teil der Lasten selbst zu tragen, und sie übernimmt sie wie andere Geschäftskosten; für den Klassenstaat, der ihre Geschäfte besorgt, muß sie eben auch einen Teil dieser Geschäftskosten tragen. Darüber kommt jetzt keine herrschende Klasse mehr hinweg. Das brachte ja Bülow zur Verzweiflung, daß die herrschenden Klassen nicht begriffen, daß sie einen Teil dieser Geschäftskosten bezahlen müßten. Und wir sollen blind darauf los eine Steuer bewilligen, bloß weil sie eine direkte Steuer ist? (Widerspruch.) Ja, es handelt sich doch darum, daß durch die Lasten für den Militarismus und Marinismus dieses Defizit entstanden ist, für dessen Deckung wir hier sorgen sollten. Wir hätten durch unsere Zustimmung nur erreicht, daß dem „dummen Ael“ gesagt werden konnte: Sehen Sie, wir reichen Leute tragen auch zu den Kosten bei, (Lebhafte Zustimmung. Ausruf: So dumm sind doch die Leute nicht!) Wir würden zu einer Verschleierung der Tatsachen beitragen, wenn wir der herrschenden Klasse dabei helfen würden, dem Volke einzureden, daß sie auch zu den Staatslasten beitragen. Nein — für uns ist in erster Linie maßgebend nicht die Form der Steuer, sondern der Zweck, für den sie verwendet werden soll. Nehmen wir ein drastisches Beispiel, nehmen wir an, daß die herrschenden Klassen sich eine Knüppelgarde nach Art der „schwarzen Bande“ halten wollen, um die Gewerkschaftsbewegung niederzuknüppeln, und daß sie diese „schwarze Garde“ bezahlt durch direkte Steuern. Sollen wir dann auch dafür stimmen, weil die Steuer eine direkte ist? Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, zu welchem Zweck die Steuern gebraucht werden. Sonst kommen wir auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Halten gibt. (Sehr richtig!) Auch die Ansicht, wir müßten stets für das kleinere Uebel stimmen, halte ich für nicht richtig. Betrachten Sie z. B. die Vorgänge bei dem neuen Branntweinsteuergesetz. Genosse Südemum hat es hier als für die Arbeiter vorteilhafter gepriesen, daß an Stelle des von der Regierung vorgeschlagenen Branntweinmonopols das Gesetz des Schnapsblocks trat. Nun hätte aber das Monopol den Trinkbranntwein belastet mit 220 Millionen Mark Aufschlag für den Staat und 50 Millionen Mark neue Liebesgabe für die Brenner, im ganzen mit 270 Millionen Mark. Auf den Liter Schnaps wäre dann im ganzen eine Verteuerung von etwa 40 Pf. gekommen. Das neue Gesetz sichert nicht nur, wie im Bericht der Fraktion gesagt wird, den Brennern die alte Liebesgabe von 50 bis 60 Millionen Mark, sondern bringt durch die Kontingentierung des denaturierten Spiritus und die Betriebsanlage eine neue Liebesgabe von 50 Millionen Mark, dazu kommen 30 Millionen Mark Prämien für die Denaturierung, was ebenfalls der Trinkbranntwein zahlen muß, ferner 17 Millionen Mark Erhebungskosten und 220 Millionen Mark Verbrauchsabgabe, so daß das neue Gesetz im ganzen 367 Millionen Mark Verteuerung des Trinkbranntweins bringt. Dadurch wird jetzt der Liter Schnaps um 60 Pf. verteuert, während er bisher um 30 Pf. und bis 1887 nur um 5 Pf. verteuert war. Sollten wir nun etwa, gemäß der Theorie vom kleineren Uebel, für das Branntweinmonopol stimmen, weil es den Branntwein weniger belastet als das neue Gesetz, wenn wir unsere Abstimmungen nur von der Höhe der Belastung der Arbeiter abhängig machen sollten? Nein — wir

haben grundsätzlich alles abzulehnen, was den Klassenstaat kühlt, und keinen Pfennig Steuer für diese Zwecke des Klassenstaates auszugeben. Wir müssen uns bekennen zum Klassenkampf, zum Kampf gegen die jetzige herrschende Gesellschaft. (Lebhafte Beifall.)

Frank-Mannheim: Parteigenossen! Der Genosse Burm hat gesprochen vom Unverstand der Massen und es auf diesen Unverstand zurückgeführt, daß so viele Leute draußen im Lande für die Erbschaftsteuer eintreten. Nein, es ist kein Unverstand, sondern ein klassenbewußtes Empfinden, wenn die Arbeiter für die Erbschaftsteuer sind. Unmittelbar nach der zweiten Lesung ist von einem Spatzvogel bei uns gesagt worden: „Jetzt können wir anfangen, in der Partei darüber zu streiten, was wir in der dritten Lesung hätten machen sollen.“ Die Kollegen lachten; denn für so dumm hat keiner die Parteigenossen gehalten, daß wir uns nachträglich um die Früchte unserer Arbeit bringen sollten. Ein Staatsrat von Weimar hat einmal gesagt: „Es ist nichts schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen.“ Das trifft zu, wenn wir jetzt nachträglich uns die Freude an der politischen Situation berekeln wollen, und gewisse Leute können es anscheinend nicht vertragen, wenn wir Erfolge haben, wenn unser Einfluß auf die Massen immer mehr wächst. Wir zerbrechen uns jetzt den Kopf darüber, was bei der dritten Lesung, die es nicht gab, hätte geschehen sollen. Darin hat Hautsch recht: die Berechtigung zu einer derartigen Debatte wäre nur dann gegeben, wenn wir erklärten, daß wir eine Nichtsahnur für künftige Fälle haben wollen. Genosse Singer hat aber schon aus den Erfahrungen der Praxis heraus es zurückgewiesen, daß wir uns festlegen könnten für alle Fälle, die uns nicht bekannt sind, für Situationen, die zunächst nur in der Phantasie existieren. Es ist einfach undenkbar, daß eine Partei sich für alle Zeit an Händen und Füßen binden läßt. Singer hat dann für seine Person erklärt, daß er in der Fraktion gegen die Annahme der Erbschaftsteuer in dritter Lesung gestimmt hätte. Seine Gründe sind aber nicht zutreffend. Ich glaube, bei keiner Steuer wird diese Begründung so in sich selbst zusammenfallen, wie bei der Erbschaftsteuer. Die Erbschaftsteuer ist doch zweifellos eine Steuer, die nur im kapitalistischen Staat erhoben werden kann. Wir wissen nicht, wie die Zukunftsgesellschaft aussehen wird, aber darin sind wir uns alle einig, daß in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft es ein kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln und ein Privateigentum nicht mehr geben wird. (Sehr gut!) Also, wenn die Forderung der Erbschaftsteuer im Programm einen Sinn hat, dann kann sie nur bedeuten, daß wir im kapitalistischen Staat, im Klassenstaat, die Erbschaftsteuer verlangen. Um diese Schlussfolgerung kann sich niemand herumdrücken, der den Tatsachen ins Auge sieht. Wenn wir aber sagen, wir dürfen dem kapitalistischen Klassenstaat wegen des Verwendungszweckes keine Mittel bewilligen, auch wenn die Form der Erhebung uns zusagt, so heißt das, ins Deutsche übersetzt, unsere Forderung der Erbschaftsteuer meinen wir nicht ernst. (Sehr wahr!) Wenn wir dem heutigen Staat entgegengetreten und rufen, wir verlangen eine Erbschaftsteuer, dann dürfen wir, sobald die Sache ernst wird, nicht erklären, daß uns der Verwendungszweck nicht paßt, und daß wir dem kapitalistischen Staat nichts bewilligen, denn dann müßten wir ja alle Forderungen aus dem zweiten Teil unseres Programms, die sich auf direkte Steuern beziehen, streichen. (Sehr gut!) Wir können unmöglich sagen, diese Forderungen gelten erst für später, wenn das heutige System gestürzt ist, denn das wäre ein Unsinn, und deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, daß wir unter Umständen auch einer kapitalistischen Regierung neue Steuern bewilligen dürfen und müssen, weil das im Programm steht. (Sehr richtig!) Es gibt keinen

einzigsten hier im Saale, der der Meinung ist, wir müßten ohne Rücksicht auf die Situation einfach jede Steuer in jedem Augenblick bewilligen. Jeder vernünftige Mensch verlangt, daß die politische Situation geprüft wird. Mit der Begründung, daß der Verwendungszweck entscheidend sei, kommen wir nicht weiter, weil im kapitalistischen Staat die Verwendungszwecke im wesentlichen immer solche sind, die den kapitalistischen Staat stützen sollen. Wurm hat auch zurückgegriffen auf das unbequeme historische Beispiel, das Ulrich vortragen hat, und er hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, zu meinem großen Bedauern gesagt, daß sei damals nur ein „Schachzug“ gewesen. (Webel: Nicht! Sehr ernst!) Wenn wir damals beantragt haben, daß die Hunderte von Millionen für Heeres- und Flottengzwecke von den besitzenden Klassen aufgebracht werden sollen, so war das kein Schachzug, sondern es war der ernste Versuch, den herrschenden Klassen die Lasten aufzubürden. (Lebhafte Zustimmung.) Und Wurm wird wissen, daß dieser angebliche Schachzug sogar Erfolg gehabt hat. Wir haben damals beantragt, daß die Kosten der Flottenvorlage aufgebracht werden sollen durch direkte Steuern; das taten wir ohne Scheu vor den Verwendungszwecken. Das Zentrum hat, wie es seine Art ist, diesen Antrag verwässert, und daraus den § 6 des Flottengesetzes gemacht, wonach die Kosten für die Flotte nicht durch neue indirekte Steuern auf Lebensmittel aufgebracht werden dürfen. (Sehr richtig!) Wäre der § 6 eingehalten worden, dann wäre dieser angebliche Schachzug, von dem Wurm mit so wenig Achtung sprach, geeignet gewesen, die Arbeiterklasse zu entlasten, und wenn unser Antrag angenommen wäre, dann hätten wir uns damit ein Verdienst um die Arbeiterklasse erworben. Singer hat gefragt, was hat uns denn groß gemacht? und er hat gemeint, groß gemacht hat uns draußen die Propaganda unserer sozialistischen Zukunftsziele. Es ist wahr, das hat Millionen von Menschen geweckt, und sie hingewiesen auf Ziele, die über ihr enges Dasein hinauszeigen, aber gegenwärtig macht uns groß und gibt uns einen festen Sitz in den Herzen der Massen die praktische Arbeit, die wir geleistet haben, und die wir weiterleisten wollen. (Lebhafte Beifall.)

Albert-Breslau: Den offiziellen Stellen der Partei ist zum Vorwurf zu machen, daß sie die Erregung über den Raubzug der Agrarier über die niederträchtigen Mogeleyen in der Kommission und im Plenum nicht in die richtigen Bahnen geleitet und nicht zum richtigen Ausdruck gebracht haben. Denn vorhanden war diese Erregung. Deutsche Arbeiter steigen nun einmal nicht gleich auf die Straße, deshalb sind wir ja da, die wir in der Presse usw. dieser Erregung Ausdruck geben müssen. Wenn die Fraktion schon meinte, keine Obstruktion treiben zu wollen, dann hätte sie mehr an das Volk appellieren sollen. Davon nimmt die ganze in- und ausländische Presse Notiz. Wenn wir 2000 Versammlungen im Reich abhalten, das wird ignoriert in der bürgerlichen Presse, und ebenso unsere Resolutionen, aber wenn die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit voller Namensunterschrift aller Mitglieder eine Proklamation an die Wählerschaft erläßt, einen „Aufruf an ihr Volk“, das wird in der ganzen Welt verbreitet, da wird auch der Indifferente darauf gestoßen, daß etwas los ist. Robert Schmidt ließ durchblicken, seinemwegen könnten die besitzenden Klassen so viele Kriegsschiffe und Kanonen bauen, als sie wollten, wenn sie dieselben nur aus ihren Taschen bezahlen. (Zuruf: Unsinn! Hat er nicht gesagt!) Gewiß hat er es gesagt, wie das Stenogramm nachweist! (Viele Zurufe: Sehr richtig! Widerspruch.) Er hat es gesagt und es paßt auch ganz in den Rahmen seiner revisionistischen Anschauungen hinein! Aber dagegen lehnen wir uns auf. Auch wenn es die Reichen aus ihrer Tasche bezahlen, werden die Schießprügel ebenso gegen Vater und Mutter, gegen die Wahlmännchen gerichtet wie jetzt, wo wir die Schießprügel be-

zahlen müssen. Mit Kriegsschiffen, die die Reichen bezahlen (wenn sie sie bezahlen!) werden ebenfotig Kriegsbenteuer begewt wie heute! Jedenfalls danken wir auch dafür, daß auf Kosten der Reichen die Wahlmännchen mit Kanonen regaliert werden.

Robert Schmidt (persönlich): Albert hat eine Aeußerung von mir in rein demagogischer Weise gegen mich ausgenutzt. Jeder Parteigenosse, der den Zusammenhang meiner Rede gehört hat, hat eine andere Schlußfolgerung gezogen als Albert. Ich glaube, in die Verlegenheit wird Albert und ich nicht kommen, daß die besitzende Klasse aus ihrer Tasche Kriegsschiffe baut, und deshalb war meine Redewendung nur eine Uebertreibung, mit der ich gerade diejenigen Parteigenossen ad absurdum führen will, die bei der Erbschaftssteuer diesen Standpunkt vertreten.

Von der dänischen Sozialdemokratie ist folgendes Begrüßungstelegramm eingegangen:

Die dänische Sozialdemokratie sendet brüderliche Grüße und Glückwünsche zu Eurem Parteitag. Ebenso wie die Arbeit, welche vor beinahe einem halben Jahrhundert in Leipzig ihren Anfang nahm, von größter Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie gewesen ist, wird die Arbeit, welche Ihr in diesen Tagen ausführt, ohne Zweifel auch zur Kräftigung der internationalen Sozialdemokratie beitragen. Glückauf mit Eurer Arbeit zur Befreiung der Arbeiterklasse! Hoch der Sozialismus! Sigvald Olsen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

## Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 15. September 1909. — Vormittags-Sitzung.

Ripinski eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung, daß von einer Volksversammlung in Stralau ein Schreiben eingegangen ist, worin der Beschluß des Parteitages zum Schnapsbohhott beggrüht wird.

In der Fortsetzung der Debatte über den Parlamentarischen Bericht erhält das Wort

Richard Fischer-Berlin: Das Schauspiel, das unsere gegenwärtigen Debatten über unsere taktische Haltung in der Frage der Finanzreform und unsere Zustimmung zur Erbschaftssteuer hier bietet, ist ein ganz eigentümliches. Alle Parteien im Reich beneiden uns um die überaus günstige politische Situation, in der wir uns befinden. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande brennen förmlich darauf (Sehr richtig!), diese günstige Situation auszunutzen und die Scharte wieder auszuweken, die wir 1907 erlitten haben. (Sehr richtig!) Alle Nachwahlen, die stattgefunden haben, sind ein glänzendes Zeugnis für das Wachsen unseres Einflusses auf die Massen, ein Anwachsen, das unmittelbar zutage tritt, nachdem unsere Stellung zur Finanzreform und Erbschaftssteuer gleichsam Gemeingut der öffentlichen Meinung geworden ist. (Sehr richtig!) Und wir, das Parlament der Arbeiter, wissen nichts Besseres zu tun, als uns hier herumzuströmen um ungelegte Eier (Lebhafte Zustimmung.): Was hätte die Partei tun sollen, was hätte sie getan, wenn die dritte Lesung gekommen wäre? Das erinnert mich an die Scherzfrage, ob der Hund den Hasen gefangen hätte, wenn er nicht den bekannten Aufenthalt auf dem Wege gehabt hätte. (Große Heiterkeit.) Parteigenossen, ich meine, wenn man die Dinge unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, dann sollte man doch ruhig werden und sich fragen, ob wir mit

solchen Debatten auf dem richtigen Wege sind. (Sehr richtig!) Das allein ist noch nicht das Wunderbarste. Das Wunderbarste ist, daß Partei und Fraktion im Grunde darüber einig sind, daß unsere Zustimmung in der zweiten Lesung zur Erbschaftsteuer prinzipiell richtig, taktisch notwendig war. Und noch etwas Nettos ergibt sich hier. Die sog. Revisionsisten, denen man sonst nachgesagt hat, daß sie in bezug auf die Durchführung der Programmforderung nicht ganz stubenrein seien, (Weiterkeit.) sind hier in der glücklichen Lage, für ihren Standpunkt sich auf das Programm berufen und stützen zu können, und die sogenannten Radikalen, die sonst das Programm als heiliges Palladium zu schützen sich berufen sehen, müssen, wenn sie es hier für sich in Anspruch nehmen, es erst wieder einmal definieren und kommentieren. (Sehr gut!) Und dann ist auch wieder von besonderem Interesse, daß das Zentralorgan der Partei im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung unmittelbar vor dem Parteitage, nachdem so ein paar — ich weiß ja nicht, ob man so sagen darf — ein paar Wänjerische der Fraktion das Kapital gerettet haben (Große Weiterkeit), plötzlich eine Frontberänderung macht in bezug auf die Beurteilung der Tätigkeit der Fraktion, und diese Frontberänderung eröffnet mit einer Kanonade auf den Parteivorstand und die Fraktion, die schließlich in dem Vorwurf gipfelt, daß noch niemals in einer schwierigen Situation Fraktion und Parteivorstand dümmere, unfähigere, feiger gewesen seien. Parteigenossen, das mag ja ein Zeichen von großer Kraft sein, daß man der Partei solche Rostkuren zumuten und diese sie aushalten kann (Sehr wahr!), ob es aber unser Ansehen als größte politische Partei im Reich stärkt und ob es ein Zeichen von besonderer politischer Reife ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. (Zuruf: Wer hat es aber auch geschrieben!) Daß die Redaktion es nicht geschrieben hat, darüber brauchen wir uns ja nicht zu wundern. (Weiterkeit.) (Hoch: Das ist nun eine ganz sachliche Debatte!) Das muß man auch sagen, mein lieber Hoch. Es ist gewiß gleichgültig, wenn irgend ein X oder Y einen solchen Artikel schreibt, das Recht hat jeder, sich zu blamieren, so gut er kann, das braucht man nicht tragisch zu nehmen, aber das wesentliche liegt darin, daß das Zentralorgan der Partei solche Artikel ohne Reserve, gleichsam offiziell in dem Blütenbündel bringt, das es dem Parteitage widmet. Das muß den Anschein erwecken, als wenn das eine offizielle Stellungnahme des Zentralorgans ist. Wenn das Wort Zentralorgan einen Sinn haben soll, so doch bloß den, daß in diesem Organ die Auffassung zum Ausdruck und zur Verteidigung gelangt, die eben Gemeingut der Partei ist. Deshalb müssen wir eben gegen solche Artikel im Zentralorgan, wenn sie unmittelbar vor dem Zusammentreten des Parteitages erscheinen, protestieren und erklären: das ist nicht die Meinung der Partei, das ist die Meinung des einzelnen. Und wenn es, nebenbei gesagt, wie hier ein Ausländer, wie Karsti ist, so hebt das wirklich nicht die Bedeutung des Artikels bei aller Sympathie für die Internationalität. Ich würde es mir nie anmaßen, über belgische, französische, englische oder russische Fraktionsverhältnisse zu urteilen und solche Vorwürfe zu erheben! (Sehr gut!) Man muß nur hören, was da für Vorwürfe erhoben werden:

„In der Tat heißt es, es gibt wohl wenige Genossen, die von unserer Aktion in der Zeit vom April bis August befriedigt waren. Es war eine gewisse Müdigkeit bemerkbar (Lachen), ein Ueber-sich-ergehen-laffen, das zum Glück nicht zu unserer Geflogenheit gehört. Das ist nicht Schuld der Fraktion, allein, andere Parteinstanzen tragen die Schuld mit“ — damit meint er den Parteivorstand —, „aber auch die Fraktion hat ihr Teil dazu beigetragen. Die Parole, unter der wir agitieren mußten, war: gegen die 400 Millionen Mark Verbrauchssteuer.“

Parteigenossen, das steht im Zentralorgan, dem „Vorwärts“, der während der ganzen Zeit, von April bis August, in der Lage war, tagtäglich zu konstatieren, wie in Hunderten, ja Tausenden von Versammlungen gegen die Verbrauchssteuer protestiert wurde, wie viele Millionen Flugblätter wir dagegen verbreitet haben. Die ganze Agitation im ganzen Reich ging ausschließlich unter dem Gesichtspunkt: gegen den Raubzug, gegen die 400 Millionen indirekter Steuern, und dann wird ein paar Tage vor Zusammentritt des Parteitages im Zentralorgan der Partei erklärt: die Fraktion, die Parteinstanzen haben ihre Pflicht nicht erfüllt!

„Indem die Fraktion,“ heißt es weiter, „sich verleiten ließ, den kleineren Rand zwischen den Junkern und ihren freistimmigen Lakaien um die Erbschaftsteuer in den Vordergrund zu schieben, hat sie dazu beigetragen, den Glanz unserer Agitation abzuschwächen.“

Es ist traurig, daß man über solchen Dreck noch reden muß. (Sehr wahr!) Und schließlich hat sogar die wissenschaftliche Revue der Partei in dasselbe Horn geblasen. Nachdem Kautsky von der Obstruktion gesprochen hatte, über die ich kein Wort mehr rede, nach dem, was Singer und Mollenbuhr darüber ausgeführt haben, sagt die wissenschaftliche Revue: „Aber welche gewaltigen programmatischen Erfolge hätte sie erzielt, wenn sie als die einzige Partei erschienen wäre, die alles aufbot, um die Belastung des Volkes mit der halben Milliarde neuer Steuern zu hintertreiben“. Vielleicht sagt uns Kautsky nachher, welche andere Partei alles aufgeboten hat, um die Belastung des Volkes mit der halben Milliarde neuer Steuern zu hintertreiben. (Sehr gut!) Bisher war ich der Meinung, daß wir allein es gewesen wären, die alles aufgeboden; die Belastung des Volkes mit einer halben Milliarde neuer Steuern zu hintertreiben, und daß wir alles in Bewegung gesetzt haben, um das nach außen deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Nebenbei: Man kann eben nicht von April bis August Tag für Tag das Volk in Enttäuschung halten, um so weniger, da die Regierung die kluge Taktik verfolgt hatte, bereits im Herbst den ganzen Plan zu enthüllen, damit, wenn es dann zur Entscheidung komme, der Widerstand schon möglichst abgeschwächt wäre. Also, was die Partei, was die Presse, was die Fraktion sowohl wie der Parteivorstand tun konnten an Agitation gegen die 400 Millionen Mark indirekter Steuern, das ist geschehen. Soll der Parteitag wirklich un widersprochen solche Dinge hingehen lassen? Weil ich der Meinung bin, es wäre geradezu ein Verbrechen an der Partei, wenn man nicht protestieren sollte gegen diesen politischen Unverstand, Doktrinarismus und Fanatismus, deshalb habe ich das zur Sprache gebracht. — Genau so ist es mit unserer Stellung zu den direkten Steuern. Nach allem, was gesagt worden ist, braucht man darüber nicht mehr zu reden, daß wir mit unserer Stellungnahme in der zweiten Lesung das getan haben, was die Vergangenheit und die Zukunft der Partei erforderlich ist. (Hoch: Sehr richtig!) Ja, wenn das der Fall ist, mein lieber Hoch, wenn wir in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer stimmen durften und angesichts der politischen Situation dafür stimmen mußten, ist es dann Parteiverrat, wenn andere sagen, wir wollen warten, ehe wir in dritter Lesung definitiv Nein oder Ja sagen, bis die politische Situation so klar ist, daß wir ein richtiges Urteil fällen können? Ich konstatiere hier abermals, die Fraktion hat sowohl in der Sitzung, in welcher Singer seinen Auftrag erhielt, im Namen der Fraktion bei der ersten Lesung zu sprechen, wie auch bei der Beschlußfassung über die Stellungnahme in zweiter Lesung beschlossen, die Entscheidung über die Frage, wie wir in der dritten Lesung stimmen würden, anzusehen, und zwar deshalb, um abzuwarten, wie bis dahin die politische Situation sich für uns darstelle. (Sehr wahr!) Wenn

man hier herkommt und sagt, die Grundlinien der Steuerpolitik müssen vom Parteitag jahrelang vorher festgelegt werden — ja, was für dumme Kerle sind wir dann doch alle zusammen in der Fraktion; wir waren uns von acht zu acht Tagen nicht darüber klar, welche Schritte wir tun müßten, wir wollten erst abwarten, welche Schritte die anderen Parteien tun würden, welche politischen Intrigen sich vollziehen; wir wollten durch unsere Haltung erreichen, daß die Entscheidung der Frage vor die Wähler gebracht werde. Dazu gab es kein anderes Mittel als abzuwarten, sich für die dritte Lesung die Entscheidung vorzubehalten und in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer zu stimmen. Nachdem auf der einen Seite Sydow erklärt hatte, jede Finanzreform ohne Erbschaftsteuer ist für die Regierung unannehmbar, und nachdem auf der anderen Seite Konservativ und Zentrum erklärt hatten, für sie sei die Erbschaftsteuer unannehmbar, war es für jeden vernünftigen Politiker klar, daß eine Auflösung nur zu erwarten war, wenn die Erbschaftsteuer angenommen wurde. Dann konnten Konservativ, Zentrum und Polen nicht mehr für die indirekten Steuern stimmen, weil sie der Regierung die Finanzreform mit der Erbschaftsteuer nicht bewilligen wollten. Das Zentrum wollte die Regierung stürzen aus Mache, und die Konservativen aus Angst vor der preussischen Wahlreform. (Sehr richtig!) Deshalb mußte Bülow gehen. Bülow konnte nur gestürzt werden, wenn die Finanzreform verteidigt wurde. Daher mußten wir Sozialdemokraten diejenige Abstimmung herbeiführen, die die Erbschaftsteuer zur Annahme brachte, weil wir dann allein in der Lage waren, gemeinsam mit Zentrum, Polen und Konservativen gegen die indirekten Steuern zu stimmen und damit die ganze Finanzreform zum Scheitern zu bringen. Ob die Situation sich so gestalten würde, konnte man nicht voraussehen. Deshalb mußten wir uns die Abstimmung überdenken. — Nur noch eins. Wie ist unsere Stellung zu direkten Steuern überhaupt? Kautsky macht es sich sehr leicht. Er sagt, die Frage ist die, ob wir unter allen Umständen direkte Steuern zu bewilligen haben, es gäbe solche, die das meinen. Ich kenne keinen, der so dumm ist und sagt drei, vier, zehn Jahre voraus: Ich will unter allen Umständen für direkte Steuern stimmen. Weiter sagt Kautsky, wenn man für direkte Steuern ist und dabei sich auf unser Programm beruft, so ist das nur möglich, wenn man dahin strebt, indirekte Steuern durch direkte Einkommens- oder Besitzsteuern zu ersetzen. Schön, ich stelle mich einmal auf diesen Boden, wo bleibt aber dann der Genosse Burm, der zweite Redakteur der „Neuen Zeit“ mit seiner Theorie, daß wir direkte Steuern schon des Zweckes wegen nicht bewilligen dürften. Kautsky selbst widerlegt sich ein paar Zeilen später, indem er sagt: „Da ist doch unsere erste Pflicht die, zu trachten, jede Finanzreform, jede Steuererhöhung zu vereiteln, selbst in dem gar nicht in Betracht kommenden Falle, daß die Steuer technisch vollständig den Anforderungen unseres Programms entspräche“. Nun frage ich einen Menschen: wo ist ein Politiker so naiv, in anderen Parteien, außer bei uns, daß er der Regierung eine Blankovollmacht ausstellt gegen die Partei, indem er sagt, daß wir unter allen Umständen, selbst wenn die Regierung Vorschläge bringt, die genau unseren Programmforderungen entsprechen, dagegen stimmen würden. Das heißt doch der Regierung geradezu den Weg ebnen, um bei den Massen den Anschein zu erwecken, als seien wir gewissenlose Politiker (Sehr gut!), die nur die einseitigsten Partei-, nicht aber die Arbeiterinteressen vertreten. Das widerspricht unserer Haltung, wie wir sie immer eingenommen haben. Gestern hat es Genosse Nebel bereits Genossen Burm zugerufen, als dieser sagte, unsere Forderung direkter Steuern als Ersatz für indirekte beim Flottengesetz sei nur ein taktischer Schachzug gewesen — nein, hat Nebel gerufen, das war

unser bitterster Ernst! Die Fraktion wird wie bisher auch in künftigen Fällen genau so handeln, zum Wohl und im Interesse der Partei, und die Früchte werden wir bei allen Wahlen ernten! Und wenn hier wieder einmal von Wahlpolitik im Gegensatz zur Grundgesetzpolitik gesprochen worden ist, so habe ich darauf nur zu erwidern: Diese Reden habe ich vor zwanzig Jahren schon gehört, und ich fürchte, ich höre sie nach zwanzig Jahren wieder. Schließlich hat die ganze Partei von jeder Wahlpolitik gemeinsam mit Grundgesetzpolitik gemacht und ist dabei groß geworden. (Lebhafte Beifall.)

Gsch. Hanau: Ich bestreite, daß die Debatte, die ich hier veranlaßt habe, eine Debatte über ungelegte Eier sei. (Sehr richtig!) Nein, Sie können uns wirklich zutrauen, daß es nicht unsere Absicht ist, hier ein nutzloses Geschwätz herbeizuführen. (Frank ruft: Aber die Wirkung?) Nein, auch das nicht. Die Frage, die ich angeschnitten habe, ist die: welche Stellung hat unsere Partei zu einer Vorlage zu nehmen, durch die wieder 100 Millionen direkte Steuern und 400 Millionen indirekte Steuern gefordert werden; bei der also die direkten Steuern nur das Sprungbrett für die indirekten Steuern sind? Sollen wir in einem solchen Falle für die geforderten indirekten Steuern stimmen ohne jede Rücksicht auf die geforderten indirekten Steuern? Vor diese Frage sind wir bei der nächsten Finanzreform wiederum gestellt, und die kann sehr bald wieder auf der Tagesordnung des Reichstages stehen. Bei der Beantwortung dieser Frage mitzuwirken, ist fraglos das Recht und die Pflicht des Parteitages.

In Erstaunen hat mich gesetzt, daß ein so erfahrener Parlamentarier, wie Genosse Fischer, unsere Abstimmung in der zweiten Lesung der Erbschaftsteuervorlage als bindend hinstellt auch für unsere Gesamtabstimmung in der dritten Lesung. In der zweiten Lesung gibt es keine Abstimmung über die ganze Vorlage, sondern nur eine Abstimmung über jeden einzelnen Paragraphen der Vorlage. Wir haben daher auch in der zweiten Lesung der Erbschaftsteuervorlage nicht etwa für alle Paragraphen, sondern nur für die Paragraphen der Vorlage gestimmt, die wir für eine Verbesserung des jetzigen Erbschaftsteuergesetzes halten; die anderen Paragraphen der Vorlage haben wir bekämpft und sie sind gegen unsere Stimmen angenommen worden. Aus dieser Abstimmung in der zweiten Lesung ergibt sich doch durchaus nicht die Verpflichtung, daß wir in der dritten Lesung für die ganze Vorlage stimmen müssen.

Auf alles weitere, was Genosse Fischer gesagt hat, gehe ich nicht ein, da es mit der Frage, die ich angeschnitten habe, in keinem sachlichen Zusammenhang steht, und ich mich hüte, die Zeit des Parteitages hier für persönliche Differenzen in Anspruch zu nehmen.

Gestern haben mehrere Genossen, namentlich Dr. Frank und Robert Schmidt, uns sehr lebhaft die angeblich so große Bedeutung der Erbschaftsteuer, die uns die Regierung vorge schlagen hatte, geschilbert. Ja, sie riefen aus: sie wollten sich nicht durch die Ablehnung dieser Steuer als Schutztruppe der Reichen gebrauchen lassen. Das will doch keiner von uns. Die Frage ist doch nur die, ob die Vorlage wirklich so arbeiterfreundlich und so fürchterlich für die Reichen ist? Haben wir etwa die Vorlage von einer arbeiterfreundlichen Regierung bekommen? Im Gegenteil, von einer durchaus arbeiterfeindlichen Regierung. Und weshalb haben wir die Vorlage bekommen? Aus einem arbeiterfeindlichen Grunde: weil die Regierung es nicht mehr wagte, mit der ganzen gewaltigen Summe von 500 Millionen Mark das arbeitende Volk durch indirekte Steuern zu belasten. Die Regierung fürchtete, daß eine so schamlose Belastung des Volkes eine gar zu große Erbitterung hervorzurufen und es ihr aufs äußerste erschweren wird, bei der nächsten Finanz-

reform die alte Politik fortzusetzen und dem Volke noch weitere indirekte Steuern aufzuerlegen. Aus diesem Grunde allein hat die Regierung die Erbschaftsteuer vorge schlagen, als ein Mittel zur Beruhigung, zur Linderung der Arbeiter, als ein Mittel gegen unsere Agitation. Und in diesem Sinne ist in der Tat die Erbschaftsteuer nur als Sprungbrett für die indirekten Steuern vorge schlagen worden.

Genosse Dr. David sagte uns gestern: der Erfolg habe gezeigt, daß es eine Gelei gewesen wäre, wenn die Partei in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätte. Genosse David sollte in Zukunft etwas vorsichtiger mit dem Vorwurf der Gelei sein. Denn in Wahrheit beweist der Erfolg, daß wir in der dritten Lesung unbedingt gegen die Vorlage stimmen müßten.

Das schöne Ergebnis der Wahl in Koblenz bestätigt von neuem, daß der Erfolg unserer Partei zugute kommt. (Sehr richtig!) Südekum ruft: Und das wollen Sie zerstören? Das fällt mir ganz und gar nicht ein. Ich will nur die richtige Lehre daraus ziehen.

Wie sieht denn in Wahrheit der Erfolg aus? Das, für das die Genossen Frank, Moberg Schmidt u. a. mit so großem Nachdruck als das kleinere Uebel eingetreten sind, ist abgelehnt worden und das größere Uebel von unseren Gegnern durchgesetzt worden. Und dieser Erfolg ist für unsere Partei so günstig. Wenn das darauf zurückzuführen wäre, daß unsere Gegner das größere Uebel durchgesetzt haben, dann müßten wir im Interesse unserer Partei unsere Gegner dazu drängen, möglichst arbeitserfindliche Beschlüsse zu fassen.

Dehalb kann die Rechnung der Genossen Frank, Schmidt u. a. nicht stimmen. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir auch das Interesse unserer Partei dann am besten fördern, wenn wir unsere Gegner durch den Druck der Arbeiterorganisationen zu immer größeren Zugeständnissen an die Arbeiter zwingen. Und der Fehler in der Rechnung der Genossen Frank, Schmidt u. a. ist die Behauptung, daß die Annahme der Erbschaftsteuer das kleinere Uebel sei. Die Empörung des arbeitenden Volkes über die Belastung durch die indirekten Steuern ist um so größer, weil durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer der Plan der Regierung und des liberalen Blocks vereitelt ist, das Volk durch den Schwindel mit der angeblichen Belastung auch der Reichsten zu beruhigen.

Mehrere Genossen sind uns gestern mit dem Hinweis auf unsere Agitation entgegengetreten. Genosse Dohmann, dem ganz besonders in dieser Weise geantwortet wurde, hat im letzten Jahre seine ganze Kraft der Agitation in unserem Wahlkreise gewidmet und in unzähligen Versammlungen unsere Auffassung vertreten. Und mit welchem Erfolge? In dem einen Jahre ist die Zahl der Mitglieder unseres Kreiswahlvereins von 3500 auf mehr als 6000 gestiegen.

Genosse Mollenbuhr hat gestern sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß in diesem Jahre eine solche Kritik an der Tätigkeit der Fraktion geübt worden ist. Ich freue mich dieser Kritik und habe mich bemüht, sie herbeizuführen. Denn es kann nur von Nutzen sein, wenn der Parteitag auch über tatsächliche Fragen sachlich verhandelt. (Beifall.)

Wille: Die letzten Ausführungen Hochs bestätigen, daß von dieser Seite systematisch darauf hingearbeitet worden ist, diese Frage vor das Forum des Parteitags zu bringen. (Sehr richtig!) Schon bei der ersten Beratung der Fraktion wurde von dieser Seite aus das Bestreben kund, daß die Fraktion sich schon in der ersten Lesung gegen die Erbschaftsteuer festlegen soll. Da habe ich und ein großer Teil der Fraktionsgenossen die Auffassung, daß die

Fraktion überrumpelt werden sollte. Noch nie hat die Fraktion sich irgendwie schon in erster Lesung festgelegt und gerade Geher hat damals ausdrücklich erklärt, wir dürfen uns nicht festlegen, wir müssen nach allen Seiten uns freie Hand lassen. Um so verwunderter war ich über die Rede Geher's auf der sächsischen Landeskonferenz und über sein getriges Auftreten, um so mehr, als gerade Geher, nachdem in zweiter Lesung im Plenum die Erbschaftsteuer abgelehnt war, vor Freude sich die Hände gerieben hat und erklärte: jetzt sind wir fein raus, jetzt haben wir eine feine Position. Hoch und Emmel sagten, sie hätten es für ihre Pflicht und Schuldigkeit gehalten, die Parteigenossen über die inneren Zustände der Fraktion aufzuklären, darüber, daß die Fraktion in dieser Frage nicht einig war. Ich will nicht näher darauf eingehen; nur so viel will ich sagen, daß gewisse Kollegen in der Fraktion dabei sehr schlecht abschneiden müßten. (Große Unruhe. Zurufe: Heraus mit der Sprachel! Alberne Drohung! Was soll das heißen!) Heraus mit der Sprachel! Hätten Sie das gestern gerufen, als Hoch und Emmel ihre Ausführungen machten. (Sehr gut!)

Singer hat es für notwendig gehalten, als Vorsitzender der Fraktion und der Zentralpartei zu erklären, daß er für seine Person gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätte. (Zuruf: In der Fraktion!) Dadurch könnte der Anschein erweckt werden — weil der Ausspruch eines an der Spitze der Partei stehenden Genossen besonders bei den Gegnern viel gilt —, als wenn eine sehr starke Strömung in der Fraktion vorhanden gewesen wäre, in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Da kann ich wohl im Einverständnis mit Bebel konstatieren, daß er für die Erbschaftsteuer auch in dritter Lesung gestimmt hätte. Er hat gar keinen Zweifel daran gelassen, daß wir für direkte Steuern, in welcher Form sie auch erscheinen mögen, unter allen Umständen eintreten müssen. Singer sagte, ihn hätte vor seiner Haltung auch nicht der Umstand abbringen können, daß die Agitation dadurch erschwert würde. Was heute haben wir bei allen unseren Entschlüssen uns danach gerichtet, wie wird unsere Haltung auf die großen Massen wirken. In Halle 1890 stand die Frage der Taktik auf der Tagesordnung, und da hat Bebel mit Recht ausgeführt: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind, und sie nicht auf die Zukunft des sozialistischen Staates betweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit es auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, zu heben und zu verbessern. (Lebhaftes Bravo.) Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden und auf diesem müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen bleiben.“ (Lebhaftes Zustimmung.) Das hat schon damals gegolten und das hat bisher gegolten, und dieser Grundsatz soll auch für die Zukunft Geltung haben. Hoch hat in der ganzen Debatte überhaupt noch nicht begriffen, um was es sich eigentlich dreht. Wer hat in der Fraktion bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir keine grundsätzliche Politik treiben sollen? Hoch sagt, wir müssen unseren Einfluß stärken. Nun, den Einfluß im Parlament können wir nur stärken, wenn wir das Parlament an sich stärken, und das können wir nur dadurch, daß wir die direkte Besteuerung durchführen. Wenn die Frage des Verwendungsgebietes aufgeworfen wird, dann kommen wir allerdings zu dem Resultat, daß wir dem heutigen Staate keinen Pfennig Steuern bewilligen dürfen, aber dann dürfen wir auch nicht in den Parlamenten bleiben, sondern müssen aus denselben heraus, dann hätte der zweite Teil unseres Programms allerdings keine Bedeutung mehr. (Beifall.)

**Kautsky:** Genossen! Ich werde natürlich versuchen, vollständig sachlich zu bleiben, wie auch die Debatte bisher zum größten Teil sachlich gewesen ist. Aber bevor ich auf die Sache eingehe, muß ich doch eine Entfesselung zurückerweisen, die Fischer sich hat zuschulden kommen lassen. Er hat mir vorgeworfen, ich hätte geschrieben, daß die Sozialdemokratie nicht als die einzige Partei erschienen ist, die die sämtliche Belastung des Volkes zurückgewiesen hat. Der Satz, den er zitiert hat, hat in dem Zusammenhang, in dem er stand, eine andere Bedeutung. Was ich gesagt habe, ist folgendes: ich führte aus, die Obstruktion hätte dahin geführt, die Tatsache, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die gegen sämtliche indirekte Steuern gestimmt hat, stärker hervorzuheben, zu unterstreichen. Das ist etwas ganz anderes, als das, was Fischer mich hat sagen lassen, und ich habe viel zu viel Respekt vor der Intelligenz Fishers, als daß ich nicht annehmen könnte, daß er nicht ganz genau verstanden hat, was ich sagen wollte. (Fischer: Verzuht auf Gegenseitigkeit!)

Ich kann natürlich meine zehn Minuten nicht auf eine Erörterung der Geschäftsordnung des Reichstages verwenden und will mich daher mit einer Anfrage an Mollenbuhr begnügen: ob mit Antritt bereits die Masse der Dauerredner in der Fraktion ausgestorben ist. (Webel: Das war einer, und dann war es fertig!) Ich möchte aber die Fraktion bitten, die Plinde nicht ins Korn zu werfen, und nicht für alle Zeiten die Obstruktion für ausgeschlossen zu halten. So leicht sollten wir diese Waffe nicht aus der Hand geben und dieses Vergnügen unseren Feinden nicht gewähren. Und nun zur Sache selbst.

David hat die Erwartung ausgesprochen, ich werde hier eine Resolution einbringen, die die Frage der Steuerpolitik grundsätzlich regelt. Es ist richtig, daß ich von dem Ansätze ausgehe, eine solche grundsätzliche Regelung durch den Parteitag sei unbedingt notwendig, um so notwendiger, je zerklüfteter sich in dieser Frage die Fraktion gezeigt hat. Ich halte eine solche grundsätzliche Regelung für vollständig möglich und notwendig. Aber wir sehen doch, daß auf dem heutigen Parteitag eine Regelung nicht mehr stattfinden kann. Im Zusammenhang mit all diesen parlamentarischen Geschäftsordnungs- und sonstigen Fragen kann die Frage der Steuerpolitik nicht grundsätzlich ausgiebig verhandelt werden. Nun ist es richtig, daß wir diese Frage baldigst erledigen müssen; aber innerhalb eines Jahres wird eine neue Steuerreform ja nicht kommen, und ich möchte daher den Antrag Geyer unterstützen, daß die Frage der Steuerpolitik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt und von diesem dann grundsätzlich entschieden werde.

David meinte zwar, wir hätten das nicht mehr nötig, wir hätten ja bereits unser Programm, worin diese Frage grundsätzlich entschieden sei. Dabei zeigt sich die Eigentümlichkeit, daß eine Reihe von Genossen sich in dieser Frage auf das Programm stützen und das Programm gegen uns Marxisten aufrechterhalten; auch Fischer hat das ja getan. Im Programm steht indes gar nichts darüber, daß wir unter allen Umständen eine Erbschaftsteuer bewilligen müssen. (Zuruf: Das hat auch niemand verlangt!) Wir müssen diesen Passus des Programms doch im Zusammenhang betrachten mit dem anderen Passus, der von den indirekten Steuern handelt, und da steht deutlich: indirekte Steuern dürfen wir unter keinen Umständen bewilligen, die einzigen Steuern, die wir bewilligen dürfen, sind direkte, aber daß wir die Erbschaftsteuer auch in der Form bewilligen müssen, wie sie uns vorgelegt wurde, diese Frage ist im Programm nicht entschieden, und ich glaube doch, daß wir alle Ursache haben, diesen Wechselbalg von Erbschaftsteuer, den Bülow mit den Liberalen gezeugt hat, nicht als eine Erfüllung unserer Programms-

forderung anzusehen (Sehr wahr!), sondern daß wir alle Ursache haben, ihn abzulehnen.

Sehr gefährlich sind die Anschauungen von Robert Schmidt, daß es die Hauptsache ist, wenn wir nur die Steuern auf die Schultern der besitzenden Klassen abwälzen, daß uns aber die Frage der Verwendung als eine sekundäre Frage nicht soviel angeht. Es ist richtig, wir wollen die Bourgeoisie expropriieren, aber doch zugunsten des Proletariats, und nicht zugunsten einer Soldateska oder zugunsten höfischer Elemente. Wir wollen die Bourgeoisie expropriieren, damit das Proletariat ihr Erbe antritt, aber wir wollen doch nicht, daß das Proletariat nichts erbt als einen Vantrott. (Sehr richtig!)

Nun wird gesagt, die Ausgaben waren schon bewilligt, wir hatten nur die Einnahmen zu bewilligen. Aber es handelt sich hier doch nicht um einen einmaligen Vorgang, sondern um ein System, um eine Schraube ohne Ende, hier treibt ein Keil den anderen. Die Ausgaben erzeugen die Notwendigkeit von Einnahmen, aber die Einnahmen erzeugen wieder neue Ausgaben, die dann wieder neue Einnahmen erfordern, und das macht unsere heutige Debatte so notwendig, weil wir mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen haben, daß bald wieder eine neue Steuervorlage kommt, und daß man dann wieder den demagogischen Trick versucht, neue indirekte Steuern durchzubrüden, denen man eine Erbschaftsteuer anhängt, wie man dem Walfisch eine Tonne hinwirft, damit er etwas zum Spielen hat. (Sehr gut!) Nicht nur bei der Bewilligung der Ausgaben, sondern auch der Einnahmen müssen wir den äußersten Widerstand leisten. Niemals dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu Zwecken, die wir verwerfen.

Ich glaube auch gar nicht, daß die Erbschaftsteuer unsere Fraktion so gespalten hätte, wenn die Konservativen nicht die Dummheit gemacht hätten, dagegen zu stimmen. Hätten die Konservativen dafür gestimmt, dann glaube ich, hätte unsere Fraktion einmütig in der dritten Lesung dagegen gestimmt, denn dann wäre es ja klar gewesen, daß die Steuer nichts war, als ein demagogischer Trick. Aber dadurch, daß die Konservativen die Dummheit machten und gegen die Erbschaftsteuer stimmten, gewann es erst den Anschein, als wenn sie eine Konzeption an unser Programm wäre, einen Anschein, den sie in Wirklichkeit gar nicht verdient.

Man hat auch gesagt, aus Rücksicht auf die Propaganda müßten wir für die Erbschaftsteuer stimmen, denn sonst wären wir in die Gemeinschaft der Konservativen und der Liberalen gekommen und in die unangenehme Gesellschaft gelangt. Nein, was gegen die Konservativen und Liberalen vorzubringen ist, ist nicht, daß sie gegen die Erbschaftsteuer gestimmt haben, sondern daß sie für die Verbrauchssteuern gestimmt haben. Wer für diese Steuern stimmt und dabei noch gegen die direkten Steuern, der begeht allerdings eine Insamie, die alles übersteigt. Aber wenn wir gegen alle Steuern gestimmt haben, dann haben wir auch das Recht, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Das ist etwas ganz anderes, und wenn wir das den Massen klargemacht hätten, hätten sie es auch verstanden. (Dr. David: Gehen Sie doch zu den Massen!) Sie wissen ganz gut, welche Gründe mich daran hindern, aber es sind doch andere Genossen hier, die zu den Massen gegangen sind, und was sehen wir da? Der Trick mit der Erbschaftsteuer hat nicht verfangen, die Liberalen werden von den Wählern ebenso im Stich gelassen wie die Konservativen und die Liberalen. Das zeigt doch, daß die Erbschaftsteuer nicht das Entscheidende ist, sondern entscheidend sind die indirekten Steuern. Es gibt in dieser Frage ein erhebendes Moment, und das ist, daß die Massen durch ihre Abstimmungen bei den Nachwahlen gezeigt haben, daß sie sich durch diesen demagogischen Trick nicht irremachen lassen, daß sie eine

frümmig allen bürgerlichen Parteien entgegenzutreten, daß sie geschlossen sind, daß, wenn auch die Fraktion vorübergehend gespalten war, die Massen nicht gespalten sind, sondern einmütig der bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstehen, und darin sehe ich die Grundlage unseres Fortschreitens, darin erblicke ich den Grund der überaus günstigen Situation, in der wir uns befinden, darin erblicke ich auch die Gewähr, daß wir weiterstreiten werden zum Siege. (Lebhafter Beifall.)

Schöpslin beantragt, die Debatte zu schließen.

Reus: Ich habe nichts gegen den Schlußantrag, bitte aber, daß der Antrag Eisner davon ausgenommen wird.

Vorsitzender Lipinski: Sie haben sich damit einverstanden erklärt, daß alle Anträge im Anschluß an den Bericht von Ledebour begründet und dann gemeinsam zur Debatte gestellt werden. (Sehr richtig!) Wir können diesen Beschluß, den der Parteitag bereits in die Praxis umgesetzt hat, doch nicht zugunsten eines einzigen Antrages aufheben. (Sehr wahr!)

Der Schlußantrag wird angenommen.

Dawidsohn-Berlin (zur Geschäftsordnung): Gestatten Sie mir, zu konstatieren, daß mir durch den Schluß der Debatte leider das Wort abgeschnitten ist. Ich habe mich gestern sofort, nachdem Albert gesprochen hatte, zum Wort gemeldet. Ich hätte, wenn mir nicht durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wäre, Gelegenheit genommen, erstens einmal dem Genossen Albert zu zeigen, wie qualifiziert gerade die Vertreter der „Breslauer Volkswacht“ sind, gegen den „Vorwärts“ diejenigen Angriffe zu erheben. . . .

Vorsitzender Lipinski: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung. Das müssen Sie in Form einer persönlichen Bemerkung sagen.

Dawidsohn: Ich glaube, dann würde Lipinski vielleicht umgekehrt sagen, das hätte ich nicht in Form einer persönlichen Bemerkung sagen dürfen. (Geisterkeit.) Ich will dann also zweitens persönlich bemerken. . . .

Vorsitzender Lipinski: Persönliche Bemerkungen dürfen Sie aber erst machen, wenn der Referent sein Schlußwort beendet hat.

Stadthagen protestiert dagegen, daß der Schlußantrag von einem Mitglied des Reichstages ausgegangen ist.

Vorsitzender Lipinski: Diese Bemerkung hätten Sie vor der Abstimmung machen müssen.

Stadthagen: Dazu hatte ich nicht die Möglichkeit, weil der Weg von meinem Platz bis zur Rednertribüne zu lang ist. Ich will übrigens die Abstimmung nicht angezweifeln, sondern nur verhindern, daß für die Zukunft ein Präzedenz geschaffen wird.

Vorsitzender Lipinski: Ebenfogut wie Schöpslin und Reus, hätte auch Stadthagen von seinem Platz aus sprechen können. — Es ist nun noch folgende genügend unterstützte Resolution Müller-Gamburg eingegangen:

„Der Parteitag erklärt, daß er die Haltung der Reichstagsfraktion, insbesondere ihre Zustimmung zu der Erbschaftsteuer billigt.

Der Parteitag fordert die Fraktion auf, weiterhin die indirekten Steuern, die die Massen der Arbeiterklasse aufs schwerste bedrücken, auf das entschiedenste zu bekämpfen und dahin zu wirken, daß den herrschenden und bestehenden Klassen die Kosten ihrer volks- und kulturfeindlichen Politik aufzulegt werden.“

Die Resolution umfaßt zwar den Rahmen der Debatte, sie hat aber nicht mit zur Diskussion gestanden, ich muß die Entscheidung des Parteitages einholen, ob wir überhaupt darüber abstimmen können.

Singer: Es ist ganz zweifellos, daß die Resolution in ihren beiden ersten Sätzen die volle Einmütigkeit des Parteitages findet. Auf der anderen Seite ist es ebenso zweifellos, daß der dritte Satz, der in der Diskussion nur gestreift ist, nicht dieser Einmütigkeit begegnet. Nun liegt es mir ganz fern, irgendwie eine Aeußerung, die aus den Reihen des Parteitages verlangt wird, nicht zur Geltung kommen zu lassen. Das ist aber geschäftsordnungsmäßig in diesem Moment nicht möglich. (Sehr richtig!) Die Resolution ist eingebracht in dem Moment, wo der Vorsitzende den Schlußantrag zur Abstimmung brachte. Ich würde deshalb vorschlagen, in diesem Augenblick von einer Abstimmung abzusehen und die Resolution nachher besonders zu behandeln, damit die Meinung des Parteitages zum Ausdruck kommt.

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich halte das für unmöglich, denn wir würden ja dann die ganze Debatte wiederholen.

Rebel: Die Resolution ist meiner Meinung nach ein Ueberrumpelungsversuch (Sehr richtig!), sie ist ganz unmöglich. Ueber die Resolution ist nicht verhandelt worden, sie ist in keinem Stadium der Debatte erörtert, wir können also nicht darüber abstimmen. Ich bin aber auch nicht der Meinung von Singer, daß wir die Resolution nachher extra zur Debatte stellen sollen, denn wir würden dann eine neue Debatte über die Taktik der Partei bekommen. (Sehr richtig!) Ich bitte die Antragsteller deshalb, ihre Resolution zurückzuziehen oder aber der Parteitag müßte sie ablehnen durch Uebergang zur Tagesordnung. (Zustimmung.)

Dr. Frank-Mannheim: Ich möchte die Antragsteller gegen den Verdacht verwahren, als hätten sie eine Ueberrumpelung geplant. Die Resolution zielt nicht länger als eine Stunde schon im Parteitagstaktal (Sehr richtig!) und es war nicht vorzusehen, daß die Debatte unmittelbar nach der Rede von Kautsky geschlossen würde. In dem Moment, wo der Vorsitzende aufstand und den Schlußantrag zur Kenntnis brachte, wurde die Resolution eingereicht, allerdings noch, bevor der Schlußantrag angenommen war. Es bestand also gar keine Möglichkeit, anders zu verfahren. (Rebel: Das mag richtig sein!) Angesichts der unberechtigten Erregung, die über diesen Vorgang entstanden ist, halte ich mich aber namens der Antragsteller für ermächtigt, zu erklären, daß wir die Resolution zurückziehen. (Bravo!)

Vorsitzender Lipinski: Die Sache ist damit erledigt, ich stelle nur noch fest, daß Frank zugegeben hat, daß ich die Resolution erst bekam, als der Schlußantrag schon eingereicht war.

Nunmehr erhält das Schlußwort

Ledebour: Genossen und Genossinnen! Die Mehrzahl der vorgelegten Anträge können wir nur willkommen heißen, z. B. die Anregung, daß die Reichstagsfraktion beauftragt werden soll, den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Wahlkreise so oft als möglich vorzubringen. Das entspricht ganz den Intentionen unserer Fraktion, die auch wiederholt schon hementprechend gehandelt hat. Es ist aber auch sehr wünschenswert, daß gerade auf dem Parteitag auch wieder darauf hingewiesen wird, daß die verfassungswidrige Wahlkreiseinteilung einer der Krebsgeschäden unseres politischen Lebens ist. Die Wahlkreiseinteilung, die auf der Volkszählung von 1864 beruht, wird heutigen Tages noch aufrechterhalten, entgegen der ausdrücklichen Verfassungsbekämpfung, daß auf je 100 000 Personen ein Abgeordneter fallen soll. Und warum? Weil das den Junkerinteressen entspricht. Der Antrag und die Bemerkung dieser Diskussion draußen im Lande ist deshalb ein wertvoller Beitrag zu dem Kampfe gegen Junker und Junkergenossen, den wir in der nächsten Zeit in den Vordergrund stellen müssen. Ebenso ist es

mit dem Antrage betreffend die Legislaturperioden, deren Verlängerung 1887 durch den sogenannten Kartellreichstag beschlossen worden ist, weil man das Band zwischen Wählern und Abgeordneten möglichst lockern wollte. Wir haben das größte Interesse daran, daß die fünfjährige Periode verkürzt wird, wenigstens auf das frühere Maß von drei Jahren.

Ferner möchte ich auch lebhaft den Antrag unterstützen, der bestimmte Vorschläge über das Eintreten für die Seeleute macht. Die Lage der Seeleute ist ja im Vergleich zu anderen Arbeitern aller Art besonders ungünstig, weil sie durch ihre Berufstätigkeit von einer dauernden Wirksamkeit innerhalb der Organisation abgehalten werden. Es wird Pflicht der Fraktion sein, gerade für diese gedrückten Arbeiter einzutreten, die mit ständiger Lebensgefahr ihren schweren Beruf ausüben müssen und die unter einer besonders ausbeutungsfüchtigen Unternehmerrippe zu leiden haben.

Leider kann ich mich nicht erwärmen für den Antrag Eisner, der eine Modifikation des Beschlusses der Landeskonferenz in Anhalt enthält. Die Modifikation geht ja zweifellos, wie alle Anträge unserer Genossen von den besten Absichten aus. Sie will der Bewegung förderlich sein, die Reichstagsfraktion unterstützen und stellt deshalb Forderungen auf allen möglichen Gebieten: Gesetzentwürfe, Denkschriften sollen auf Vorrat gearbeitet werden, damit man sie eventuell bei aktuellen Gelegenheiten verwerten kann. Insofern diese Anregung überhaupt ausführbar ist, ist sie im wesentlichen von jeder von der Fraktion ausgeführt worden. Wir bringen in jeder Session eine Anzahl Anträge ein. Leider kommt nach der Geschäftsordnung des Reichstags nur ein ganz geringer Teil dieser Anträge überhaupt zur Verhandlung. In der letzten Session kamen nur zwei unserer Initiativanträge zur Verhandlung, und das wird dauernd so sein. Wir haben jetzt schon in den Archiven des Reichstages eine Fülle von Anträgen lagern, die der Zeit ihrer Aufrechterhaltung harren. Wenn wir das erweitern, würden wir keinen praktischen Nutzen dadurch haben. Und nun die Anforderungen an die Partei Eisner sprach mit hoher Bewunderung von dem Antrag Teltom-Beslow, der bereits 1903 die Welt erleuchtet hat, und von dem sein Antrag eine Modifikation sein soll. Schon damals hat der Antrag keine Annahme gefunden und ist auch von der Fraktion bekämpft worden. Eisner will nicht alles auf einmal, was in seinem Kopfe sich schwärmerisch widerspiegelt. Er verlangt aber „zunächst“ eine demokratische Revision der Verfassung — eine umständliche Arbeit —, eine Reichsfinanzreform, ein einheitliches Arbeiterrecht — alles „zunächst“ —, eine Arbeiterschuhordnung, eine Arbeiterversicherung, ein neues Strafgesetzbuch, eine Strafprozeßordnung — alles „zunächst“. Es fehlt nur ein neues Bürgerliches Gesetzbuch auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung. Ich nehme nicht an, daß ein Mitglied der Reichstagsfraktion den Antrag unterstützt hat. Aber sollte das der Fall sein — den Mann würden wir uns aussuchen, damit er „zunächst“ eine neue Strafprozeßordnung oder vielleicht ein „einheitliches Arbeiterrecht“ ausarbeitet. Eine solche Arbeitskraft wäre außerordentlich wertvoll, und ich bedauere, daß wir den Mann bisher noch nicht kennen. Eisner hat ja die Hoffnung ausgesprochen, daß sein Antrag keine Annahme finden würde. Ich kann mich dem Wunsche, daß diese Esperantohoffnung Erfüllung findet, nur anschließen. (Seitertzeit.)

Ich möchte noch kurz anknüpfen an die Ausführungen in meiner Einleitungsrede. Ich wies darauf hin, daß wir gegenüber den bürgerlichen Parteien, insbesondere gegenüber den Liberalen, keinen Anlaß haben, aus unserer bisherigen Haltung herauszugehen. Wenn sie mit uns zusammengehen, haben wir sie niemals zurückgestoßen. Wir haben sie immer eingeladen, für unsere Anträge zu stimmen. Wir haben aber keinen Grund, Bündnisse irgendwelcher

Art zu suchen. Genosse Bebel hat mich gebeten, eine Erfahrung mitzuteilen, die er gemacht hat, nachdem Raumann seinen bekannnten und viel belächelten Ausspruch vom „Bunde von Bebel bis Wassermann“ in die Welt geschleudert hatte. Bebel traf damals zufällig Herrn Wassermann und sagte zu ihm: „Na, Herr Bundesbruder, wie ist es mit unserem Bund?“ Da erwiderte Wassermann: „Ach Unsinn!“ Bebel stimmte dem zu und knüpfte daran die Bemerkung, er sei der Überzeugung, daß, wie einmal die politische Konstellation sei und wie die Liberalen sich verhalten haben, es eine Utopie sei, zu glauben, daß es zu einem Bündnis irgendwelcher Art zwischen Sozialdemokraten und Liberalen kommen könnte.

Einige Worte zum Genossen Winiskiewicz. Er glaubte aus dem Verhalten unserer Partei oder vielleicht noch mehr aus dem Verhalten unserer Presse gegenüber der polnischen Fraktion in der letzten Zeit den Schluß ziehen zu können, daß die Partei nicht scharf genug gegen diese Leute vorgegangen sei. Es ist richtig, daß unsere Presse über die Tätigkeit der polnischen Fraktion beim Schnapsbrot nur sehr wenig berichtet hat. Nun, die Polen haben dabei fast gar nicht geredet, sie haben die Konservativen reden lassen und das Zentrum, das sich ja auch ziemlich zurückgehalten hat. Nun ist eine Zeitung aber nicht in der Lage, über Reden zu berichten, die nicht gehalten worden sind.

Aber ich möchte Winiskiewicz beruhigen, ich kann ihm versichern, bei den Auseinandersetzungen über diese Fragen, die ja noch nicht abgeschlossen sind, werden wir mit der polnischen Fraktion abrechnen, wie mit den übrigen Schnapsbrotbrüdern. Um so mehr, als die Pressevertreter der polnischen Fraktion — ich erwähne nur den „Katholik“, das Organ von Kapieralski — die Schamlosigkeit befehlen haben, um das Obium der Mehrbelastung des Volkes von sich abzulenkten, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, wir seien die eigentlichen „Schnapspolitiker“, denn wir hätten gegen die Branntweinbesteuerung gestimmt im Interesse der Gastwirte; eine ganz infame Verdächtigung, die nur ein vollkommen durch Schnaps denksunfähig gemachter polnischer Arbeiter, der im Wahn des „Katholiks“ steht, glauben kann. Der beste Beweis, wie blödsinnig diese Verdächtigung ist, wird ja durch unseren Schnapsbrotbrotbeschluss von gestern geliefert, und ich hoffe, daß unsere Genossen von der P. P. S. in der Agitation und der Vertretung der sozialdemokratischen Grundsätze in der „Gazeta Robotnicza“ sich das zur Aufklärung der Massen nicht entgehen lassen werden. Ich bemerkte aber noch ausdrücklich, daß uns dieser Kampf gegen die Polen nicht abhalten wird, die Unterdrückungsmaßregeln gegen die Polen nach wie vor zu bekämpfen. Wir rechnen nicht auf den Dank der polnischen Fraktion; wir tun das unseren Grundsätzen gemäß und im Interesse der polnischen Arbeiter, die schließlich doch noch trotz aller Widerstände für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen sein werden.

Faßt die ganze Debatte hat sich ja nun auf die Finanzreform und die Stellung der Partei zur Erbschaftsteuer erstreckt. Da sehe ich mich genötigt, zur Klarstellung der Tatsache, um die es sich dabei dreht, zunächst einmal folgendes festzustellen, und zwar wegen der Attade, die Wöhle mit großem Eifer, wenn auch nicht mit großem Geschick, geritten hat. Er suchte die Beschlusfassung der sozialdemokratischen Fraktion bei der ersten Lesung der Erbschaftsteuer so darzustellen, als ob von der „radikalen“ Seite, wenn ich mich so ausdrücken soll, mit Gewalt darauf hingewirkt worden sei, einen Beschluß herbeizuführen. (Wöhle: Hoch hat es ja befristigt!) Wie ist der Beschluß, auf Grund dessen Singer seine Erklärung abgegeben hat, zustande gekommen? Nach den Auseinandersetzungen, die stattgefunden haben, wurde von der

anderen Seite, und zwar von Frank, der Antrag gestellt, es solle Singer verboten werden, zu erklären, daß die Vorlage so wie sie war, die verhängte Vorlage, für uns unannehmbar wäre. (Hört! hört!) Der Antrag kam von Frank mit Unterstützung von Böhle und der anderen Genossen, die auf seiner Seite waren, und da war ich es, der die Genossen gewarnt hat, es zu einer solchen Abstimmung zu treiben. Trotzdem ließen sie sich nicht abhalten, in dem Glauben, sie hätten die Mehrheit. Da wurde aber zu ihrem großen Erstaunen der Antrag mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt. Damit war Singer ausdrücklich die Vollmacht gegeben, nunmehr zu erklären: die Vorlage, wie sie steht, ist für uns unannehmbar. (David: So stimmt es auch nicht!) Jawohl! (David: Nein, so stimmt es nicht!) Es sind ja nicht bloß Sie, sondern auch andere Reichstagsabgeordnete anwesend. Sie wagen doch nicht zu behaupten, daß Frank den Antrag nicht gestellt hat. Damit fällt die ganze Behauptung Böhles zu Boden. An sich wäre es ja gleichgültig, ob von der einen oder der anderen Seite die Anregung zur Beschlußfassung gekommen ist, aber charakteristisch ist, daß, obgleich die Anregung von der anderen Seite gekommen ist, von derselben Seite versucht wird, uns einen Strick daraus zu drehen, daß die Abstimmung erfolgt ist.

In der nun nicht zur Diskussion stehenden Resolution lehrt der Gedanke wieder, wir hätten in zweiter Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. Wir haben nur für einzelne Bestimmungen in zweiter Lesung gestimmt. (David: Für die entscheidenden Bestimmungen!) Für einzelne Bestimmungen, aus denen das Prinzip der Vorlage hervorgeht, und das haben wir, wie ich ausdrücklich betone, einstimmig beschlossen. Die Differenzen, die hier zutage getreten sind, beziehen sich auf die Frage, ob aus dieser Abstimmung die Schlußfolgerung hätte gezogen werden müssen, daß wir auch in dritter Lesung dafür stimmen müßten. Und da habe ich mit großem Erstaunen die Deduktionen einiger Befürworter eines solchen Vorgehens gehört. Wenn einige Genossen sagten, sie verstanden nicht, wie man einen Unterschied machen könne zwischen einer Abstimmung in zweiter und dritter Lesung, das sei doch schließlich dasselbe, so sind die Genossen offenbar nicht genügend vertraut mit dem parlamentarischen Leben. Aber von einem erfahrenen Parlamentarier wie Fischer hätte ich so etwas nicht für möglich gehalten. Hätte ich das erwartet, so hätte ich schon im Bericht eingehende Aufklärung über die Unterschiede bei der Abstimmung in zweiter und dritter Lesung gegeben. In zweiter Lesung wird überhaupt über das ganze Gesetz gar nicht abgestimmt, sondern nur über einzelne Paragraphen oder über einzelne Sätze einzelner Paragraphen. Es kommt fast bei jeder Vorlage vor, daß wir Hauptbestimmungen eines Gesetzes in zweiter Lesung annehmen und nachher doch die ganze Vorlage in dritter Lesung ablehnen. Zum Teil, weil die anderen Bestimmungen nach unserer Ansicht so schädlich sind, daß wir das gesamte Gesetz nicht annehmen können, zum Teil aus allgemeinen politischen Erwägungen.

Gegen unsere Abstimmung für die Erbschaftsteuer in dritter Lesung, zu der es ja nicht gekommen ist, aber die zur Debatte steht, sprachen die verschiedensten Gründe, und zwar Gründe rein sachlicher Natur in Bezug auf die Ausführung des Gesetzes, und dann allgemein politische Erwägungen. Die Vorlage war an sich schon ein ganz verhängtes Machwerk gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage, denn es wurde ja die Besteuerung der Erbschaftsmasse umgewandelt in die Besteuerung der Erbansätze, es waren Begünstigungen für den Großgrundbesitz hineingebracht, das Steuerprivileg der Fürsten war aufrechterhalten usw. Singer hat schon betont, daß alle diese Gründe die Vorlage für uns unannehmbar machten. Wäre es zur dritten Lesung gekommen, so wäre gänzlichfalls die Regierungsvorlage zur Ab-

stimmung gekommen, und wir hätten also schon auf Grund des oft zitierten Beschlusses der Fraktion, den Singer beauftragt war, im Plenum zu vertreten, die Vorlage ablehnen müssen. Dazu kommen dann allgemein politische Erwägungen. Es ist gesagt worden, im Programm steht, wir treten für direkte Steuern ein. Der Gedanke, daß wir das unter allen Umständen tun müßten, ist auch von den Befürwortern der Zustimmung fallen gelassen. Nunmehr wird geltend gemacht, daß wir als „kleineres Uebel“ die Erbschaftsteuer hätten annehmen müssen, damit nicht eventuell andere für das Proletariat ungünstigere Steuern von der Mehrheit angenommen wurden. Wenn man sich aber auf diesen Boden begibt, wo ist da ein Halten? (Sehr richtig!) Es kann ja vorkommen, daß man eine direkte Steuer bewilligt insofern sie etwa eine schlechtere Steuer, die besteht, ersetzen soll, aber hier handelt es sich darum, daß man Steuern als integrierenden Bestandteil eines neuen Steuerbündels annehmen will, weil andere Steuern schlechter seien. Weshalb bleibt man dann bei der Erbschaftsteuer stehen? Weshalb hat man dann gegen die 40 Millionen Grundstücksbelastung, weshalb gegen die Schaumweinsteuer gestimmt? Auch die Zustimmung dazu ließ sich motivieren, sowie man mit dem Motiv des kleineren Übels kommt. Also dies Argument des kleineren Übels führt uns auf eine schiefe Ebene. Wohin man da gleitet, hat ja Robert Schmidt in der Hitze des Gefechts zu erkennen gegeben, als er sagte, wenn die bestehenden Klassen direkte Steuern zahlen sollen, so ist es uns ganz gleichgültig, wieviel Kriegsschiffe sie dafür bauen. (Widerspruch.) Soviel traue ich ihm ja zu, er ist sich gar nicht klar darüber geworden, daß er damit dem Militarismus freie Bahn eröffnet, daß er im Prinzip damit den Kampf gegen den Militarismus aufgibt (Widerspruch), denn wir bekämpfen den Militarismus nicht nur deshalb, weil die Mittel dazu durch diese oder jene Steuern aufgebracht werden, sondern an sich. (Sehr richtig!)

Es kommen nun aber noch eine ganze Anzahl anderer Momente dazu, ich habe sie in meinen einseitigen Worten schon angedeutet, von denen ich wirklich wünschte, daß sie besser verstanden worden wären, ich brauchte sie dann nicht zu wiederholen. Sie sind aber in der Debatte einfach ignoriert worden. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Regierung mit ausgefuchter Raffiniertheit ihre Steuerborlage diesmal in einer solchen Form eingebracht hat, daß sie sich von verschiedenen Partisgruppen verschiedene Steuern bewilligen lassen konnte. Sie hat auf ein Mantelgesetz verzichtet. Ein solches Mantelgesetz gibt den Parteien die Möglichkeit, nachdem die einzelnen Steuern auf Grund der hierbei berechtigten Erwägungen vom „kleineren Uebel“ zusammengestellt sind, sich darüber zu entscheiden, ob sie die gesamte Finanzreform annehmen wollen oder nicht. Weil die Regierung direkt darauf spekulierte, daß wir die Erbschaftsteuern in das Steuerbündel hineinbringen würden, deshalb hat sie das Mantelgesetz nicht eingebracht. Dafür berufe ich mich auf niemand anders als den Reichszankler Fürsten Bülow, der in einer seiner Feuilletonreden der Sozialdemokratie sagte: Wir nehmen auch Ihre Unterstützung gern an! Das heißt natürlich die Unterstützung bei dieser Erbschaftsteuer, von der er erwartete, daß ohne die Sozialdemokratie keine Mehrheit dafür zu bekommen war. Wenn gar kein anderer Grund vorgelegen hätte, so mußten wir schon wegen der Wahrung des Budgetrechtes des Reichstages darauf dringen, daß dieses elende Mandat des Aufgebens eines Mantelgesetzes scheiterte und mußten jede Steuer ablehnen, ganz gleichgültig, welche Gestalt sie hatte. Ich begreife gar nicht, daß unsere Genossen diese wichtige Budgetfrage nicht genügend gewürdigt haben. Wir haben auch in der Fraktion darüber gesprochen; ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, wenn die Regierung ein Mantelgesetz eingebracht hätte, würden wir die Auseinandersetzungen

unter uns gar nicht nötig haben. Daß Sie sich auf diese mit Honig bestrichene Diefel hinaufgeleckt haben, ist eine unbegreifliche politische Torheit. (David: Ist das ein Schlüsselwort?) Ich gehe selbstverständlich auf die Debatten ein, und es ist mein gutes Recht, die Argumente zu bekämpfen, die gegen die Stellung der Fraktion vorgebracht sind. (Frank! Gegen die Stellung der Fraktion?) Ich habe die Stellung der Fraktion auf Grund ihrer Beschlüsse zu vertreten, und es liegt nur ein Beschluß vor, der diese Vorlage unannehmbar erklärt. Sie sind die Minderheit, die dagegen vorgeht. (Zuruf: Sie wissen das Gegenteil! David: Unwahrheit! Frank: Bringen Sie es doch zur Abstimmung!) Sie sind es, die systematisch, nachdem der Beschluß gefaßt worden ist, darauf hingearbeitet haben, draußen im Lande den Eindruck zu erwecken, als ob Sie eigentlich mit Ihrer Ansicht, endgültig für die Erbschaftsteuer zu stimmen, die Mehrheit hinter sich hätten. Die Beschlüsse der Fraktion stehen dem entgegen. (David: Unwahrheit! Frank: Ihr eigener Bericht sagt das Gegenteil!) Wo denn? (Frank [aus dem Bericht vorlesend]: „Für die Erbschaftsteuer hat auch die sozialdemokratische Fraktion gestimmt!“)

Lipinski: Genosse Frank, Sie haben natürlich das Recht, Zwischenrufe zu machen, aber nicht mitten in einer Rede vorzulesen. (Sehr richtig!)

Lebour (fortfahrend): Gegenüber dieser unerhörten Manier werde ich vorlesen, was ich geschrieben habe: Der Bericht ist von mir ausgearbeitet und der Fraktion zur Durchsicht unterbreitet worden. Ich mußte damals abreisen und konnte nicht bei der eingesandten Korrektur anwesend sein. (Zuruf: Sie hätten Ihre Adresse angeben können!) Die Zeit war auch zu kurz, da ich in Ferien war. Das Entscheidende ist jedenfalls, daß, wie ich nachher gesehen habe, auf Wunsch irgendwelcher Parteigenossen der Parteivorstand so rücksichtslos gewesen ist, Streichungen vorzunehmen von Stellen, die gerade das klarstellen, was hier bestritten wird. (Zuruf: Sie haben die Vollmacht dazu gegeben!) Jawohl, die Vollmacht, Streichungen vorzunehmen ohne Sinnesänderung. Ich verlese den Passus, der vollkommen diesen da ausgeflügeltsten Einwand widerlegt:

„Zu einer Abstimmung in dritter Lesung ist es aus den vorher angeführten Gründen überhaupt nicht mehr gekommen, so daß die Sozialdemokratie gar nicht in die Lage kam, sich endgültig zu entscheiden.“

((David: Na also!) Dann hatte ich weitergeschrieben:

„Es ist aber ganz falsch, aus der Zustimmung in zweiter Lesung den Schluß zu ziehen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich damit auch für die Zustimmung in dritter Lesung festgelegt hätte.“

(Frank: Das ist geschrieben!) Ja, das ist gestrichen, aber ohne mein Zutun. (Hört! hört!) Ich erhebe gar keinen Vorwurf gegen die Streichung, aber ich verwahre mich dagegen, daß Sie, Genossen, die das wissen müssen, denn Sie haben meinen Originalbericht in der Hand gehabt, jetzt den Versuch machen, den Bericht gegen mich auszunutzen. (Zuruf: Das kann doch nur der Parteivorstand gestrichen haben!) Jawohl. (Zuruf: Und mit Ihrer Einwilligung!) Ich wiederhole, ich habe vor meiner Abreise dem Parteivorstand die Vollmacht gegeben, auf Grund der eingegangenen Einwendungen Verichtigungen, Streichungen vorzunehmen, selbstverständlich ohne Sinnesänderung. Ich habe auch keinen Widerspruch dagegen erhoben, daß der Vorstand, natürlich in gutem Glauben, seine Streichung so weit ausgedehnt hat. Ich verwahre mich nur dagegen, daß die Genossen, die wissen, daß diese Streichungen vorgenommen sind (Zuruf: Doch mit Ihrer Einwilligung!), denn sie haben den Bericht vorher gelesen, mich jetzt in Widerspruch setzen wollen mit dem Bericht. Ich lese weiter:

„Für die endgültige Entscheidung hätten alle die Erwägungen mitbestimmend sein müssen, die aus der gesamten politischen Situation und aus der prinzipiellen Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen das herrschende System resultieren. Insbesondere wäre dabei noch in Betracht gekommen, daß beim Eintreten in die Erörterung der Finanzreform die Sozialdemokratie an die Gesamtheit des Reichstages die Aufforderung gerichtet hatte, der Regierung nicht eher einen Groschen zu bewilligen, als bis wahrhaft konstitutionelle Garantien gegen Willkürherrschaft geschaffen worden seien. (Sehr richtig!) Von solchen konstitutionellen Garantien ist aber durch die Mehrheit des Reichstages rein gar nichts erwirkt worden.“

(Hört! hört!) Das hatte ich geschrieben, und das ist auf Grund der Vollmacht, wahrscheinlich auf Grund von Eingaben von Genossen von dort (zu den Süddeutschen) (Vollmar: 16 Proteste sind eingegangen!) durch den Parteivorstand gestrichen worden. Dazu hatte selbstverständlich der Parteivorstand auf Grund meiner Vollmacht das Recht. (Frank: Na also!) Aber ich verwahre mich entschieden dagegen, daß die Genossen jetzt versuchen, mich in Widerspruch zu setzen mit dem, was ich geschrieben habe. Ich bedauere es lebhaft, daß jener wichtige Gesichtspunkt aus dem Bericht herausgeblieben ist, denn das war einer der entscheidenden Gesichtspunkte, die uns nötigen müssen, jede Steuer zu verweigern. (Zuruf: Oh!) Jede Steuer in diesem Reichstag in dieser Situation zu verweigern! Wozu haben wir denn mit aller Leidenschaft und Energie, die uns gegeben ist, damals, als das persönliche Regiment zusammenbrach, die bürgerlichen Parteien aufgefordert: Nützt die Nachmittel, die ihr habt, aus, geht nicht eher aus nur an die Erörterung der sogenannten Finanzreform heran, bewilligt nicht einen Groschen, ehe nicht das bürokratische Regierungssystem vor euch kapituliert hat! Das haben wir verlangt. (David: Na und?) Und jetzt, nachdem die bürgerlichen Parteien in ihrer Zämmlichkeit diesem Appell der Sozialdemokratie an ihre Mannhaftigkeit und ihr Selbstgefühl nicht Folge geleistet haben, da sie trotzdem diese Steuer beschlossen haben, sollen wir dieser Zämmlichkeit Beihilfe leisten, indem wir auch nur einen Pfennig bewilligen? Wir würden uns ja selbst ins Gesicht geschlagen haben (Beifall), wenn wir in dieser Situation dem Handlanger des persönlichen Regiments, diesem jammerhaften Schautelpolitiker Bülow oder seinem Nachfolger Bethmann Hollweg oder wer sonst vor dem persönlichen Regiment auf den Reichsanzlerposten gesetzt wird, mit Hilfe der bürgerlichen Parteien auch nur einen Groschen bewilligten. (David: Purer Unsinn! Frank: Das sind alles Phrasen!) David sagt: purer Unsinn! Das ist sehr charakteristisch für den Genossen David. Nachdem wir bei der Debatte über das persönliche Regiment dem Fürsten Bülow samt und sonders erklärt haben, daß er nicht würdig ist, auf seinem Platze zu bleiben — selbst Genosse Heine hat das ausgesprochen — da hat David es fertiggebracht, nachher in der Debatte zu Bülow zu sagen: wir hätten ja gar nicht den Wunsch, es könnte ein so schlimmerer an seine Stelle kommen. (David: Das ist ja auch unwahr!) Ich kann natürlich nicht wörtlich zitieren. (David: Na!) Aber er hat den Gedanken ausgesprochen, und aus diesem Gedankengang heraus verstehe ich es, daß er es für kompletten Unsinn erklärt, wenn wir sagen, wir bewilligen einer Regierung keinen Groschen, die derartig diskreditiert ist. Gerade die Tatsache, daß die Verfassungsreform gegen das persönliche Regiment und die Bureaurenthlichkeit nicht durchgeführt ist, ist meinem Empfinden nach eines der ausschlaggebenden Momente dafür, daß wir mit allen indirekten Steuern auch jede direkte Steuer in dieser Situation dieser Regierung gegenüber unbedingt ablehnen mußten.

Noch ein paar Worte über die sogenannte Obstruktion. Da stehen wir alle Abgeordnete, soviel ich weiß, auf demselben Standpunkt, daß technisch die

Obstruktion — das sage ich auch Kautsk — sich nicht mehr durchführen ließ. Kautsk sagt: ist denn die Rasse Antrid ausgestorben? Alle Achtung vor Antrid, aber seine Achtsundenrede mache ich ihm nicht nach. Im allgemeinen bringt es der Mensch nicht über 2, 3 Stunden. Das war ein Glückszufall, daß wir damals gerade einen so lungenkraftigen Genossen zur Verfügung hatten (Heiterkeit), aber eine Dauerrede ist doch nicht das Entscheidende. Die wesentlichsten Obstruktionsmittel, die uns früher zur Verfügung standen, sind alle kaputt gemacht worden durch die Veränderung der Geschäftsordnung. Daran zerbrach ja auch 1902 die Obstruktion, die Rede Antrids war noch die letzte Verzweiflungstat. Es ist auch die Verhinderung der Annahme eines Antrags durch Hinausgehen diesmal nicht mehr durchführbar, weil die Majorität aus 237 Stimmen bestand. Mollenbuhr hat die Sache sogar noch unterschätzt, denn zum Schnapablock wären noch alle anderen bürgerlichen Parteien gekommen, um die Präsenziffer vollzumachen. Wenn wir 40 Sozialdemokraten bei einer namentlichen Abstimmung hinausgegangen wären, so wären etwa 300 Abgeordnete sitzengelieben und hätten uns ausgelacht. (Sehr richtig!) Ich betone aber nochmals, wir haben ausdrücklich die schärfste Opposition, die uns möglich war, gegen die gesamte Finanzreform beschlossen.

Es ist für die Annahme der Erbschaftsteuer auch das Argument angeführt worden, daß wir in der Agitation Schwierigkeiten gehabt hätten, den Arbeitern klarzumachen, weshalb wir nicht bloß gegen die gesamten indirekten Steuern, sondern auch gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten. Ich glaube, Genosse Mauerer war es, der sagte, daß die Zentrumswähler jetzt uns zulaufen wegen der Erbschaftsteuer. Das zeugt von vollkommener Verkennung der Psychologie der Massen. Wenn die Zentrumswähler jetzt in unsere Versammlungen strömen und von Empörung erfüllt sind, gegen die Finanzreform, so liegt das daran, weil man ihnen alle möglichen Gewissmittel verteuert hat. (Frank: Selbstverständlich!) Selbst die Bündhölzer. Ich habe selbst in einer Versammlung gesagt: ich hoffe, daß die verteuerten Bündhölzer in den unaufgeklärten Köpfen der Arbeiterfrauen ein helles Licht anzünden werden. Das ist es, wie bei uns in Berlin, so auch bei Ihnen in Bayern, im Rheinland und Westfalen, was die Zentrumsarbeiter aufreißt, weil alle Lügen der Zentrumsbredner und der Konservativen es nicht vermögen, diese einfache Tatsache aus den Köpfen zu reißen, daß 450 Millionen indirekter Steuern auf die breiten Massen des Volkes durch diese Volksverräter gelegt worden sind. Ich begreife wirklich nicht, daß die Parteigenossen sich nicht zutrauen, diese halbaufgeklärte Masse nun vollständig aufzuklären, selbst wenn sie ihnen die schwierige Denkopration nebensbei eintrichtern müssen, daß wir eventuell — es ist ja nicht dazu gekommen — außerdem auch gegen die Bewilligung einer direkten Steuer gestimmt hätten. Kautsk hat ganz richtig betont, daß wir uns gar nichts vergeben, wenn die Arbeitern gegenüber, wenn wir aus ganz gewichtigen politischen Gründen neben allen indirekten Steuern auch eine direkte Steuer wie die Erbschaftsteuer in der gegenwärtigen Situation verwerfen. Wenn Sie (zu den Süddeutschen) recht hätten mit Ihrer Auffassung, daß wirklich der Kernpunkt der ganzen Frage für uns die Erbschaftsteuer wäre (Frank: Das habe ich niemals gesagt!), Sie nicht, es hat sich aber die Debatte nur um die Erbschaftsteuer gedreht, und es ist von Ihrer Seite ausgeführt worden, daß wir die Situation verpuscht haben würden, wenn wir gegen die Erbschaftsteuer in dritter Lesung gestimmt hätten. Nein, wir hätten es eventuell auf uns nehmen können, auch die Unaufgeklärten über diese Tatsache aufzuklären. Vor Schwierigkeiten der Agitation ist die Partei noch nie zurückgeschreckt. Wir können unsere Agitation nicht nach dem Denkvermögen der ganz unaufgeklärten Leute einrichten. Sonst

geht es uns so wie dem Bauer mit seinem Esel, die einen Esel nach der Stadt getrieben haben und jeden Vorübergehenden um guten Rat fragten, ob sie auf oder neben dem Esel sich aufhalten sollten. Schließlich haben sie den Esel selber auf den Büdel genommen, weil sie die guten Ratshelge anderer Leute befolgten. So sind Sie auf dem besten Wege, wenn Sie so fortfahren, den Philisterefes auf die Schulter zu nehmen. (Frank: Nein, neben uns den Esel zu haben!) Nachdem die Aussprache gekommen ist, war es notwendig, sie auch zu Ende zu führen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß aus unserem Verhalten — soweit wir zur Abstimmung gekommen sind, sind wir ja einig gewesen — daß aus unserem Verhalten, wenn es auch in dem einen oder anderen Punkte mehr Schwung oder Erfolg hätte haben können, die größten Erfolge für die deutsche Sozialdemokratie auch weiter erwachsen werden, wenn wir trotz der Differenzen über diese meiner Ansicht nach nicht allernichtigste Frage gemeinsam die Situation ausnutzen, um die Klüftung in die Massen zu tragen. Und da begrüße ich mit Freuden die gestrige Anregung Alberts, daß die Fraktion bei wichtigen Gelegenheiten mit einem Aufruf an das Volk hinausgehen soll. Ich habe denselben Gedanken wiederholt in der Fraktion vertreten. Ich habe vor Weihnachten nach der Verfassungsdebatte das sofort gewünscht; es ist nur unterblieben, weil vorher eine andere Aktion eingeleitet war, die nicht dadurch gestört werden sollte. Ich habe auch gar nichts gegen Demonstrationen, gegen Umzüge aller Art, wir müssen stetig Del ins Feuer gießen, wo wir auch nur die Brennstoffe herkrügen, um fortgesetzt eine große Bewegung zu entfesseln, und ich hoffe, daß wir alle zusammen trotz aller Meinungsverschiedenheiten in diesem Sinne in der Agitation für unsere große Sache, für die Entwicklung zum Endziel des Sozialismus tätig sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

**Weyer:** Wöhle gab eine private Bemerkung von mir bekannt, die ich im Reichstag Kollegen gegenüber, wie er sagt, händerreibend gemacht habe: Jetzt sind wir aber fein raus! Diese Bemerkung wurde gemacht, als die Erbschaftsteuer in zweiter Lesung abgelehnt war. Wöhle glaubt mich mit diesem Ausspruch in Widerspruch mit meiner ganzen Haltung jetzt bringen zu können. Er gibt dieser Bemerkung aber eine ganz falsche Auslegung. Ich habe immer konsequent für die Ablehnung der Erbschaftsteuer in der Form, wie sie von der Regierung vorgelegt war, gewirkt. Ich habe den Ausspruch deswegen getan, weil es nunmehr nicht mehr notwendig war, sich um den Ansichten des Genossen Wöhle und seiner Genossen in der Fraktion herumzuschlagen zu müssen. Dann sagte Wöhle, ich hätte in der Fraktion dafür plädiert, die Fraktion solle sich vor der zweiten Lesung nicht festlegen. Jawohl, ich sagte: wir wollen abwarten, ob es notwendig wird, die Frage in der Fraktion endgültig zu entscheiden; und das war durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer überflüssig geworden. Nun war es auch überflüssig geworden, diese Differenzen auszuweichen, und das halte ich für ein Glück. Deshalb habe ich gesagt: nun sind wir schön raus, nämlich, daß wir uns nicht mit Ihnen herumzuschlagen mußten!

**Davidsohn** (Redakteur des „Vorwärts“): Albert hat gestern gesagt, im „Vorwärts“ sei in der kritischen Zeit der Finanzreform in Summa wenig oder gar nichts zu merken gewesen von der Erregung, die im deutschen Volke damals herrschte. Ich habe ja leider nunmehr keine Gelegenheit, das zu widerlegen, möchte aber sagen, daß die „Vorwärts“-Redaktion sich gestatten wird, dieses Urteils zu dem Urteil etwa zu legen, das Genosse Fischer heute hier über den „Vorwärts“ kundzugeben für erforderlich erachtet hat, der Geschäftsführer des „Vorwärts“, der sich erlaubt hat, an einem Artikel des „Vor-

wärts", der mit vollem Namen des Genossen Karsti gezeichnet ist, eine Kritik zu üben, über die ich die Antikritik dem Parteitag anheimstelle. Ich möchte nur noch bemerken, daß es derselbe Genosse Fischer ist, der doch sicher zu denjenigen gehört, die vor ganz wenigen Tagen sich nicht genug darüber entrüsten konnten, daß der „Vorwärts" nicht seine Spalten einfach und ohne weiteres allen Ausführungen des Genossen Eduard Bernstein preisgibt.

Frau-Mannheim: Genosse Ledebour hat in seinem sogenannten Schlußwort behauptet, ich hätte den Versuch gemacht, in der Fraktion eine Festslegung unserer Abstimmung gegenüber der Erbschaftsteuer herbeizuführen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Der Hergang war vielmehr der folgende: Die Fraktion hatte in der Sitzung, die in Betracht kommt, nahezu einmütig beschlossen, vor der dritten Lesung eine Sitzung abzuhalten, in der unsere Stellung zur Erbschaftsteuer festgelegt würde. Nachdem dies geschehen war, wurde bestimmt, daß Singer als Redner für die erste Lesung gewählt werden sollte. Und dann habe ich erklärt, ich möchte vermieden wissen, daß durch die Rede des Genossen Singer, da ich seine persönliche Stellung gegenüber der Erbschaftsteuer kannte, der Fraktion später Schwierigkeiten erwachsen; ich möchte, daß er weder für noch gegen die Erbschaftsteuer in der ersten Lesung sich und uns festlege. Ich habe gewünscht, daß das Wort „Unannehmbar" in seiner Rede nicht vorkommt. Und dann hat demgegenüber die Fraktion, ausgehend von der Erwägung, daß wir immer in der ersten Lesung möglichst energisch die Gesekentwürfe kritisiert haben, erklärt, wir können und wollen dem Genossen Singer eine Richtlinie nicht geben, und hat deswegen meinen Antrag abgelehnt. Singer hat meinem Wunsche aber Rechnung getragen. Es war kein Zufall, daß er in seiner Rede vorsichtig sagte, die Vorlage scheine ihm zur Annahme „nicht geeignet". Das war kein Zufall, sondern er hat damit den Bedenken der Fraktion planmäßig Rechnung getragen. Auch Ledebour weiß, daß die Fraktion nicht festgelegt war, sonst hätte er wohl nicht geduldet, daß in dem Bericht der Fraktion ausdrücklich hineingeschrieben ist: „die Fraktion hatte für die dritte Lesung einen Beschluß noch nicht gefaßt". (Ledebour: Das ist doch ganz was anderes!) Ledebour hat mir zugerufen, es sei nicht loyal, wenn wir ihm diese Korrekturen vorhielten. Ich stelle fest, daß er bei Einleitung seines Berichtes erklärt hat, es seien ihm dankenswerte Korrekturen zugegangen, und ich konnte der Meinung sein, daß unter den dankenswerten Korrekturen auch diese wichtige und ausschlaggebende Korrektur gemeint war. Ich konnte nicht annehmen, daß er diese Korrektur etwa nicht gemerkt hat, oder daß diese wichtige Stelle gegen seinen Willen gestrichen ist. (Ledebour: Ich habe Ihnen doch erzählt, wie die Sache zusammenhängt!) Gewiß, auf Grund seiner Erzählung mußte ich annehmen, daß er sich überzeugt hat, die Darstellung, die in dem Bericht enthalten ist, sei die richtige.

Robert Schmidt-Berlin: Wenn jemand eine Deklaration seiner Ausführungen gibt und sagt, meine Redewendung ist nicht so auszulegen, wie es einige Redner getan haben, so ist es Sitte, dieser Erklärung auch Glauben zu schenken. (Sehr wahr!) Ich denke nicht daran, prinzipiell zum militärischen System eine andere Stellung einzunehmen als die Fraktion: strikte Ablehnung aller Forderungen. Eine solche Diskussion verbittert. Was sollen wir den Gegnern sagen, wenn unsere Parteigenossen durch ihr Verhalten den Eindruck erwecken, als ob sie solchen Erklärungen nicht glauben. (Widerspruch Ledebours.) Sie haben sich solcher Angriffe zu enthalten, zu denen Sie Ihr Schlußwort mißbraucht haben. Die Fraktion ist nicht Ihrer Meinung, und als Redner der Fraktion durften Sie nicht so reden, wenn Sie loyal gegen die Fraktion und Ihre Kollegen handeln wollten. (Zustimmung und Widerspruch.)

ParteiSekretär Müller: Genosse Ledebour ist zurückgekommen auf die Korrekturen in seinem Bericht. Ich habe dazu zu erklären, daß diese tatsächlichen Richtigstellungen vorgenommen wurden auf Grund einer Vollmacht Ledebours. Ledebour hat weiter gesagt, wir hätten an dem Sinn seiner Ausführungen nichts ändern dürfen. Ich protestiere dagegen, daß der Sinn der Ausführungen Ledebours von uns irgendwie verändert wurde, soweit das nicht eine Folge der Einfügung der tatsächlichen Richtigstellungen war.

David-Mainz: Ich habe dem Genossen Ledebour an einer Stelle seiner Ausführungen zugerufen: Purer Unsinn! Ledebour hat daraus Anlaß genommen, meine Stellung persönlich anzugreifen. Er sagte, wir dürften diesem Junkerregiment keinen Groschen bewilligen, und es sei unerhört, daß es Genossen gäbe, die in einer solchen Situation Geld bewilligten, sei es auch in Form der Erbschaftsteuer. Nun, wenn wir zur Erbschaftsteuer ein Nein ausgesprochen hätten, so wäre das gleichbedeutend gewesen mit einem Ja für Steuern, die noch schlechter waren. (Widerspruch.) Jawohl, unser Nein bewilligte der Regierung eine Reihe Steuern, die noch schlechter waren. (Widerspruch Ledebours.) Weiter hat mir Ledebour vorgeworfen, ich hätte in meiner Rede zur zweiten Lesung in der allgemeinen Debatte Bülow gewissermaßen das Kompliment gemacht, daß er ein Staatsmann sei, der uns lieb sei. Ich habe damals ausgeführt, daß die Frage, ob Bülow bleibt oder geht, nicht die entscheidende sei, die uns in unserer Haltung zu diesen Steuervorlagen bestimmt. Wir nahmen eine rein sachliche Haltung ein, ganz unbeschadet der Frage nach dem Schicksal Bülows, wobei man ja auch nicht wußte, ob ein Befreier nachkomme. Ledebour hat zum dritten meine Darstellung, daß die Mehrheit der Fraktion aller Voraussicht nach in dritter Lesung sich für die Erbschaftsteuer entscheiden würde, als unwahr hingestellt. Ich bin bereit, den Beweis zu erbringen, daß die Mehrheit der Fraktion entschlossen war, in der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer zu stimmen, und ich bin überzeugt, daß diese Mehrheit eine sehr große gewesen wäre. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist das notwendig, zu sagen, da nach dem Schlußwort Ledebours in der Tat in das Land hinausgetragen werden könnte, als ob wir gegen die Erbschaftsteuer gewesen wären. Wenn Ihnen das begegnet, so sagen Sie, das ist eine Unwahrheit, eine Verleumdung.

Lipinski: Es ist ja gar nicht zur dritten Lesung gekommen. Wir können daher nicht von Partei wegen feststellen, daß die Fraktion in dritter Lesung dafür gestimmt hätte.

Richard Fischer-Berlin: Genosse Davidsohn sprach davon, daß ich als Geschäftsführer des „Vorwärts" mir erlaubt habe, gegen den „Vorwärts" etwas zu sagen. Das ist wohl ein lapsus linguae. Ich bin bekannt dafür, daß ich mir dies Recht nicht nehmen lasse. Ich habe davon Gebrauch gemacht, und werde vielleicht auch in Zukunft zu meinem Leidwesen noch manchmal davon Gebrauch machen müssen. Ich habe nicht dagegen gesprochen, daß die Redaktion des „Vorwärts" einem Genossen zu einer abweichenden Meinung die Spalten geöffnet hat. Das war ihre Pflicht, und ich habe die Redaktion früher gerade deshalb angegriffen, wenn das nicht geschehen war. Ich habe gegen den „Vorwärts" gesprochen, weil er unter vollständiger Aufgabe seiner bisherigen Loyalität den Begrüßungsartikel ohne Widerspruch und ohne Reserve der Partei präsentiert hat. Zur Mißhandlung Bernsteins durch die Redaktion des „Vorwärts" werde ich in Berlin reden, wenn es nötig sein sollte.

Ledebour: Robert Schmidt hat sich im Tone der Entrüstung darüber beschwert, daß ich auf seine gestrigen Bemerkungen über die Kriegsschiffbauten eingegangen bin. Hätte ich seine gestrige persönliche Bemerkung gehört, dann

wäre ich selbstverständlich nicht mehr darauf eingegangen, aber ich war nicht mehr im Saal anwesend und habe erst jetzt aus Schmidt's Bemerkungen entnommen, daß er die Äußerungen aus seiner gestrigen Rede zurückgenommen hat. Dann nehme ich selbstverständlich meine Antwort zurück. Wenn er aber im Anschluß daran gegen mich losschlägt, daß ich im Schlußwort überhaupt auf die Debatte eingegangen bin, und meine Ansicht darüber ausgesprochen habe, so verbitte ich mir eine solche Schulmeisterei auf das allerentschiedenste. Als Referent habe ich das Recht und die Pflicht dazu. Wozu soll ich denn sonst sprechen, als daß ich auf Grund meiner Kenntnisse die Tatsachen richtigstelle, die meiner Ueberzeugung nach irrtümlich geschildert sind. Das wäre ja noch besser, wenn dem Referenten in seinem Schlußwort das verboten werden sollte. David stellt kühl und schlanke die Behauptung auf, daß die Mehrheit der Fraktion auf seinem Standpunkt steht. Die Fraktion als solche hat aber zu der Frage gar keine Stellung genommen. Wie kann David so etwas sagen? Er kann doch höchstens bei einzelnen Leuten herumgefragt und eine Privatenquête veranstaltet haben, Privatenquêteen von David aber sind Privatvergünstigungen, die mich gar nicht interessieren. Ich habe mich einfach nach dem zu richten, was in der Fraktion vorgekommen ist, und da liegt nur der eine sachliche Beschluß vor, daß die Fraktion den Antrag Frank abgelehnt hat, womach dem Genossen Singer verboten werden sollte, in erster Linie zu erklären, daß die Vorlage, wie sie stand, für uns unannehmbar sei. Später ist nur rein formell beschlossen worden, daß wir uns, wie das überall der Fall ist, für die dritte Lesung unsere definitive Stellung vorbehalten. Ich habe kein Recht, hieraus zu schließen, daß die Fraktion ihren früheren sachlichen Standpunkt aufgegeben hätte. Diese Tatsache wird niemand bestreiten können. Dann habe ich selbstverständlich wie jeder Genosse das Recht, meine Meinung zu äußern, und das habe ich getan. Dann hat David versucht, seine Stellung zu Bülow anders darzustellen. Es handelt sich um eine Bemerkung, die, soviel ich weiß, in der Generaldebatte gefallen ist. Der Kern war der: während wir anderen alle erklärten, daß Bülow unter allen Umständen gehen müsse, hat David gesagt, wir wissen nicht, ob nicht ein schlechterer an seine Stelle kommt. Das ist doch ein ganz anderer Standpunkt, und das wird auch David nicht bestreiten können. David stellt dann meine Ausführungen, die ich auf Grund des gestrichenen Passus im Bericht gab, wieder ganz anders dar. Ich bemerke zwischen durch, ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich dem Parteivorstand die Vollmacht gegeben habe zu streichen, und daß ich ihm keinen Vorwurf aus den Streichungen mache. Ich konnte unmöglich annehmen, daß aus der Streichung eine Waffe gegen mich geschmiedet werden solle von Genossen, die wußten, daß ich außer dem, was im Bericht steht, noch etwas anderes geschrieben habe. Ich habe in meinem Bericht genau dieselbe Stellung eingenommen, die ich mündlich zum Ausdruck gebracht habe. Dann hat David erklärt, ich hätte gesagt, wir müssen deshalb die Erbschaftsteuer ablehnen, weil wir dem Junkerregiment keinen Pfennig bewilligen dürfen. Das erschöpft meine Ausführungen nicht. Ich habe vielmehr hingewiesen auf die Debatten über das persönliche Regiment, da haben wir die bürgerlichen Parteien aufgefordert, keinen Pfennig zu bewilligen, bevor die Verfassungsreform nicht durchgeführt ist. Wenn die bürgerlichen Parteien dem nicht Folge leisten, so dürfen wir doch von diesem Standpunkt nicht abgehen, denn sonst schlagen wir uns ja selbst ins Gesicht.

**Cisner:** Auf die Bemerkungen von Ledebour muß ich mich leider statt mit einer persönlichen Rede, wie mein Vorredner, mit einer persönlichen Bemerkung begnügen. Ledebour hat in seiner sehr ironischen Weise dargelegt, wie ich Esel (Geiterkeit, Ledebour: Da überschätzen Sie sich! Stürmische

Geiterkeit.), wie ich Esel auf Vorrat alle möglichen Gesehntwürfe ausgearbeitet zu wissen wünsche. Hätte Ledebour die Liebenswürdigkeit gehabt, den Antrag, über den er gesprochen hat, zu lesen (Ledebour: Ich habe ihn ja vorgelesen!) — wenn Ledebour des Lesens kundig wäre — von vernünftigen Anträgen (Geiterkeit), von vernünftigen Anträgen, dann hätte er auch ohne meine besondere ausdrückliche Verwahrung einsehen müssen, daß ich niemals so etwas verlangt habe. Ich habe auch in meiner Begründung nichts Derartiges gesagt, sondern ich habe im Gegenteil gesagt, daß ich es für notwendig halte, daß bei großen Aktionen der bürgerlichen Parteien und der Regierung die Fraktion nicht nur mit Abänderungsanträgen kommt, sondern mit positiven Gegenorschlägen, sei es in Form von Gesehntwürfen, sei es in Form von Umrissen und Denkschriften. Wenn Ledebour bei seinem subjektiven Mißtrauen in die menschliche Arbeitskraft (Geiterkeit), schon diese Leistung nicht für möglich hält, wenn er dafür Jahrhunderte in Aussicht nimmt (Geiterkeit), so bin ich leider zu meinem Bedauern verpflichtet, darauf verzichten zu müssen, daß für die doch etwas weitergehende Arbeit der Herstellung einer sozialistischen Gesellschaft wir auf die wertvolle Mitarbeit eines Ledebour rechnen können. (Stürmische Geiterkeit.)

**Davidsohn:** Nicht dagegen habe ich mich gewandt, daß Fischer die „Vorwärts“-Redaktion kritisiert hat, sondern wie er sie kritisiert hat. Der Fischer, der es bekanntlich liebt, immer zu betonen, daß er kein Esel sei! (Fischer: Sie können ja das Gegenteil behaupten! Geiterkeit.) Ferner hat Fischer erklärt, er hätte zum mindesten verlangt, daß die Redaktion sich zu dem Artikel von Karzki referiert hätte. (Widerspruch von Fischer.) Fischer hat genug Erfahrung, um zu wissen, daß die Tatsache, daß man den Namen des Verfassers unter einen Artikel setzt, schon eine Art Reservation darstellt, zumal in einer Nummer, die unmittelbar hinter den mit Namen gezeichneten Artikeln nicht gezeichnete Artikel bringt.

**David:** Ledebour hat seine Behauptung über meine Äußerung im Reichstage betreffend Bülow aufrechterhalten. Ich will nicht nochmals den Gegenbeweis antreten, sondern es Ihrer Loyalität überlassen, daß Sie, um ein richtiges Urteil darüber zu gewinnen, den Reichstagsbericht durchlesen. Von Ledebour erwarte ich diese Loyalität natürlich nicht. (Frank: Dazu braucht er Jahrhunderte!) Zweitens sagte Ledebour: Wie kann David behaupten, die Mehrheit der Fraktion würde in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt haben. David kann doch höchstens eine Privatenquête veranstaltet haben. Nun, wenn man monatelang zusammen arbeitet, dann gibt es innerhalb der Fraktion gewissermaßen Privatenquêteen; man kennt die Anschauung jedes einzelnen. Und ich kann darum sagen, daß die erklärte Anschauung der Mehrheit der Fraktion dahin ging, in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer zu stimmen. (Widerspruch.)

**Lipinski:** Das ist keine persönliche Bemerkung. Sie können doch nicht Schlussfolgerungen aus Dingen ziehen, die gar nicht zur Entscheidung gekommen sind.

**David (fortfahrend):** Ich muß dem Vorsitzenden widersprechen. Meine Bemerkung war streng persönlich. Ledebour hat mich angegriffen und gesagt: es sei unerhört, daß ich behaupte, in der dritten Lesung sei eine Mehrheit für die Erbschaftsteuer vorhanden gewesen. Darauf habe ich erwidert, auf Grund welcher Tatsachen ich diese Behauptung aufgestellt habe. Ledebour hat dann noch mit einer gewissen Berechnung bemerkt, es sei unzulässig, zu behaupten, daß die Mehrheit hinter meiner Auffassung gestanden hat. Das ist eine Berechnung, die durchsichtig genug ist. Ich betone demgegenüber, daß die

Wahrheit nicht nur hinter den Auffassungen von David und Böhle war, wie Ledebour sagte, sondern auch hinter der Auffassung von Nebel in dieser Frage gestanden hat. (Hört! hört!) Endlich hat Ledebour sich gegen die Art der Kritik gewandt, die ich an seinem Schlusswort geübt habe. Es ist mir nicht eingefallen, ihn zu verwehren, in seinem Schlusswort „auf die Debatte einzugehen“, ich habe mich nur dagegen gewandt, daß das Schlusswort zu persönlichen Angriffen mißbraucht wird. Der Referent hat das Recht, Tatsachen richtigzustellen, aber er hat nicht das Recht, sie unrichtigzustellen.

**Ledebour:** David hat eigentlich alles bestätigt, was ich gesagt habe. Er hat die Behauptung aufrechterhalten, daß die Majorität der Fraktion auf seinem Standpunkt steht. Dazu hatte er keine Berechtigung, eine solche Erklärung abzugeben, das hätte er nur auf Grund von Fraktionsbeschlüssen tun können, und ein solcher Beschluß lag nicht vor. (Sehr richtig!) Ich habe keine Enquete verlangt, sondern gesagt, Privatensqueten gehen mich gar nicht an. Eisner gegenüber, der bestritt, daß er gesetzgeberische Aktionen verlange, und der da meint, ich hätte seinen Antrag nicht gelesen, beschränkte ich mich darauf, den Eingang seines Antrags zu verlesen: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, ein Aktionsprogramm von aktuellen gesetzgeberischen Arbeiten, Gesetzentwürfen nebst Begründung oder die Richtlinien festlegenden Anträgen und Denkschriften zu entwerfen und im Reichstage einzubringen.“ (Eisner: Weiter lesen!) Ich habe vorher schon die einzelnen Punkte, die sie verlangt haben, angeführt. (Eisner: Weiter lesen!) Das fällt mir gar nicht ein, lesere Sie doch selbst Ihre ganzen Anträge noch einmal vor. (Große Heiterkeit.) Das genügt zur Widerlegung der Behauptung Eisners, er habe keine gesetzgeberischen Aktionen verlangt.

**Nebel:** Nachdem wiederholt von den verschiedensten Seiten mein Name in der Debatte genannt worden ist, bin ich zu einer kurzen Erklärung genötigt. Ich bin insolge meines gesundheitlichen Zustandes gezwungen gewesen, bereits bei Beginn der Pfingstferien Berlin und damit auch den Reichstag zu verlassen; ich habe also an den Verhandlungen, die nach Pfingsten — und das waren ja die entscheidenden Verhandlungen — über die Steuerentwürfe gepflogen sind, weder im Reichstage noch in der Fraktion beiwohnen können. Ich habe mich auch ganz selbstverständlich, da mir von meinem Arzte dringend Ruhe anempfohlen wurde, nicht brieflich in diese Angelegenheit gemischt und etwa Genossen um Auskunft gebeten. Nachdem die Verhandlungen des Reichstages über diese Frage erledigt waren, bekam ich von Singer einen Brief, worin er mich in Kürze über die Verhandlungen der Fraktion zur Erbschaftsteuer unterrichtete, und da habe ich ihm geschrieben: es ist ja nunmehr die Sache erledigt, Ihr seid zu einer entscheidenden Stellungnahme in der Erbschaftsteuer nicht gekommen, aber ich würde es für unrichtig und für bedenklich gehalten haben, wenn Ihr gegen diese Vorlage in dritter Lesung gestimmt haben würdet. (Lebhafter Beifall.)

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt. Es wird abgestimmt.

Die Anträge 30, 31, 34 und 266, sowie die Resolution 41 werden angenommen, der Antrag 33 der Fraktion zur Erwägung überwiesen, der Antrag 268 abgelehnt.

**Singer:** Wir kommen nunmehr zur Erledigung der Anträge in bezug auf die württembergischen Vorgänge. Die Anträge 45, 46, 47, 48 und 50 sind zugunsten des Antrags 49 zurückgezogen. Es bleiben die Anträge 44 und 49. Parteigenossen! Im Verlaufe der Tagung des Parteitagcs ist von vielen Delegierten der Wunsch ausgesprochen worden, diese Angelegenheit in kameradschaftlicher, parteigenösslicher Weise zu erledigen. (Beifall.) Dieser Wunsch,

der auch von denjenigen geteilt wird, deren Handlung hier in Frage kommt, hat diese Genossen zu einer Erklärung veranlaßt, welche mir übergeben ist und welche ich mir gestatten möchte, vor Beginn der Verhandlung zu verlesen. Sie lautet:

„Die Beteiligten erklären: Wir haben durch unsere Teilnahme an diesem Ausflug selbstverständlich nicht beabsichtigt, an einer monarchischen Demonstration mitzuwirken. Soweit diese Auffassung vorherrscht, beruht sie auf irrigen Voraussetzungen und mangelhafter Information. Gätten wir jedoch annehmen können, daß dieser Ausflug in seinem weiteren Verlauf zu einer monarchischen Huldigung benützt werden würde, so wären wir, der Parteitraktion entsprechend, die auch für uns maßgebend ist, der Veranstaltung ferngeblieben.“ (Beifall.)

**Parteigenossen!** Nach dieser Erklärung kann ich noch hinzufügen, daß der eigentlich zur Debatte stehende Antrag 49 von den Antragstellern, denen der Inhalt dieser Erklärung mitgeteilt worden ist, zurückgezogen ist. (Beifall.) Nunmehr möchte ich im Anschluß an diese Mitteilungen die Meinung aussprechen, daß ich voraussetze und der Zustimmung des Parteitages sicher bin, daß die Erklärung, die seitens der Beteiligten abgegeben wird, wenn auch nicht formell für die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages, doch auch tatsächlich für die übrigen Mitglieder der Fraktion gilt. Ich gebe ferner der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß in allen Körperschaften der Partei der Auffassung der Partei, die dahin geht, daß es unsere Aufgabe nicht ist, an monarchischen Demonstrationen teilzunehmen (Sehr richtig!), sondern daß wir im Gegenteil die Aufgabe haben, unserer republikanischen Auffassung Ausdruck zu verleihen, entsprechend der Tatsache, daß alle Regierungen der bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß andere Prinzipien und Ziele vertreten als wir, sondern uns feindlich gesinnt sind und alles tun, um unsere Auffassung zu unterdrücken — ich habe die zuversichtliche Erwartung, daß in allen Körperschaften der Partei bei solchen oder ähnlichen Gelegenheiten der in der Partei geltenden Auffassung nach wie vor auf das entschiedenste nachgekommen werden wird. (Beifall.) Was den einzelnen Fall anlangt, so schlage ich dem Parteitag vor, nach dieser von meinem parteigenösslichen Standpunkt aus sehr erfreulichen Erklärung der an dem Ausflug Beteiligten diese Angelegenheit für erledigt zu erachten und in der Tagesordnung fortzuführen. (Lebhafter Beifall.) Ich höre gegen diesen Vorschlag keinen Widerspruch und stelle fest, daß der Parteitag einmütig beschloffen hat, die Angelegenheit für erledigt zu erachten und in der Tagesordnung weiterzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Bei der vorgerichteten Zeit wird nicht sofort in die Verhandlungen des Punktes 4 eingetreten, aber um am Freitagnachmittag die Möglichkeit des Besuchs des Konsumvereins in Leipzig-Plagwitz zu geben, werden noch jetzt einige Anträge erledigt.

Es folgt die Beratung der Anträge 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 28, 29 und 260. Davon werden genügend unterstützt die Anträge 15, 19, 28, 29 und 260. Die Anträge 18 und 20 werden zurückgezogen.

Den Antrag 15 begründet

**Hoffmann-Hamburg:** Der Antrag fordert die Einsetzung einer Kommission, welche die Aufgabe hat, die künstlerische Ausgestaltung der „Waizeitung“ in die Hand zu nehmen. Der Redner bittet, den Antrag dem Wisausschuß zu überweisen. Die Illustrationen in der „Waizeitung“ seien jetzt viel schlechter als in den neunziger Jahren. Man soll nicht nur immer das Grauen benutzen, um auf die Arbeiter zu wirken. In der Welt gibt

es auch noch andere Sachen, mit denen wir die Sehnsucht unserer Genossen nach dem Guten und Schönen wecken können.

Partei sekretär Müller-Berlin: Wir können ja den Versuch machen. Im Bildungsausschuß sind ja die verschiedenen Kunstströmungen vertreten. Er hat sich auch schon mit den Illustrationen des „Wahren Jakob“ befaßt und hat da wohl auch Erfolge erzielt.

Die Aussprache schließt. Der Antrag wird dem Bildungsausschuß überwiesen.

Antrag 19 wird ohne Erörterung an Parteivorstand und Bildungsausschuß überwiesen. Die Anträge 28 und 29, die den Vorstand auffordern, die Herstellung eines Abendblattes des „Vorwärts“ in Erwägung zu ziehen, begründet.

Weiß-Berlin: Der Antrag geht aus von den Rücksichten auf die Berliner Parteigenossen. Die bürgerliche Presse ist heute in Berlin von hoher Aktualität in bezug auf die schnelle Berichterstattung und Stellungnahme zu den schwebenden Tagesfragen dadurch, daß sie Morgens-, Abend- und Mittagsblätter in dem gleichen Verlage herausgibt. Der „Vorwärts“ ist bei dem hochentwickeltesten Interesse, das die Bevölkerung Berlins, insbesondere die sozialdemokratische Arbeiterschaft, an dem politischen Leben nimmt, nicht in der Lage, in bezug auf Aktualität mit der bürgerlichen Presse gleichen Schritt zu halten, insbesondere am Schluß der Woche bis in den Montag hinein, an welchem Tage auch noch demokratische Montagsblätter erscheinen. Da besteht seit langem eine Unzufriedenheit. Angesichts der Schwierigkeit der alsbaldigen Beschaffung der rechnerischen Unterlagen empfehlen wir nicht, den Antrag anzunehmen, sondern bitten, ihn dem Parteivorstand und der Preßkommission als Material zu überweisen, damit auch die Bezirksorganisation Groß-Berlins Stellung nehmen kann. Wenn die Möglichkeit sich herausstellt, sollte schon vor dem nächsten Parteitag ein Abendblatt des „Vorwärts“ herausgegeben werden. Die Notwendigkeit ist nicht zu bestreiten.

Die Aussprache schließt. Der Antrag wird dem Parteivorstand und der Preßkommission überwiesen.

Der Antrag 260 wird abgelehnt. Damit ist diese Gruppe von Anträgen erledigt. Es folgt die Besprechung einiger Resolutionen.

Die Resolution 247 begründet

**Liebsteht:** Parteigenossen, es ist schlechterdings unmöglich und wäre dieses Parteitage unwürdig, wenn er vorübergehen würde, ohne daß wir unseren russischen Brüdern und Schwestern unsere herzlichste Sympathie zuwenden und ohne daß wir unseren Abscheu aussprechen über das blutige Regime des Zarismus, das jetzt in einer Weise wütet wie niemals vor der Revolution. Einzelheiten über die Vorgänge Ihnen jetzt vorzutragen, ist nicht meine Aufgabe. Jedermann, der die Zeitungen verfolgt, der die zahlreichen Broschüren und Schriften gelesen hat, weiß, daß wir in Rußland jetzt eine solche ungeheure Zahl von Hinrichtungen erleben, daß eine so ungeheure Zahl von Gefangenen und Verbannten dort schmachtet, daß es keine Periode in der russischen Geschichte gibt, die sich annähernd damit vergleichen läßt. Die Gefängnisse sind überfüllt, die Zahl der Gefangenen beträgt vielfach mehr als 100 Proz. über die normale Belegungsziffer. In den Gefängnissen herrschen die entsetzlichsten Zustände. Skorbut und Typhus werfen Tausende darnieder und raffen Hunderte dahin. Die Todesfälle, die Wahnsinnsfälle, die Selbstmordfälle nehmen mehr und mehr zu. Selbst offizielle Publikationen sprechen von einer wahren Selbstmordepidemie. Die Zahl der Hinrichtungen ist eine viel größere als in den offiziellen Dokumenten zugegeben wird. Die Geneser reichen nicht aus,

so daß nichts anderes übrig blieb, als zum Tode verurteilte Gefangene unter dem Versprechen der Begnadigung zu veranlassen, ihre zum Tode verurteilten Mitgefangenen hinzurichten. (Psuirufe.) Es kann zur Ehre der russischen Gefangenen gesagt werden und selbst der gemeinen Verbrecher, daß es dennoch der Regierung ungemein schwergefallen ist, die zu den Geneserdiensten erforderlichen Personen ausfindig zu machen. Jedenfalls müssen wir uns darüber klar sein, daß die Ansicht, in Rußland herrsche jetzt ein konstitutionelles Regime, durchaus in Widerspruch steht mit den tatsächlichen Verhältnissen. In Rußland hat niemals eine größere Barbarei, eine stärkere Niederdrückung auch der Arbeiter stattgefunden als jetzt. Auf die prachtvolle Begeisterung der Revolution ist jetzt eine Zeit der tiefsten Depression gefolgt, von der wir allerdings sicher sind, daß sie nur kurze Zeit dauern kann. In wenigen Jahren schon wird die Revolution des Proletariats und die Revolution der Bauern von neuem ihr Haupt erheben und mit besserem Erfolg.

Wenn wir uns mit den russischen Verhältnissen befassen, so tun wir das nicht nur, weil wir unsere Dankbarkeit, unser Mitgefühl, unser Mitleid den russischen Brüdern zum Ausdruck bringen wollen, nicht nur, weil wir der mittelalterlichen Roheit und Blutrünstigkeit jenes Regimes das Schandmal aufdrücken wollen, sondern auch, weil wir alle Veranlassung haben, gegen die schmachliche Rußenpolitik der deutschen Regierung Front zu machen. Die deutsche Regierung hat den Zaren im letzten Jahre zweimal empfangen, einmal in Kiel, ein zweites Mal ist der Zar durch den Nord-Ostsee-Kanal gefahren. In beiden Fällen hat die deutsche Regierung den russischen Despoten mit einem eisernen Schutzwall von Kriegsschiffen, Soldaten, Kanonen umgeben, weil sie wußte, daß dieses, wie er einmal genannt wurde, gekrönte Kaninchen sich nicht sicher fühlen könne, auch nicht in Deutschland. Die Kieler Arbeiter haben gegen den ersten Besuch Ende Juli eine gewaltige Demonstration veranstaltet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft und selbst ein Teil des Bürgertums, soweit es eine Spur Kulturbewußtseins hat, mit den Herzen bei dieser Kieler Demonstration war. Wir müssen es aussprechen: wenn der Zar, der blutige Zar, von der deutschen Regierung bewillkommen wurde und hier und da auch einige byzantinische Zeitungen ihn begrüßt haben: dem weitaus größten Teil der Bevölkerung war der Zar ein höchst verhaßter Gast; das deutsche Volk hat nicht den Wunsch gehabt, daß er deutschen Boden betritt, und wir betrachten den Boden, den er betreten hat, als besudelt. (Stürmische Zustimmung.) Parteigenossen, damit aber nicht genug! In den letzten Monaten ist von neuem durch die Entschüllungen Burzew, für die wir ihm im höchsten Maße dankbar sein müssen, das Augenmerk auf die russische Spigelmirtschaft gelenkt worden. Wir haben durch Burzew bestätigt erhalten, was wir zum Teil schon vorher wußten, daß über Deutschland eine umfassende russische Spigelorganisation verbreitet gewesen ist. Noch vor wenigen Tagen ist eine Zentralperson der russischen Spigelei in Charlottenburg bei Berlin, die Gerngroß-Zuschenko, entlarvt worden. (Vollmar: Es werden wohl auch noch andere da sein!) Die deutsche Regierung hat seit jeder Vertreter der russischen Spionage in Deutschland gebildet. (Zuruf: Sie duldet sie heute noch!) Und ich behaupte, daß sie heute noch geduldet werden. (Sehr richtig!) Und daß es einfach zur Irreführung bestimmte Mitteilungen sind, die die Polizei in die Presse lanciert hat, als würden derartige Spigel in Deutschland jetzt nicht mehr gebildet. Die deutsche Polizei geht noch weiter: sie duldet nicht nur diese Spigel, sondern sie ist mit ihnen handeleinig, sie geht mit ihnen Hand in Hand. Und nicht nur tun das die deutschen Polizeibehörden, sondern zur Schande Deutschlands sei es gesagt, auch die deutschen Universitäten. (Sehr richtig! und Psuirufe.) Ich kann auf die Einzelheiten

auch in dieser Beziehung nicht eingehen. Sie wissen das aus wiederholten Verhandlungen im Parlament und aus Veröffentlichungen, die in der letzten Zeit in der Presse stattgefunden haben. Hat sich doch die deutsche Regierung nicht geschämt, in dieser Zeit der russischen Konterrevolution im Juni d. J. einen Geheimbundprozess anzustrengen gegen hier in Deutschland ansässige junge russische Parteigenossen, und zwar deshalb, weil diese jungen Leute, obwohl sie niemals einen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie auch im Auslande gewisse politische Organisationen haben, ihre politischen Anschauungen untereinander verbreiten und auch ein wenig propagieren, es für nötig gehalten haben, angesichts der Feindseligkeiten, mit denen sie von der deutschen Regierung behandelt werden, ihre Persönlichkeiten und die Einzelheiten ihrer Tätigkeit vor der Polizei zu verbergen. Bedauerlich genug, daß diese Ausländer es nötig haben, in Deutschland ihre geringe in die deutschen Interessen gar nicht eingreifende politische Tätigkeit vor der Polizei zu verbergen. (Sehr wahr!) Das ist eines Kulturlandes unwürdig (Sehr richtig!), daß man den Ausländern jede politische Tätigkeit in dieser Weise verbietet. Das finden Sie nicht in England, nicht in der Schweiz, nicht in Belgien, auch nicht in Skandinavien und auch nicht in Oesterreich. Es gibt kein anderes Land als eben Rußland selbst, das sich in dieser Beziehung mit Deutschland messen kann, und das ist für Deutschland ein Jammer und eine Schande. (Sehr richtig!) Wir haben alle Veranlassung, auf diesem Parteitag unser bestes und empörtes Mißtrauen und unsere Unzufriedenheit auszusprechen gegenüber der deutschen Regierung wegen der unwürdigen Art, mit der sie auf der einen Seite den Auswurf der russischen Gesellschaft, die Spitzel, bei sich duldet und fördert, während sie andererseits die edelste Blüte des russischen Volkes wie gehehrtcs Wild in Deutschland hin- und herreibt und mißhandelt. (Lebhaftes Bravo!) Ich bitte Sie, unseren bedrängten kämpfenden Brüdern und Schweigern in Rußland und auch denen, die bei uns in Deutschland sich aufhalten, unsere herzlichste Sympathie auszudrücken, indem Sie einstimmig der Resolution zustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Parteigenossen, ich glaube, es würde der Bedeutung der Resolution und der machtvollen Sympathie- und Solidaritätserklärung gegenüber unseren russischen Brüdern Abbruch tun, wenn wir noch erst in eine Diskussion darüber eintreten würden. (Sehr richtig!) Ich schlage Ihnen vor, diese Resolution einmütig durch Affirmation anzunehmen und damit aufs neue zu bekunden, daß in der deutschen Sozialdemokratie Herz und Hand für die verfolgten Opfer der russischen Bewegung offen sind und offen bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Aden erstattet einen ergänzenden Bericht der Kontrollkommission. Genosse Gottschling in Augsburg wurde auf Antrag der Parteiorganisation vom Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen, weil er einen Genossen im Verfolg von Differenzen körperlich mißhandelt hatte. Nach Kenntnisnahme vom Aktieninhalt und den eingegangenen Briefen, gewann die Kontrollkommission den Eindruck, daß Gottschling in seinem bisherigen Verhalten in der Arbeiterbewegung einen großen Mangel an Disziplin an den Tag gelegt hat, insbesondere auch in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit. In letzterer Beziehung ist für die Beurteilung des Charakters Gottschlings die feststehende Tatsache entscheidend, daß er, wie die Verbandsleitung bekundet hat, im Jahre 1906 mit Feuereifer für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintrat, jedoch zur Arbeit ging, als er hörte, daß eine Unterstützung nicht gewährt werde. Diese Tatsache war neben den zahlreichen Feststellungen über die parteischädigende Tätigkeit des

Gottschling an den verschiedensten Parteiorten ausschlaggebend für das Urteil der Kontrollkommission, die das Verhalten Gottschlings als ein ehloses, die Partei schädigendes erklärt und das schiedsgerichtliche Urteil auf Ausschluß aus der Partei bestätigt.

Der Parteitag nimmt von dem Beschluß der Kontrollkommission Kenntnis.

Eingegangen ist folgendes Begrüßungstelegramm: „Der Ausschuß des finnischen Sozialistenverbandes sendet seinen besten Gruß dem Parteitag der Sozialdemokraten. Hoch die Sozialdemokratie!“

Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

### Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr.

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht der Kommission wegen

Änderung des Organisationsstatuts

Kommt zur Verhandlung.

Hierzu liegen vor die gedruckte Vorlage der Kommission, die Anträge 9, 66 bis 238, 257, 258 und die Resolution 265.

Referent Ebert: Die Bedeutung der Parteiorganisation brauche ich hier wohl nicht zu erörtern. In dieser Frage haben in der Partei nie Meinungsverschiedenheiten bestanden, allseitig war man immer der Meinung, daß die Zusammenfassung aller Kräfte und ihre zweckmäßige Gliederung zum einheitlichen und geschlossenen Handeln die Vorbedingung für den Erfolg in unserem Kampfe ist. Die Organisationsfrage ist daher bei uns immer mit großer Lebhaftigkeit, aber nicht weniger auch mit großer Sorgfalt behandelt worden. Schritt man zu Änderungen in der Organisation, so handelte es sich nicht darum, etwa schön ausgeschluggelte Projekte auszuführen. In der Regel handelte es sich um die Feststellung dessen, was durch die Änderung der Verhältnisse, durch die Entwicklung der Partei und die Erfahrung notwendig geworden war. Dabei mußte freilich manche altbewährte Einrichtung neueren Einrichtungen Platz machen. Im großen und ganzen darf aber gesagt werden, daß unsere Organisationsfragen bisher immer so behandelt worden sind, daß man von einer ruhigen und sicheren Entwicklung unserer Organisation sprechen kann. Die Aufgabe der vom vorigen Parteitag eingesetzten Kommission war in den überwiesenen Anträgen vorgezeichnet worden. Und wenn auch der Parteitag der Kommission in der Änderung des Statuts völlig freie Hand gelassen hat, so konnte die Kommission sich doch im großen und ganzen darauf beschränken, die Anregungen, die in den Anträgen gegeben waren, zur Ausführung zu bringen. Die Kommission ist möglichst frühzeitig an ihre Arbeiten gegangen. Sie bestand aus 21 Mitgliedern, denen noch zwei Vertreter des Parteivorstandes beigeordnet waren. Das Ergebnis der Verhandlungen ist am 19. Februar in der Parteipresse in Form eines Entwurfs veröffentlicht worden. Erstens ist dieser Entwurf von seiner Veröffentlichung an bis zum Parteitag Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Partei gewesen, in Presse und Versammlungen. Der Parteivorstand hat auch veranlaßt, daß die Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen, die ja durchweg Organisationspraktiker sind, Gelegenheit hatten, sich in einer Konferenz ebenfalls mit dem Entwurf zu beschäftigen. Die Kommission ist dann kurz vor dem Parteitag noch einmal hier in Leipzig zusammengetreten. Wir haben eine nochmalige Beratung unseres Entwurfs vorgenommen und dabei alle Kritik, alle Vor-